

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808

Editorial

Für ein funktionierendes Staats- und Gesellschaftssystem ist der Faktor Bildung von essenzieller Bedeutung. Wer regieren will, trägt Verantwortung und muss damit über das notwendige Ausmaß an Bildung verfügen, um den Anforderungen, die das politische Handeln mit sich bringt, gerecht werden zu können. In der alten athenischen Demokratie war das politische Handeln ausschließlich den freien Bürgern vorbehalten, da man annehmen konnte, dass diese über die notwendige Bildung verfügten, um eine entsprechende Politik zum Wohle des Gemeinwesens zu betreiben. Bis weit in die Neuzeit hinein wurde das Bildungswissen von den herrschenden Schichten, die sich oftmals in Adel und Klerus manifestierten, wie ein Schatz gehütet und nicht an alle Angehörigen des Gemeinwesens weitergegeben. Bildung dient eben auch dem Erhalt der Herrschaft!

In der modernen Demokratie, wo allen Staatsbürgern gleichermaßen Mitbestimmungsrechte in der Gestaltung des Gemeinwesens und der Staatspolitik nach innen und außen übertragen wurden, macht die umfassende Bildung aller jenes tragende Fundament aus, ohne das ein demokratisches Haus keinen Bestand hätte. Der Abbau oder gar Verlust dieser notwendigen Bildung würde Demagogen zur Erreichung ihrer utilitaristisch motivierten Zielsetzungen ein leichtes Spiel bereiten; das System der Volksherrschaft droht damit zu einer Ochlokratie zu verkommen. Und dies wiederum bedeutet den ersten Schritt in die Knechtschaft.

Die staatsbürgerliche Bildung ist sehr eng mit dem Bereich der Sicherheitspolitik verknüpft. Einer offenen Gesellschaft droht dann die größte Gefahr unterzugehen, wenn sie nicht mehr willens oder fähig ist, ihre demokratischen Strukturen und das daraus abgeleitete politische Handeln gegen Aushöhlungen und Anfeindungen zu verteidigen. Die Komplexität politischer Zusammenhänge lässt die Gefahren für die Sicherheit des Gemeinwohls nicht immer sofort deutlich genug erkennen, wie dies beispielsweise bei der Hinterfragung der allgemeinen Wehrpflicht als eine Hommage gegenüber dem spaßgesellschaftlichen Zeitgeist ersichtlich ist. Das einzige Mittel, solchen Verfallsformen der Demokratie entgegenzuwirken, ist die solide und umfassende staatsbürgerliche Bildung. Aus diesem Grund wurde auch von der Bundesheerreformkommission in

deren Bericht aus dem Jahre 2004 empfohlen, Bildungs-, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu setzen, um den Informationsstand der Bevölkerung zu sicherheits- und militärpolitischen Themen und Inhalten im Sinne einer gesellschaftspolitischen Bewusstseinsbildung zu heben.

In unserem ersten Beitrag analysiert Klaus Zapotoczky die Möglichkeiten für das Österreichische Bundesheer, als „Schule der Nation“ zu fungieren. Die allgemeine Wehrpflicht bietet die Chance, vielen jungen Menschen aller sozialen Schichten gleichermaßen ein umfassendes Bildungsgerüst zu vermitteln. Eine Weiterführung könnte dann im Sinne des lebenslangen Lernens im Rahmen der Milizweiterbildung erfolgen. Damit würde der österreichische Staat nicht nur in die Bildung, Ausbildung und Erziehung seiner Soldaten und Bürger investieren, sondern in das Leben und Überleben der gesamten Gesellschaft.

Die Umformung der Sicherheitsstrukturen nach dem Ende des Kalten Krieges hat auch vor den Nachrichtendiensten nicht halt gemacht. Alfred Schätz untersucht die Notwendigkeiten für diesen Transformationsprozess und erkennt als neue Herausforderung die verstärkte Rolle von Nachrichtendiensten in der Aufklärung nichtmilitärischer Faktoren der Sicherheitspolitik. Damit bilden sie nach wie vor einen entscheidenden Baustein für strategische Entschlussfassung.

Hubertus Trauttenberg und Gerhard Vogl widmen sich in ihrem Beitrag der Traditionspflege im Bundesheer, bei der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auf die Militärgeschichte in der Monarchie Bezug genommen wurde. Erst später wurden auch die Erste Republik und der militärische Widerstand gegen die Nazi-Diktatur im Rahmen der Traditionspflege gewürdigt - allerdings nach Ansicht der Autoren unzureichend.

Die europäische akademische Bildungslandschaft soll nach den Grundsätzen des so genannten Bologna-Modells vereinheitlicht werden. Auch das Bundesheer ist im Sinne einer Vergleichbarkeit mit zivilen Bildungseinrichtungen gefordert, diese Umgestaltung mitzuvollziehen. Jörg Aschenbrenner und ich bieten ein Systemmodell für die künftige österreichische Offiziersausbildung zur Diskussion an.

Andreas Stupka

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Klaus Zapotoczky</i>		Zur österreichischen Verteidigungspolitik	454
Das Österreichische Bundesheer als Schule der Nation?	387	Internationaler Bericht	460
		<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 13.4.07 - 12.6.07</i>	
<i>Alfred Schätz</i>		Internationale Rundschau	464
Nachrichtendienste im Transformationsprozess?	395		
Eine sicherheitspolitische Kurzanalyse am Beispiel Österreichs		UNO	464
		OSZE	468
		NATO	469
<i>Hubertus Trauttenberg/Gerhard Vogl</i>		Europäische Union	472
Traditionspflege im Spannungsfeld der Zeitgeschichte	407	Europa	473
		Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	493
<i>Jörg Aschenbrenner/Andreas Stupka</i>		Naher und Mittlerer Osten	495
Mach' er mir tüchtige Offiziere!	419	Afrika/Sub-Sahara	498
Überlegungen zur Anpassung der österreichischen Offiziersausbildung an die europäischen Vorgaben im Rahmen des Bologna-Modells		Ferner Osten	502
		Lateinamerika	507
<hr/>			
Miszellen			
60 Jahre Marshall-Plan	431		
<i>Harald Pöcher</i>			
Vergangene soldatische Bravur: Der Militär Maria-Theresienorden	436		
<i>Michael Mader</i>			
Schmuggel von Nuklearmaterial und Strahlenquellen: Bedrohung oder Fiktion?	444	Buchbesprechungen	509
<i>Friedrich Steinhäusler/Lyudmila Zaitseva</i>		Kurzfassungen (english/français)	526
		<small>Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): Bundesheer, Bundesheer/Heeresgeschichtliches Museum, Itar-Tass/Lev Fedoseyev</small>	
Chinas Strategie der Energiesicherheit als globale Herausforderung	448	Impressum	
<i>Heinrich Kreft</i>		Seite 528	
		Aus dem Inhalt (english/français)	
		Umschlagseite innen	



Das Österreichische Bundesheer als Schule der Nation?

Klaus Zapotoczky

Jede gesellschaftliche Einrichtung muss danach trachten, ihr Personal bestmöglich zu bilden. Wenn auch die optimalen Bildungsinhalte mit den jeweiligen Aufgaben einer Institution eng verbunden sind und eine besondere Bildung verlangen, gibt es doch einige Aufgaben, die jeder „guten“ Bildung eigen sind. Es sollen hier also zunächst die allgemeinen Ziele jeglicher Bildung behandelt werden, dann darauf eingegangen werden, was die besonderen Möglichkeiten des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) heute im Bereich der Bildung sind, und schließlich sollen Überlegungen angeschlossen werden, welche Bildungsangebote für diejenigen interessant sein können, die - aus welchen Gründen immer - das ÖBH nach einem mehrjährigen Dienst verlassen.



Jede Institution muss versuchen, ihr Personal bestmöglich zu bilden. Die jeweiligen Bildungsinhalte sind mit den Aufgaben der Einrichtung eng verbunden (Bild: Auswahltestung für den 18. Generalstabslehrgang).

Die vier Säulen der Bildung

Jacques Delors und seine Mitarbeiter haben in dem hervorragenden und (in Österreich) zu wenig beachteten UNESCO-Bericht über Bildung für das 21. Jahrhundert, der unter den Titel „Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum“ gestellt wurde,¹⁾ betont, dass es vier Säulen der Bildung gibt, die in ausgewogener Weise verfolgt werden müssen:

- Lernen, Wissen zu erwerben,
- Lernen, verantwortlich zu handeln,
- Lernen (friedlich) zusammenzuleben,
- Lernen für das Leben.

Lernen, Wissen zu erwerben

Welches Wissen brauchen wir heute? Welches Wissen braucht das Bundesheer? Das sind die wichtigen Fragen, denen wir uns stellen müssen. Wir müssen zwischen Verfügungswis-

sen und Orientierungswissen unterscheiden.²⁾ Lange Zeit hat es den Anschein gehabt, dass für effiziente Organisationen und Institutionen ein kompaktes Paket von Verfügungswissen entscheidend ist, dass es sozusagen genügt, auf jede gestellte Frage rasch eine „zutreffende“ Antwort bereit zu haben. Heute wird zunehmend deutlich, dass Wissen ohne Orientierung leer und Wissen ohne eigenen Standpunkt eher als unangenehme Viel- und Besserwisserei empfunden wird und nicht geeignet erscheint, den Gesellschaften und ihren Teilbereichen tatsächlich zu nützen. Orientierungswissen ist gefragt und es ist unklar, woher dieses genommen werden soll. Die Frage nach Grundwerten wird immer aktueller und die Frage nach den Menschenrechten und ihrer adäquaten Untersuchung immer

drängender. Da die europäische Verfassung - vielleicht auch wegen ihres großen Umfangs und ihrer Bürgerferne - von der Bevölkerung zweier Mitgliedstaaten nicht angenommen wurde, müssen wir auf die Charta der Grundrechte der EU, beschlossen im Jahr 2000 in Nizza, zurückgehen.³⁾ Diese Charta geht von der Würde des Menschen aus, betont dann Freiheit, Gleichheit und Solidarität, freilich nicht in der Breite und Tiefe und auch nicht getragen von der Begeisterung der Französischen Revolution, sondern als kalkuliertes Produkt der repräsentativen Institutionen, und schließt mit Bürgerrechten, justiziellen Rechten und (enttäuschenden) allgemeinen Bestimmungen, die die Eingeschränktheit der praktischen Wirksamkeit dieser Charta deutlich zum Ausdruck bringen. Trotzdem darf die programmatische Bedeutung dieser Charta nicht unterschätzt werden und ist auf ihr als gemeinsamem europäischen Fundament aufzubauen.

Was sind die wichtigsten Gebiete des Wissens? Sowohl Bruno Kreisky als auch sein mehrmaliger politischer Herausforderer Alois Mock haben auf die Bedeutung der Geschichte für das Verständnis der Gegenwart und für die Möglichkeiten der Zukunft hingewiesen.⁴⁾ Die derzeit laufenden Bemühungen, einerseits eine gemeinsame europäische Betrachtung der Geschichte zu entwickeln⁵⁾ und andererseits die neuen Versuche, Geschichte sozialwissenschaftlich zu sehen,⁶⁾ geben zur Hoffnung Anlass, dass Tradition nicht etwas bloß Reaktionäres bleibt, sondern sich zu einer tragenden Säule der Legitimation - im Sinne Max Webers⁷⁾ - entwickelt. Dabei muss darauf geachtet werden, dass es zu einem Zusammenwirken mit wertrationalem und emotionalem Glauben kommt und auch die Satzung, eben die positive Rechtsgestaltung, in die gleiche Richtung wirkt. Neben dem Wissen über Geschichte ist freilich auch die konstruktive Verarbeitung der Geschichte, einschließlich des Verzeihens⁸⁾ von überragender Bedeutung.

BUNDESHEER/LVAK/MEDINSTELE/A. ERB

Andere wichtige Wissensgebiete stellen das Wissen um gemeinsame Aufgaben und Zielsetzungen und auch das Wissen über die anderen Akteure dar, die zu einem besseren Verständnis und damit auch zu mehr Toleranz führen können.⁹⁾ In jüngerer Zeit überwiegt bei vielen Menschen – v.a. in den so genannten Industrieländern – das (technische) Faktenwissen und soziales Erfahrungswissen droht verloren zu gehen, obwohl durch die Hilfe der neuen Technik viel Wissenswertes (und auch -unwertes) relativ leicht beschaffbar ist. Ein (neues) Problem ist eher die Tatsache, wie aus der Fülle des Wissbaren das (jeweils) relevante Wissen schnell auffindbar ist. In der Fülle der möglichen Informationen droht der Wissen-Suchende unterzugehen.



Sprachfähigkeiten spielen heute eine immer größere Rolle. Im Österreichischen Bundesheer werden bei der Sprachausbildung auch die militärischen Fachvokabeln vermittelt (hier Präsentation des slowenisch-deutschen Militärwörterbuches des Sprachinstitutes der Landesverteidigungsakademie).

Eine andere Problematik ist die, dass – trotz des enormen Wissenszuwachses – die Bereiche des Nicht-Wissens nicht entscheidend verkleinert wurden, sondern der Vergleich Wissen – Nicht-Wissen nach wie vor mit dem – von Jürgen Mittelstraß bemühten¹⁰⁾ – Bild am ehesten erfasst werden kann: Das Wissen gleicht einem Wasserball, den wir zu einer erstaunlichen Größe aufblasen konnten, der aber nach wie vor in einem Meer von Nicht-Wissen schwimmt. Durch den größeren Wissensball sind aber die Berührungspunkte mit dem Nicht-Wissen deutlich größer geworden und haben die Verunsicherungen zugenommen.

Lernen, verantwortlich zu handeln

Die große – intellektuelle – Versuchung liegt darin, das Handeln solange aufzuschieben, bis wir genug wissen. Der – in der Regel nicht ausgesprochene – Zusatz lautet: Man kann nie genug wissen. Daraus folgt, dass nicht gehandelt wird und jeder Handelnde als dummer Nicht-Wisser oder als voreilig Handelnder diffamiert wird. Da wir nie genug wissen können, lautet die entscheidende Frage: Wie kann beim gegenwärtigen Wissensstand optimal gehandelt werden? Schon Kant hat der Frage: Was soll ich tun?, die er die Frage nach der Moral genannt hat,¹¹⁾ große Bedeutung beigemessen und sie zu den drei existenziellen Fragen gezählt, die das Mensch-Sein definieren.

In der deutschen Soziologie hat lange Zeit hindurch die Bedeutung der Frage- und Problemstellung und der Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge in einzelnen Lebensbereichen, sozusagen auf der Basis von Theorien mittlerer Reichweite einerseits¹²⁾ und von Gesamtzusammenhängen auf der Basis von Gesamtheorien¹³⁾ andererseits, überwogen, bis durch die Kritische Theorie, getragen v.a. von Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, der Kontext der Anwendung und die handlungsanweisende Aufklärung zur Zentraltät der Soziologie erklärt wurden.¹⁴⁾ Der Fokus der „Verantwortung“ lag dabei auf der Verpflichtung, das ganz Neue zu schaffen, das nach der Auffassung dieser Gruppe nur durch die Zerstörung alles Bisherigen möglich sei. Dass dadurch in der Gegenwart alle diejenigen (Gruppen) benachteiligt würden, die nicht (mehr) in der Lage sind, in der Zukunft erhebliche Werte zu schaffen und denen durch die Zerstörung des Bisherigen alles bisher Geleistete genommen würde, kümmerte die Anhänger dieses Ansatzes nicht oder wenig. Durch solchen Egoismus enttäuscht, sprach Helmut Schelsky von einer „Priesterherrschaft der Intellektuellen“¹⁵⁾ und meinte, dass die (jeweils) Abhängigen immer die Arbeit für die anderen zu tun hätten.

Verantwortliches Handeln sollte demnach anders aussehen. Aber wie? Vielleicht lassen sich Anleihen bei Hans Jonas machen, der Verantwortung zu einem zentralen Prinzip machen wollte.¹⁶⁾ Wie vorsichtig vorzugehen ist, wird vielleicht aus der Feststellung von Alfred Schütz deutlich: „Niemand kann sinnvoll handeln; wir können nur sinnvoll gehandelt haben.“¹⁷⁾ Das besondere Dilemma wird daraus ersichtlich, dass nicht so leicht festzustellen ist, wann ein Handeln als abgeschlossen gelten kann. Jedes Handeln wirkt auch in die Zukunft hinein und kann dort erwartete und unerwartete Konsequenzen haben. Dies gilt nicht nur für individuelles Handeln, sondern auch für das Handeln von Gruppen, Institutionen, Gesellschaften und Staaten und auf internationaler Ebene, wobei auch hier die Zuordnungen des Handelns nicht eindeutig sind bzw. sein können. (Wann handelt die UNO oder die EU verantwortlich?) In gewissem Maße können die Hauptzielsetzungen der Einheiten oder ihre Hauptprinzipien, z.B. bei der UNO die Menschenrechte, bei der EU die Charta der Grundrechte, beim Staat Österreich der Grundrechtskatalog, bei Firmen oder anderen Institutionen das Leitbild, jene Maßstäbe sein, nach denen wir das Handeln bewerten können. Zugleich muss betont werden, dass niemals die Zwecke und Ziele die Mittel heiligen können, dass also keine Einheit alles das tun soll oder darf, was sie tun kann, sondern dass auf allen Ebenen Selbstbeschränkung notwendig ist. Dies fällt besonders den jeweils Mächtigen schwer, aber es darf auch nicht übersehen werden, dass auch die Sehnsucht nach der Macht blind machen kann. Deswegen muss für alle diejenigen, die Machtmittel handhaben, eine Erziehung zu verantwortlichem Handeln entscheidend sein und es bedarf daher einer wirksamen Machtkontrolle auf allen Ebenen.

BUNDESHEER/LVA/MEDIENSTELLE/A. ERB

Lernen (friedlich) zusammenzuleben

In früheren Zeiten war das Zusammenleben eine Quasi-Selbstverständlichkeit und wurde – nach für den jeweiligen gesellschaftlichen Bereich typischen Regeln – praktiziert.

Häufig waren die privaten Lebensbereiche - zwar oft regional verschieden - in Mitteleuropa ständisch geprägt, wobei v.a. Adel, Bürger und Bauern ausgeprägte und unterschiedliche Lebensstile praktizierten. Auch manche gesamtgesellschaftliche Einrichtungen - wie das Militär - hatten ihre spezifischen Gestaltungsformen. In jüngerer Zeit werden nicht nur neue Einflüsse lebensstilprägend und haben milieuspezifische Prägungen stark an Einfluss verloren, es kam auch zu einer zunehmenden Pluralisierung der in einer Gesellschaft praktizierten Lebensstile.¹⁸⁾ Die Verwissenschaftlichung des Lebens der Menschen und aller gesellschaftlichen Bereiche hat auch vor dem Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebensbereichen, heute meist „Settings“ genannt, nicht Halt gemacht. Kulturpessimisten sind oft der Meinung, dass die Bemühungen der Wissenschaften, zu einem Fortschritt der Menschen beizutragen,¹⁹⁾ negativ zu bewerten sind. Ralf Dahrendorf und andere haben eine Möglichkeit des menschlichen Fortschritts gesehen,²⁰⁾ wenn die Menschen sich immer wieder neu und nachhaltig darum bemühen.

Friede ist mehr, ist etwas anderes als die (vorübergehende) Abwesenheit von Krieg. Dauerhafter, ewiger Friede ist ein alter Wunschtraum der Menschen, den Immanuel Kant zu einer Realutopie entwickelte.²¹⁾ Friede ist stets im Werden und niemals ein (endgültiger) Zustand. Friede setzt die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Beteiligten voraus. Ein (zeitweiser) pfleglicher Umgang miteinander ist kein Friede. Auch der Fleischhauer geht sorgsam mit dem Schwein um - bis zum Schlachttag. Friede setzt eine Einigung über gemeinsame Ziele voraus, und solche zu sehen und (immer wieder neu) anzustreben, ist einerseits lernbar und andererseits eine Verpflichtung. Gewalt und Gewaltmittel sollten so sparsam wie möglich und so kontrolliert wie nötig eingesetzt werden, wobei alle Formen von unkontrolliertem Verfügen über Macht- und Gewaltmittel wirksam und rechtzeitig auszuschalten sind.

Die Friedens- und Kriegstraditionen und -kulturen sind, historisch und weltweit betrachtet, sehr unterschiedlich. Immer wieder hat man sich um rechtliche Regelungen der Behandlung von Menschen in Kriegszeiten bemüht. Hugo Grotius hat während des 30-jährigen Krieges das Kriegsrecht vor das Friedensrecht gestellt.²²⁾ Historisch, kulturell und je nach gesellschaftlicher Ebene waren und sind die Kriegausstragungen sehr unterschiedlich, oft bemühte man sich, Kriege zu beschränken, z.B. bei Auseinandersetzungen zwischen zwei Völkern auf einen Zweikampf ausgewählter Helden, manchmal wurde Krieg auch allumfassend gesehen und entartete zum „totalen Krieg“.

Die Ursachen für Kriege sind sehr vielfältig, und in der Regel resultieren Kriege aus der Unfähigkeit der Beteiligten, ihre Probleme, Meinungsverschiedenheiten, Interessengegensätze und anderes auf nicht kriegerische Weise zu lösen. Friedrich Glasl hat neun Stufen der Eskalation von Konflikten unterschieden²³⁾ und es wäre wichtig, diesen Aufschaukelungen auch Konfliktberuhigungsschritte gegenüberzustellen und Einrichtungen zu schaffen, die solche Beruhigungsschritte und vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen und fördern, weil nicht Einzelne und kleine Gruppen, sondern auch Gesellschaften bzw. Staaten und nicht zuletzt die gesamte Menschheit Gefahr laufen, „gemeinsam in

den Abgrund“ der Selbstvernichtung zu stürzen. Lernen, friedlich zusammenzuleben, ist also kein Harmonisierungsraum und eine idealistische Schwärmerei, sondern eine Lebensnotwendigkeit.

Lernen für das Leben

Jahrtausende mussten die Menschen für das bloße Überleben sorgen und bedrängten Naturkatastrophen, Seuchen, Krankheiten und Tod nicht nur die Einzelnen, sondern ganze Gesellschaften, und es drohte sogar manchmal der Untergang der gesamten Menschheit.

Einer der Jahresregenten 2006, Sigmund Freud, stellte explizit die Frage: „*Warum ist es für die Menschen so schwer, glücklich zu werden?*“ und nannte dafür folgende drei Gründe:²⁴⁾



Bild nur im
Heft verfügbar

Die Landesverteidigungsakademie bietet den Offizieren des Österreichischen Bundesheeres eine Vielzahl von Bildungsmöglichkeiten. Mit dem Führungslehrgang 2 konnte auch ein Lehrgang universitären Charakters an der höchsten Bildungseinrichtung des Bundesheeres etabliert werden (hier bei der Dekretübergabe).

1. Wegen der Übermacht der Natur

Damit meinte Freud, dass auch der moderne Mensch - wie Naturkatastrophen in jüngster Zeit immer wieder gezeigt haben - nicht Herr der Natur, Beherrscher aller (natürlichen) Kräfte ist, sondern dass er - wenn auch in anderer Weise als die Menschen in früheren Jahrhunderten - die Kräfte der Natur, die im Universum existierenden Bedingungen, nicht (völlig) beherrschen kann, sondern immer abhängig bleibt.

2. Wegen der Hinfälligkeit unseres eigenen Körpers

V.a. in den so genannten modernen Gesellschaften werden immer mehr Menschen alt und sehr alt und wird das physiologische Maximum von immer mehr Menschen (fast) erreicht und das bei relativ guter Gesundheit. Allerdings sind Zivilisationskrankheiten, die zu einem großen Teil auf den Lebensstil der Menschen zurückzuführen sind, immer mehr für ein vorzeitiges Sterben oder ein chronisches Kranksein von Menschen verantwortlich. Oft könnten durch gesundheitsfördernde Maßnahmen viele solcher Gesundheitsgefährdungen verringert oder zeitlich hinausgezögert werden. Auch Beeinträchtigungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens könnten (deutlich) verringert werden. Die Bereitschaft für solche Maßnahmen ist

in der Regel noch geringer als für physische Gesundheitsförderungsmaßnahmen.

3. Wegen der Unzulänglichkeit gesellschaftlicher Einrichtungen

Arnold Gehlen hat gemeint,²⁵⁾ dass die - im Vergleich zu den Tieren - instinktswachen Menschen für ihr Überleben Institutionen brauchen, die ihr Leben und Zusammenleben regeln und mitgestalten.

Auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und in allen Lebensbereichen gibt es viele unterschiedliche Institutionen, die insbesondere historisch, regional und nach Lebensbereichen verschieden ausgeprägt sind. Nie können Institutionen (auf Dauer) perfekt gestaltet sein, und v.a. in Zeiten starker gesellschaftlicher Veränderungen haben die Menschen „mit der ärgerlichen Tatsache“ von Institutionen deshalb zu kämpfen, weil die Bedürfnisse der Menschen sich rascher ändern als die Wandlungen der Institutionen voranschreiten (können). Außerdem ist fraglich, ob alle (für die Menschen wichtigen) Bereiche institutionalisierbar sind.²⁶⁾



Das Bundesheer muss als „Schule der Nation“ jedem einzelnen Heeresangehörigen einen möglichst hohen Bildungsstand zukommen lassen. Neben der Allgemeinbildung...

Lernen für das Leben meint insbesondere, dass die Menschen (zu ihrer Entfaltung) Lebensfreude und Lebensbejahung brauchen, etwas, das v.a. den Menschen in den so genannten modernen Gesellschaften zu fehlen scheint. Obwohl diese Menschen über so viele Dinge und Möglichkeiten verfügen, sind sie (relativ) unglücklich und eher melancholisch.²⁷⁾ Den Wienern wurde und wird sogar eine gewisse Todessehnsucht nachgesagt.²⁸⁾ Lernen für das Leben, Bejahung der positiven Seite des Lebens - nicht (allein) Lernen in Richtung auf die negativen Seiten des Lebens, um Leiden, Krankheiten, Tod zu bewältigen - ist eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe.

Für den Gesundheitsbereich hat Aaron Antonovsky die positive Seite - Gesundheitsförderung, *Empowerment* und Netzbildung - betont und eine neue Ausrichtung des gesamten Gesundheitssystems angeregt. Zum Teil sind vergleichbare Ansätze auch schon in der *Ottawa Charta* der WHO enthalten und im *Programm Gesundheit 21* weitergeführt.

Zur Ausgewogenheit der Bildungssäulen

Das Besondere am UNESCO-Bericht „Bildung für das 21. Jahrhundert“ stellt die Forderung nach der prinzipiellen Ausgewogenheit der vier Bildungssäulen dar. In der Tradition der Aufklärung hatten

die Vernunft, das rationale Durchdringen aller Lebensbereiche und der Erwerb von Wissen deutlich Priorität vor den anderen Bildungssäulen. Der Schock der Grausamkeiten im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus (und dem Stalinismus) ließ die Bedeutung des verantwortlichen Handelns immer wichtiger werden. Aber erst seit den vielfältigen Möglichkeiten der Selbstzerstörung der Menschen wird die Wichtigkeit eines friedlichen Zusammenlebens richtig erkannt und angesichts einer abnehmenden Lebensfreude – v.a. in Europa - gewinnt auch das Lernen für das Leben, das Sich-Einsetzen für das Positive immer mehr Bedeutung.

Das Bundesheer hat die Chance, viele junge Menschen aller sozialen Schichten in seinen Reihen zu haben und könnte (und sollte) die (relativ kurze) Zeit des Grundwehrdienstes dazu nutzen, allen Grundwehrdienern ein starkes, umfassendes Bildungsgerüst zu vermitteln bzw. dieses zu stärken, eventuell die Chance zu eröffnen, Versäumtes nach- bzw. aufzuholen und könnte so den Grundstein für ein dauerndes Weiter-Lernen legen und damit zu einer „Schule der Nation“ werden. Späterhin könnten gemeinsame Übungen mit Heeresangehörigen anderer Muttersprachen organisiert werden, damit die Sprachkompetenzen der Österreicher und ihre internationalen Erfahrungen gefördert bzw. gestärkt werden.

Bildungsmöglichkeiten des ÖBH

Die Bildungsmöglichkeiten des Bundesheeres sind dadurch geprägt, dass sie auf die spezielle Klientel des Heeres ausgerichtet sein müssen, obwohl solche Aktivitäten auch (indirekte) Auswirkungen auf Familienangehörige, Freunde und Bekannte der Heeresangehörigen haben können. Daraus folgt, dass einerseits die Möglichkeiten für die Jungmänner, die ihren Grundwehrdienst ableisten (aber auch für freiwillig Dienst machende Frauen), während der (relativ) kurzen Zeit beim Heer adäquate Inhalte anzubieten, genutzt werden können, die allerdings durch die Besonderheiten der Erwachsenenbildung geprägt sind und für diese spezielle Gruppe angepasst werden müssen und andererseits für unter-

schiedliche Gruppen von Zeitsoldaten oder von im Heeresdienst stehenden Zivilisten Weiterbildung und allgemeine und berufliche Bildung vermittelt werden könnte und sollte.

Zu Besonderheiten der Erwachsenenbildung

Für die Optimierung der Wirksamkeit von Maßnahmen der Erwachsenenbildung sind zum einen die Hauptaspekte der Bildungsökonomie zu beachten, und zum anderen sind sowohl die materiellen (inhaltlichen) als auch die formellen Aspekte der Erwachsenenbildung zu berücksichtigen.

Zu den Hauptaspekten der Bildungsökonomie

Es kann hier nicht im Detail auf die bildungsökonomischen Struktur- und Inhaltselemente eingegangen werden, aber es werden unter dem Gesichtspunkt der Nutzbarmachung dieser Zusammenhänge für das ÖBH die einzelnen Aspekte der Bildungsökonomie und ihr Gesamtzusammenhang behandelt.

Die Ökonomen sprechen vom „Doppelcharakter der Bildung“: „*Sie ist sowohl eine ökonomische Investition als auch ein wesentliches Ziel einer demokratischen Gesellschaft*“²⁹⁾ und

ihre Bedeutung geht auf die klassische englische Ökonomie (William Petty, Adam Smith, David Ricardo) zurück, die den menschlichen Faktor in das Zentrum ihrer Theorien stellte und die wertschöpfende Potenz der Arbeit auf die drei Faktoren Arbeitsteilung, Intensität und Qualität der Arbeit zurückführte.³⁰⁾ V.a. die Qualität der Arbeit wird nach Adam Smith³¹⁾ durch Bildung und Ausbildung erworben. Karl Marx hat als einer der ersten Theoretiker vor der Entfremdung des Menschen auch durch die kapitalistische Produktionsweise gewarnt und ist für die Reduktion der notwendigen Arbeitszeit und die freie Entfaltung der Menschen in der arbeitsfreien Zeit, der Freizeit, eingetreten.³²⁾ Neil Postman hat in der Gegenwart auf die Gefahren der Entfremdung der Menschen durch Freizeitaktivitäten eindringlich aufmerksam gemacht.³³⁾

Dem instrumentellen Aspekt von Bildung und Ausbildung als Vehikel effizienter Arbeit darf das gesamte Bildungsfeld nicht überlassen, sondern Bildung und Kultur müssen auch als eigenständige Kraft gesehen und ermöglicht werden.³⁴⁾ Jedenfalls stehen die europäischen Gesellschaften vor einem umfassenden Veränderungsprozess, der sowohl für das Bildungssystem als auch das Beschäftigungssystem Herausforderungen stellt, auf die zwar in der Theorie in vielfältiger Weise hingewiesen wurde, die aber in der konkreten Gestaltung der Bildungssysteme noch wenig Niederschlag gefunden haben.³⁵⁾

Die Wirtschaft hat - nach wie vor - einen großen Bedarf an gut gebildeten und ausgebildeten Menschen, aber dieser Bedarf - *manpower approach* genannt - korrespondiert selten mit den Ausbildungswünschen der (jüngeren) Menschen, dem *social demand approach*. Außerdem existiert eine Menge von eingeführten Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, die ihre Kapazitäten zur Verfügung stellen. Dieser Zugang, *institutional approach* genannt, entwickelt eine relative Eigendynamik, und diese Einrichtungen besitzen oft auch eine Menge von ausgebildetem Lehrpersonal, das in ihren Bereichen wie bisher tätig werden will und nur zögerlich auf neue Anforderungen reagiert, zumal die Weiterbildung zwar als neue Herausforderung gesehen, aber ihre systematische Umsetzung, v.a. in den bestehenden Bildungseinrichtungen, viel zu wünschen übrig lässt.³⁶⁾ Letztlich sind auch die finanziellen Mittel für den gesamten Bildungsbereich, der eigentlich alle Lebensbereiche entsprechend durchdringen und verlebendigen sollte, nach den bestehenden Richtlinien verteilt und wird einer Umgestaltung der Mittelverteilung und Mittelverwendung erheblicher Widerstand entgegengestellt, sodass häufig die bestehende Mittelverteilung das Bildungs- und Ausbildungssystem prägt (*financial approach*).

Dazu kommt noch, dass der professionelle Bildungs- und Ausbildungssektor eine große politische und gesellschaftliche Macht besitzt, sodass eine breit angelegte Diskussion über den Gesamtbereich nicht leicht möglich ist. Neue zusätzliche Aktivitäten, die auf neue globale Herausforderungen reagieren und zukunftsweisende Bildungschancen eröffnen, haben damit dann große Chancen, wenn sie dem Doppelcharakter der Bildung entsprechen: Erstens als Beitrag zu neuen (ökonomischen)

Bildungs- und Beschäftigungsanforderungen und zweitens als Beitrag zur Entfaltung der Einzelnen in der und für die demokratische Gesellschaft.

Dass andere Länder - unter ungleich schwierigeren Voraussetzungen - große Anstrengungen auf dem Bildungssektor und durch Ausbildungen unternehmen, sollte uns motivieren, alle Möglichkeiten zu nützen.³⁷⁾

Die Besonderheiten der Erwachsenenbildung

Traditionellerweise haben sich in Österreich die Einrichtungen der Erwachsenenbildung im zivilgesellschaftlichen Sektor entwickelt und war das offizielle Schulsystem vom Staat geprägt, obwohl auch hier die Kirchen eine gewisse Bedeutung hatten und haben, derzeit aber unterliegen alle Schulausbildungen weitestgehend der staatlichen Reglementierung.



... muss natürlich auch auf die fachspezifischen Kenntnisse in Form von verpflichtenden Laufbahnkursen besonders eingegangen werden.

Im Bereich der Erwachsenenbildung haben sich in Österreich v.a. seit 1867 unterschiedliche Aktivitäten aller politischen Lager, aber auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten unterschiedlicher Provenienz entwickelt, die in vielfältig veränderter Weise bis heute existieren.

Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Aktivitäten waren und sind Allgemeinbildung, berufliche Bildung und politische Bildung. In jüngerer Zeit hat die Bedeutung der Allgemeinbildung im Bereich der Erwachsenenbildung stark abgenommen und ist es zu einer zunehmenden Instrumentalisierung der Bildungsvorgänge für Wirtschaft und Politik gekommen, was vor allem im gewaltigen Ausbau der vielen *Wirtschaftsförderungsinstitute* (WIFI) und *Berufsförderungsinstitute* (bfi), aber auch in den vermehrten Aktivitäten der Bildungseinrichtungen aller Parteien und deren Förderungen aus Mitteln der öffentlichen Hand deutlich zu ersehen ist, wenngleich die Bildungsangebote vorwiegend auf Parteimitglieder und Parteifunktionäre ausgerichtet sind, was auch dadurch mitbedingt ist, dass sich Nichtmitglieder kaum oder gar nicht für solche Angebote interessieren. (Gelegentliche Ausnahmen bestätigen die Regel.) Damit würden Programme, die den Bedarf an Allgemeinbildung berücksichtigen, gute Chancen vorfinden, und insbesondere sind heute vermehrt Konfliktmanagementfähigkeiten und Sozialkompetenz neben

Ausdrucksfähigkeit und glaubwürdigem Auftreten sehr gefragt. Der subjektiv bewertete „Eigennutzen“ jeglicher Ausbildung wird für die Bildungsmotivation immer wichtiger.

Unter dem formellen Gesichtspunkt unterscheiden wir ebenfalls drei Hauptaspekte der Erwachsenenbildung: die kompensatorische, die komplementäre und die transitorische Erwachsenenbildung.

Die kompensatorische Erwachsenenbildung versucht, die Versäumnisse und Lücken der Bildung und Ausbildung, die ein Mensch - aus welchen Gründen immer - aufweist, auszugleichen. Voraussetzung ist eine ehrliche Ermittlung des aktuellen Bildungsstandes bzw. eine Feststellung der vorhandenen Lücken. Dies ist oft eine unangenehme Prozedur, die Vertrauen, Behutsamkeit und Lernwillen voraussetzt. Eine wichtige Voraussetzung dabei ist die Einsicht, dass durch Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten eine Erhöhung der Lebensqualität des Betroffenen in objektiver und subjektiver Hinsicht möglich ist. Sind die Voraussetzungen geklärt und die Ziele klar und realistisch abgesteckt, dann kann ein sinnvolles methodisches Programm, möglichst in einem angenehmen und stimulierenden sozialen Umfeld, gut aufgebaut werden. Dies scheint eine zentrale Chance einer Bildungs- und Ausbildungskampagne des Heeres zu sein.



Gerade das Österreichische Bundesheer muss bei seinen Bildungsangeboten auf die Besonderheiten in der Erwachsenenbildung eingehen.

Die komplementäre Erwachsenenbildung ist für diejenigen sehr wichtig, die sich hohe Qualifikationen in Teilbereichen, ihren Spezialgebieten, angeeignet haben, jetzt aber auch vermehrt nach außen und in Verbindung mit anderen Bereichen tätig werden sollen und einen erheblichen, oft auch dringenden Nachholbedarf haben. Bei Schwächen in der sprachlichen Ausdrucksweise in anderen Sprachen - die sich oft in Verbindung mit internationalen Einsätzen oder einer (vermehrten) Tätigkeit in Brüssel äußern - ist dies leicht ersichtlich, aber auch fachliche Bereiche, die bisher außerhalb der eigenen Tätigkeit lagen oder jetzt größere Bedeutung erlangen, machen eine solche komplementäre Erwachsenenbildung notwendig.

Vielleicht den wichtigsten Bereich der kontinuierlichen Weiterbildung stellt aber die transitorische Erwachsenenbildung dar, die den Menschen jeweils das vermittelt, was seit der zuletzt

abgeschlossenen Bildungs- und Ausbildungsphase an Neuem dazugekommen ist. Dabei ist besonders die Lernfähigkeit, die Jacques Delors unseren verborgenen Reichtum genannt hat,³⁸⁾ zu erhalten und darauf zu achten, dass auch die Bildungsbereitschaft weiterhin gegeben ist, was - langfristig - nur dann möglich sein wird, wenn mit jedem Bildungsprozess auch ein „Gewinn“ für die eigene Person verbunden ist und sowohl objektiv als auch subjektiv der jeweilige Bildungs- und Ausbildungsprozess als persönliche Entfaltung wahrgenommen wird. Dazu ist es aber notwendig, dass der Bildungsprozess von persönlichen Beziehungen der Beteiligten getragen wird. Für solche Beziehungen haben sich die militärischen Strukturen seit Jahrhunderten immer wieder als tragfähig erwiesen, allerdings nicht immer nur positiv, sodass ein optimaler Umgang miteinander in allen Bereichen und auf allen Ebenen anzustreben ist.

Weiterbildungsmöglichkeiten für Heeresangehörige

Es soll hier nicht auf die vielfältigen Möglichkeiten der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung innerhalb der Laufbahnen des Heeres Bezug genommen werden, die den jeweils neuen Strukturen immer wieder anzupassen sind, es wird lediglich darauf hingewiesen, dass es - nach langen Bemühungen - geglückt ist, der ausgezeichneten Ausbildung der Offiziere des ÖBH auch die gebührende Anerkennung im tertiären Bildungswesen zu sichern und einen - öffentlich und damit auch im nichtmilitärischen Bereich anerkannten - akademischen Grad zu erwerben.

Worum es hier v.a. geht, ist der - oben angesprochene - Doppelcharakter der Bildung für alle Heeresangehörige und insbesondere diejenigen, die nach einem (relativ) kurzen Präsenzdienst oder nach einer länger dauernden Verwendung als Zeitsoldat(in) bzw. als ziviler Angehörige(r) des ÖBH das Heer verlassen: erstens die ökonomische Investition in den Bildungsbereich und zweitens die Stärkung der demokratischen Gesellschaft.

Bildungsarbeit während des und nach dem Präsenzdienst

In jedem Präsenzdienst sollte das Interesse an einer ausgewogenen Gestaltung der oben genannten vier Säulen der Bildung geweckt, selbige konkret eingeübt und versucht werden, diese Haltung auch später persönlich, im Beruf und in allen anderen Lebensbereichen beizubehalten. Dieser Bildungsprozess könnte einerseits auch die Basis für die Gestaltung der Miliz sein, und andererseits könnten (mit dem Heer in geeigneter Weise verknüpfte) Weiterbildungsangebote dieses Bildungsbewusstsein in der gesamten Bevölkerung stärken und Informationsschienen des Heeres zu allen Bevölkerungsgruppen aufbauen.

In den verschiedenen Medien des Heeres oder von diesen unterstützt und vertieft, könnten regelmäßig, wenn auch nicht zu oft, Anregungen gegeben und Beispiele dargestellt werden zu: Lernen, Wissen zu erwerben, Lernen, verantwortungsbewusst zu handeln, Lernen, friedlich zusammenzuleben und Lernen für das Leben (und Überleben). Gegen geringes Entgelt und

BUNDESHEER/LAK/MEDIENTELLE/A. EBB

eventuell für die Rekruten kostenfrei könnten Einführungen in die vier Säulen der Bildung gegeben werden - eine Einführung am Beginn des Präsenzdienstes, eine ca. in der Halbzeit und die dritte am Ende des Präsenzdienstes. Jährlich könnte - eventuell spezifiziert für die jeweiligen Kasernen oder ein Bundesland - eine Bildungsinformation (eventuell gemeinsam mit unterschiedlichen Sponsoren bzw. Partnern) übersandt oder per E-Mail vermittelt werden, die neue Möglichkeiten aufzeigt und alte in Erinnerung bringt. Eventuell könnte auch in einem der Heeresmedien eine Bildungsbörse eingerichtet werden, an die der Einzelne Fragen richten kann, die von verschiedenen Bearbeitern entsprechend behandelt werden. Auch auf Fragen zu Symbolen, Feiertagen und zur kulturvollen Gestaltung von Feiern könnte eingegangen und auf diese Weise Anregungen für selbstständige Persönlichkeitsgestaltung und gepflegte Gruppenbildung auf breiter Ebene gegeben werden.

Diese Aktivitäten könnten auch gemeinschaftsfördernd wirken, was durch ergänzende Maßnahmen getestet, erprobt und im günstigen Fall auch zu einer vernetzten Eigenentfaltung führen könnte. Jedenfalls muss immer der Doppelaspekt der Bildung, Eigenentfaltung und instrumenteller Gewinn für den Einzelnen und das Heer, im Auge behalten und für eine entsprechende Balance gesorgt werden. Ein Pilot-Projekt wäre wünschenswert und könnte Möglichkeiten konkret aufzeigen.

Dienstbegleitende Bildungsmaßnahmen für alle Heeresangehörigen

Alle Dienststellen, unabhängig davon ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst, besonders aber die Dienststellen des Bundes und hier v.a. das sich immer stärker internationalisierende Bundesheer müssen für eine permanente Bildung sorgen.

Lebenslanges Lernen ist sowohl eine Verpflichtung für die Demokratie als auch ein Erfordernis moderner Bildung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Bildung muss mehrdimensional sein und im Zentrum der Gesellschaft (der Zukunft) stehen, wobei in jedem Lebensabschnitt andere Synergien im Bildungswesen entscheidend sind und sich darüber hinaus jeder Einzelne und alle Verantwortlichen bewusst sein müssen, dass neue Zeiten neue Aufgaben bringen und sich möglichst viele - in Schweden und Japan sind es bereits mehr als 50% der Erwachsenen - an Erwachsenenbildung aktiv beteiligen müssen.³⁹⁾

Eine gesteigerte Bildungsbereitschaft wird in Zukunft viele neue Anforderungen beruflicher und privater Natur leichter meistern helfen, jedenfalls aber ist es wünschenswert, dass überall dort, wo Internationalität, Kreativität, Eigenständigkeit und Flexibilität besonders gefragt sind - wie beim ÖBH -, die vier Säulen der Bildung: Wissen, Know-how, die Kunst des Zusammenlebens und „Lebensqualifikation“ als die vier Facetten derselben Realität permanent gegeben sind und für alle Heeresangehörigen im dienstlichen und privaten Bereich gefördert werden, wobei auch hier darauf zu achten ist, dass die dienstlichen Bildungsaspekte mit persönlichen Bildungsvorteilen optimal verknüpft und damit langfristig leistbar werden. Die neue Heeresstruktur könnte eine

optimale Gelegenheit darstellen, auf breiter Ebene Bildungsfähigkeit zu stärken, Bildungsbereitschaft zu wecken und Bildungsmöglichkeiten (neuer, zukunftsweisender Art) zu bieten.

Auch im Heer und in allen seinen Teilbereichen muss die Lernfähigkeit als oft verborgener Reichtum entdeckt und entfaltet werden und das Heer kann auf diese Weise zum Vorreiter der Bildung, zur „Schule der Nation“ werden. Wer Weiterbildung glaubwürdig anbietet und wirksam gestaltet, dem gehört die Zukunft in Österreich, in Europa und in der Welt.

Bildungs- und Weiterbildungsangebote für ausscheidende Heeresangehörige

Was immer es für Gründe sind, die dazu führen, dass jemand den Heeresdienst verlässt, es ist sowohl für die Betroffenen als auch für das Heer wichtig, dass die Verwendungsmöglichkeiten des/der Ausscheidenden optimal gestaltet werden. Das geschieht einerseits durch die dienstbegleitenden Bildungsmaßnahmen, die eben behandelt wurden, und andererseits durch spezielle Aktivitäten, die (kurz) vor dem Ausscheiden gesetzt werden, auf die im Folgenden eingegangen wird.



Um bei Auslandmissionen (hier im Kosovo) bestmöglich agieren zu können, müssen Soldaten interkulturelle Kompetenz gelehrt bekommen.

Jeder Einzelne und jedes Mitglied einer Institution, jeder Beschäftigte in seinem spezifischen Beschäftigungsfeld hat unterschiedliche Stärken und Schwächen, die durch die spezifischen Zielsetzungen, die einem vorschweben, noch weiter differenziert werden können. Manche, die einen gewohnten Arbeitsplatz verlassen, haben erhebliche Schwierigkeiten, sich in eine neue Situation hineinzudenken, mit neuen Möglichkeiten konstruktiv und realistisch umzugehen, in der neuen Situation auch eine Chance zu sehen, die für einen Wiederbeginn oder Neubeginn unter veränderten Vorzeichen genützt werden kann. Vielleicht wird - auch aus Altersgründen - ein Anstellungsverhältnis, das dem bisherigen ähnelt, nicht möglich sein, sodass Informationen über neue Berufe und Berufsbilder, Ausbildungsmöglichkeiten und Chancen, auch als Gewerbetreibender oder Selbstständiger tätig zu werden, wichtig sind. Entsprechende Informationsveranstaltungen wären wünschenswert, und konkretes Ausbildungscoaching könnte Entscheidungen erleichtern. Kooperationen mit entsprechenden Partnern sollten aufgebaut und gefördert

werden. Überlegt sollte auch werden, welche Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für ausscheidende Heeresangehörige und andere Personengruppen gemeinsam - zielorientiert bzw. auf neue Berufsfelder ausgerichtet - angeboten werden, damit für neue Aufgaben die notwendige „kritische Masse“ an Akteuren, die den neuen Berufsfeldern entsprechen, zur Verfügung steht. Ein erheblicher Bedarf besteht in den Bereichen der Gesundheits- und Sozialberufe.

Zusammenfassung

Das Bundesheer hat als Einrichtung, die mehr junge Heranwachsende und Erwachsene erfasst als alle Erwachsenenbildungseinrichtungen zusammen, eine große Chance (und Verpflichtung), diese jungen Menschen im Sinne des UNESCO-Berichts „Bildung für das 21. Jahrhundert“ zu prägen und sie sowohl für die Erhaltung der Bildungsfähigkeit das ganze Leben hindurch zu motivieren als auch zu bewirken, dass alle vier Säulen der Bildung im Bildungsprozess aller Heeresangehörigen Berücksichtigung finden. Damit wird das ÖBH zu einer unverzichtbaren „Schule der Nation“.

Was für die Grundwehrdiener immer nur grundgelegt werden kann und weiterer Bildungsprozesse - wenn möglich auch im Zusammenwirken mit dem Heer - bedarf, muss bei den Zeitsoldaten und zivilen Angehörigen des Heeres vertieft und kontinuierlich erneuert werden, wobei dem Doppelcharakter der Bildung, ökonomische Investition und Stärkung der Demokratiequalität der Gesellschaft, ebenso Beachtung zu schenken ist wie der Tatsache, dass Bildungsmotivation immer getragen ist sowohl von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nützlichkeit dieser Ausbildung und Weiterbildung als auch von den subjektiv bewerteten Entfaltungschancen des Einzelnen. Nur wo die Bildungsfähigkeit erhalten und gefördert wird, wird es in Zukunft Arbeitsfreude und entsprechenden Arbeitseinsatz geben.

Ein Heer, das als „Schule der Nation“ auf Bildung und Aus- und Weiterbildung baut, investiert in Leben und Überleben nicht nur der Heeresangehörigen, sondern der gesamten Gesellschaft. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Jacques Delors: Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert. Verlag Luchterhand, Neuwied/Kriftel/Berlin 1997.
- 2) Peter Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. Erich Schmidt Verlag, 11. Auflage, Berlin 2006, S.320.
- 3) Europäische Union: Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Editions BIOTOP, Paris 2003.
- 4) Klaus Zapotoczky: Österreich als Entwicklungsmodell? In: Koren Stephan, Pisa Karl, Waldheim Kurt (Hrsg.): Politik für die Zukunft. Festschrift für Alois Mock. Verlag Hermann Böhlau Nachf., Wien/Köln/Graz 1984, S.367ff.
- 5) Jacques Le Goff: Die Geburt Europas im Mittelalter. Verlag C. H. Beck, 2. Auflage, München 2004.
- 6) Hans-Ulrich Wehler: Die Herausforderung der Kulturgeschichte. Verlag C. H. Beck, München 1998.
- 7) Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 5. Aufl., Tübingen 1980.
- 8) Paul Ricoeur: Gedächtnis, Geschichte, Vergessen. Fink Verlag, München 2004.
- 9) Hans Joachim Störig: Kleine Weltgeschichte der Philosophie. Verlag S. Fischer, Frankfurt 2004, S.410 ff. Locke John: A Letter concerning Toleration, Indianapolis/New York 1955.
- 10) Jürgen Mittelstraß: Von Realitäten, Begriffen und Erfahrungen. In: Feyerabend Paul K., Thomas Ch. (Hrsg.). Grenzprobleme der Wissenschaft, Zürich 1985.

- 11) Martin Buber: Das Problem des Menschen. Kösel Verlag, Heidelberg 1961.
- 12) Robert K. Merton: Social Theory and Social Structure, The Free Press of Glencoe, 8. Aufl., New York 1963.
- 13) Talcott Parsons: The Social System. The Major Exposition of the Author's Conceptual Scheme for the Analysis of the Dynamics of the Social System, Collier-Macmillan, Toronto 1951.
- 14) Karl-Michael Brunner: Materialistische Gesellschaftstheorien und Gesellschaftskritik, in: Richter Rudolf: Soziologische Paradigmen. Eine Einführung in klassische und moderne Konzepte von Gesellschaft. WuV-Universitätsverlag, Wien 1997, S.54ff.
- 15) Helmut Schelsky: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Westdeutscher Verlag, München 1977.
- 16) Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Verlag Suhrkamp, Frankfurt 2003.
- 17) Alfred Schütz: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Springer Verlag, Wien 1932.
- 18) Wolfgang Zapf u.a.: Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. C. H. Beck Verlag, München 1987.
- 19) Gerhard Schulze: Die Sünde. Das schöne Leben und seine Feinde. Carl Hanser Verlag, München, Wien 2006.
- 20) Ralf Dahrendorf: Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Verlag Suhrkamp, Frankfurt 1979.
- 21) Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Kant Immanuel: Werkausgabe Band 11. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1977.
- 22) Hans Joachim Störig: Kleine Weltgeschichte der Philosophie. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2004, S.332.
- 23) Friedrich Glasl: Konfliktmanagement: Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater, Bern 1994.
- 24) Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Kultur. Fischer Verlag, Frankfurt 1994.
- 25) Arnold Gehlen: Urmensch und Spätkultur: Philosophische Ergebnisse und Aussagen. Athenäum Verlag, 2. Aufl., Frankfurt/Bonn 1964.
- 26) Helmut Schelsky: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. E. Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln 1965.
- 27) Wolf Lepenies: Melancholie und Gesellschaft, 2. Auflage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1981.
- 28) Klaus Zapotoczky: Soziologische Analysen der Kreativität. In: Brix Emil, Janik Allan (Hrsg.): Kreatives Milieu. Wien um 1900. Ergebnisse eines Forschungsgesprächs der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1993, S.33ff.
- 29) Harry Maier: Bildungsökonomie. Die Interdependenz von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Verlag Schäffer-Poeschel, Stuttgart 2004, S.1.
- 30) Harry Maier, a.a.O. S.4.
- 31) Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, München 1974, S.42.
- 32) Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S.593.
- 33) Neil Postman: Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. S. Fischer Verlag, 4. Aufl., Frankfurt 1985.
- 34) Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft (Hrsg.): Kultur als 3. Kraft. Leitlinien zur Kulturpolitik. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 1978.
- 35) Harry Maier, a.a.O., S.41f.
- 36) Harry Maier, a.a.O., S.259ff.
- 37) Michaela Flenner: Education for All. The Contribution of State and Civil Society Based on the Example of Deprived Children in Urban Slum Areas in India, Band 31 des ÖFSE-Forums, hrsg. von der Österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE). Facultas Verlag, Wien 2007.
- 38) Jacques Delors, a.a.O.
- 39) Jacques Delors, a.a.O. Kapitel 5: Lebenslanges Lernen, S.85ff.

Univ.-Prof. Dr. Klaus Zapotoczky

Geb. 1938; Studium der Rechtswissenschaften in Wien und der Sozialwissenschaften in Löwen (Belgien); 1964-1966 wissenschaftliche Lehr- und Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie Klausenhof, 1966-1971 Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz und 1971-1976 Universität Wien; 1976-2006 o. Professor für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz (Schwerpunkte Politik- und Entwicklungsforschung sowie Gesundheitspolitik).

Nachrichtendienste im Transformationsprozess?

Eine sicherheitspolitische Kurzanalyse am Beispiel Österreichs

Alfred Schätz

In der Berichterstattung der Massenmedien sind „Spionage, Geheimdienste, Sabotage, Terrorismus“ wiederkehrende Themen. War zur Zeit des Kalten Krieges das rechtzeitige Erkennen von Bedrohungen von außen, aber auch von innen, für die Überlebensfähigkeit eines Staates notwendig, so wurden die Organisationen, die sich mit der Aufklärung solcher Bedrohungsszenarien auseinandersetzten, oft als suspekt und antidemokratisch angesehen. Aus eigener Erfahrung ist mir noch gut der Slogan in Erinnerung: „Das Heeres-Nachrichtenamt bespitzelt Politiker und verfolgt Journalisten.“



Das vierte Buch Mose liefert ein klassisches Beispiel für Aufklärung. Als Moses von Gott den Auftrag erhielt, Kundschafter ins gelobte Land zu entsenden, wählte dieser zwölf Männer seines Vertrauens für diese Aufklärungsmission aus (Bild: „Kundschafter mit der Traube“ vom Verduner Altar im Stift Klosterneuburg).

Nachrichtendienste sind in demokratischen Staaten grundsätzlich keine Geheimdienste, sie sind Teil der öffentlichen Verwaltung und im österreichischen Behördenaufbau eingebettet, wenn auch ihre Organisation nicht in allen Details der Öffentlichkeit transparent ist.¹⁾ Zusätzlich zur Verantwortung des Bundesministers für Landesverteidigung und der mit der Dienst- und Fachaufsicht beauftragten Organe des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) ermöglichen u.a. der Ständige Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses zur Kontrolle der militärischen Nachrichtendienste und das Instrumentarium des Rechtsschutzbeauftragten eine entsprechende Kontrolle und schützen vor Missbrauch.

Nach Ende des Kalten Krieges sind neue Bedrohungsformen aufgetreten, die in den Geschehnissen des 11. September 2001 ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Die gegenständliche Arbeit soll einerseits den Paradigmenwechsel und den daraus sich ergebenden Transformationsprozess erläutern, der nach Ende des Kalten Krieges stattgefunden hat, andererseits sollen die neuen Bedrohungsformen und ihre Auswirkungen im Bereich der Sicherheitspolitik beschrieben werden. Die subkonventionelle Bedrohung hat nicht nur Auswirkungen auf Organisation, Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung im Bereich *Intelligence*, sondern es wird auch die Frage der nationalen und internationalen Kooperation (gestern - heute - morgen) zu analysieren und zu bewerten sein. Die neuen Anforderungen u.a. im Informationsbeschaffungsbereich sind in ihrer Verhältnismäßigkeit zum Rechtsstaat zu beurteilen.

Nicht zuletzt soll die gegenständliche Kurzanalyse zur „Entmystifizierung“ und korrekten Verankerung des Themas in der Gesellschaft beitragen. Nur eine solche Akzeptanz kann die Basis einer erfolgreichen Tätigkeit sein. „Für Parlamente, Gesetzgeber und die gesamte Zivilgesellschaft ist die *scientia* die Essenz von *potentia* - heute sogar mehr als je zuvor.“²⁾

Intelligence/Nachrichtendienst

Begriffsbestimmung

Die Beschaffung von Informationen ist so alt wie der Krieg selbst. Ohne Kenntnis der „Feindlage“ ist ein Krieg nur schwer, wenn überhaupt, zu gewinnen.³⁾ „Aufklärung“ wird daher oft auch als das „zweitälteste Gewerbe“ der Menschheitsentwicklung gesehen. Bereits in den frühen Urkunden der Menschheit finden sich Hinweise auf Nachrichtenbeschaffung. Die Heerführer der damaligen Zeit von Ägypten bis China verwendeten Kundschafter, um Informationen über Stärke und Stellungen der Gegner zu beschaffen und damit die eigenen Kräfte besser zum Einsatz bringen zu können.⁴⁾

Der klassische Beleg für die Entwicklung der Aufklärung findet sich im Alten Testament im Buch Numeri.⁵⁾ Moses hatte das Volk Israel aus Ägypten geführt, wurde aber in der Wüste aufgehalten. Jehova (also Gott selbst) gab Moses den Rat, Kundschafter nach Kanaan auszusenden. Moses wählte diese Kundschafter persönlich aus. Wie wichtig ihm das Unternehmen war, bewies er dadurch, dass er nur führende Männer, Fürsten, je einen von jedem der zwölf Stämme, auserkor.⁶⁾

Moses erteilte den Spähern einen umfassenden Auftrag, der sich weit über den militärischen Sektor hinaus, insbesondere auch auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich erstreckte. Aus heutiger Sicht ist der Auftrag als umfassende sicherheitspolitische Aufgabe zu beschreiben. In unserer Zeit mit ihren „Amerikanismen“ wird für die Informationsbeschaffung der Begriff *Intelligence* verwendet. Wenn dieser Begriff auch nicht unmittelbar in die deutsche Sprache

zu übersetzen ist, beinhaltet das Wort doch Merkmale wie Verstand, Erkenntnisvermögen, Intelligenz, Einsicht, Verständnis, Mitteilung, Kunde, also durchaus wissenschaftliche Attribute.

Max Gunzenhäuser interpretiert *Intelligence* folgendermaßen: „Man versteht darunter besonders die Sammlung, Beurteilung von (öffentlich zugänglichen oder geheim gehaltenen) Informationen in besonderen Dienststellen für Zwecke der militärischen und politischen Führung, wobei die Berücksichtigung und Verwertung dieser Nachrichten bei militärischen und politischen Entscheidungen der obersten Führung überlassen bleiben.“⁽⁷⁾ Diese Beurteilung zeigt deutlich den Weg von einer „Information“ (Einzelmeldung) auf, die durch Ergänzung mit weiteren Informationen, durch entsprechende Beurteilung und Verifizierung zu einer der Wahrheit möglichst nahe kommenden „Nachricht“ vervollständigt wird.

Nach Paul Todd und Jonathan Bloch ist „*Intelligence* (im Sinne einer Tätigkeit) das Sammeln und Auswerten von Informationen, die dann als *Intelligence Product* (was oft die Form einer Lagebeurteilung oder einer Langzeit-Prognose hat, wie z.B. bei den *National Intelligence Estimates* der CIA) an politische Entscheidungsträger weitergegeben wird, um die Voraussetzung für bestmögliche (meist außenpolitische) Entscheidungen zu schaffen“.⁽⁸⁾

Wolfgang Braumandl beschreibt *Intelligence* als „Summe der nachrichtendienstlichen Aktivitäten“.⁽⁹⁾ Er unterscheidet strategische und taktische *Intelligence* sowie Gefechtsfeldinformationen. Im Bereich der *Intelligence* sieht er vorrangig die Politikinformation und die Politikevaluation „eines staatlichen und organisatorischen Gegenspielers“. Als wesentliche Merkmale eines guten Nachrichtendienstes definiert er „größtmögliche“ Objektivität, um gerade auf der politischen Ebene Glaubwürdigkeit zu erlangen und Unparteilichkeit zu demonstrieren.

In den Medien verwendete Schlagzeilen wie „Geheimdienste“⁽¹⁰⁾ und „Spionagedienste“⁽¹¹⁾ sind abzulehnen, weil sie populistisch geprägt sind und kaum etwas mit dem Begriff *Intelligence* zu tun haben. Die Interpretation von Gunzenhäuser aus dem Jahre 1968 ist heute noch als eine der zutreffendsten anzusehen. Die Aussage Braumandls zur Akzeptanz von *Intelligence*-Produkten trifft den „Nagel auf den Kopf“.

Neben der Informationsfunktion hat der Nachrichtendienst auch eine Schutzfunktion zu erfüllen. Diese hat im Allgemeinen defensiven Charakter, nämlich den Schutz vor Informationsbeschaffungsversuchen, und liefert für den Schutz von Personen und Gütern entsprechendes Grundmaterial (im militärischen Sprachgebrauch: Maßnahmen der militärischen Sicherheit⁽¹²⁾).⁽¹³⁾

In Österreich steht die grundsätzliche Notwendigkeit und Zulässigkeit einer militärischen Abwehr als Teil der „militärischen Landesverteidigung“ (Art 79 B-VG) außer Streit. So betonen etwa die Volksanwaltschaft und insbesondere die Datenschutzkommission in ständiger Spruchpraxis ausdrücklich, dass die umfassende und rechtzeitige Gewährleistung der militärischen Sicherheit

speziell zum Schutz der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres gegen Ausspähung und Verrat und andere subversive Tätigkeiten zu dieser Teilaufgabe gehört.⁽¹⁴⁾

Unter „Abwehr und Irreführung“ fremder Nachrichtendienste als Teil der Schutz- und/oder Informationsfunktion wird das Erfassen und die Aufklärung besonderer Interessen anderer „gegnerischer Nachrichtendienste“ durch das Eindringen in deren Organisation zumindest zum Zwecke „der Neutralisierung“ ihrer Aufklärungsziele und ihrer Informationsbeschaffung bezeichnet. Die so genannte „Gegenspionage“ gehört in der Regel zum Aufgabenbereich der nachrichtendienstlichen Abwehr. Sie ist jedoch auch eine offensive Handlung mit dem Ziel des Eindringens in einen fremden Nachrichtendienst, um entsprechende Informationen über die Ziele fremder Nachrichtendienste zu erlangen. Daraus kann die strategische Zielsetzung abgeleitet werden (Ziel der nachrichtendienstlichen Aufklärung).



Am 21. August 1968 begann die militärische Intervention der sowjetischen Truppen und der Truppen des Warschauer Paktes - außer Rumänien und DDR - zur Okkupation der Tschechoslowakei. Die vom militärischen Nachrichtendienst gesammelten Informationen waren wichtige Entscheidungsgrundlagen für die österreichische Regierung und das weitere Verhalten der Republik.

Rechtliche Ausgangsbasis in Österreich

Der Begriff Nachrichtendienst wird in der österreichischen Rechtsordnung grundsätzlich nur in Bezug auf nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung verwendet. Ein Nachrichtendienst ist eine auf längere Zeit eingerichtete Organisation (Dienststelle), die der systematischen Beschaffung, dem Austausch, der Auswertung und der Weitergabe offener oder geheim gehaltener Informationen dient. In Österreich gibt es zwei Nachrichtendienste, das Heeres-Nachrichtenamt und das Abwehramt. Beide sind dem Verteidigungsressort zugeordnet.⁽¹⁵⁾ Darüber hinaus gibt es noch „nachrichtendienstliche“ Tätigkeiten im Rahmen der zivilen Sicherheitsbehörden als „Maßnahme zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit“.

Den gesetzlichen Regelungen der Tätigkeit sowohl der militärischen Nachrichtendienste als auch der Sicherheitsbehörden liegt eine Unterscheidung zwischen „Aufgaben“ und „Befugnissen“ zugrunde.⁽¹⁶⁾ Dies soll eine umfassende rechtliche Bindung der sicherheitspolizeilichen Aktivitäten im Allgemeinen und der

nachrichtendienstlichen Tätigkeiten im Besonderen gewährleisten. Mit Aufgaben bezeichnet das Gesetz die von diesen Diensten und Behörden wahrzunehmenden öffentlichen Interessen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind den militärischen Nachrichtendiensten und den Sicherheitsbehörden gesetzlich einzelne Befugnisse eingeräumt.¹⁷⁾

Eingriffe in Grundrechte sind verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn diese im Rahmen des jeweiligen Gesetzesvorbehaltes eines Grundrechtes erfolgen. Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung unterliegen einer ständigen nachprüfenden parlamentarischen Kontrolle und sonstigen Kontrollen (Rechnungshof, Datenschutzrat, Datenschutzkommission etc.):

- Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses zur Überprüfung von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung: Rechtsgrundlage ist der Art. 52a Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG). Der Unterausschuss ist befugt, alle einschlägigen Auskünfte und Unterlagen zu verlangen. Er ist im Sinne des Quellenschutzes allerdings nicht befugt, Auskünfte oder Unterlagen, insbesondere über Quellen, deren Bekanntwerden die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährden würde, zu verlangen (Quellenschutz).

- Rechtsschutzbeauftragter: Gemäß § 57 Militärbefugnisgesetz (MBG) ist das Instrumentarium des Rechtsschutzbeauftragten zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Maßnahmen der nachrichtendienstlichen Aufklärung oder Abwehr geschaffen worden.¹⁸⁾ Dem Rechtsschutzbeauftragten ist Einsicht in alle Unterlagen zu geben, und die erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen. Dieser hat vor der Aufnahme besonderer Datenermittlungsverfahren (§ 22 Abs. 8 MBG) seine Zustimmung zu geben, Einschränkungen hinsichtlich Auskunfts- und Einsichtsrecht existieren analog zum ständigen Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses im Bereich des Quellenschutzes bei Gefährdung der nationalen Sicherheit oder Sicherheit von Menschen.

§ 22 Abs. 3 bis 7 MBG beschreibt die besonderen Datenermittlungsverfahren (und deren Voraussetzungen), die vor ihrer Durchführung vom Rechtsschutzbeauftragten zu genehmigen sind. Abs. 7 ist nur für die nachrichtendienstliche Abwehr relevant, Abs. 6 schränkt die Zulässigkeit der Datenermittlung mittels Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ein auf „öffentliche oder im Wahrnehmungsbereich eines ermittelnden Organs“ erfolgendes Verhalten. Dies schließt ein zu massives Eindringen in die Privatsphäre des Einzelnen aus.

- Datenschutzkommission: Das Datenschutzgesetz (DSG) 2000 regelt in den §§ 30ff den Rechtsschutz einer natürlichen Person im Falle des Verdachts von Verstößen gegen das Grundrecht auf Datenschutz.¹⁹⁾ Hiezu ist gemäß §§ 35ff DSG die Datenschutzkommission (DSK) als Kontrollorgan eingerichtet (§ 36 DSG). Diese erkennt über Beschwerden wegen des Verdachts der Verletzung der Rechte auf Auskunft, auf Geheimhaltung, auf Richtigstellung oder auf Löschung, wobei der Betroffene seine Beschwerde gegen einen Auftraggeber des öffentlichen Bereiches richten muss, der nicht als Organ der Gesetzgebung oder der Gerichtsbarkeit tätig ist.

Die Verbindung der Tätigkeit der militärischen Nachrichtendienste und der Datenschutzkommission ergibt sich aus § 55 MBG und aus § 57 Abs. 6 MBG. § 55 MBG sieht ohne näheren

Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des DSG vor, dass die Datenschutzkommission nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen über Beschwerden gegen die Verletzung von Rechten durch behauptete rechtswidrige Datenverwendung im Zusammenhang mit den Rechten nach dem MBG oder dem DSG entscheidet. Nach § 57 Abs. 6 MBG hat der Rechtsschutzbeauftragte bei von ihm vermuteter rechtswidriger Datenverarbeitung die Befugnis, für den Betroffenen eine Beschwerde nach § 55 DSG bei der DSK zu erheben.

- Datenschutzrat: Als weiteres Kontrollorgan sieht das Datenschutzgesetz den beim Bundeskanzleramt eingerichteten Datenschutzrat (DSR, § 35 iVm §§ 41ff DSG) vor. Nach § 41 DSG berät der DSR die Bundesregierung und die Landesregierungen auf deren Ersuchen in rechtspolitischen Fragen des Datenschutzes. Durch die Aufgabenstellung als ein rechtspolitisches Beratungsgremium ist die Behandlung von Fragen und Aufgabenstellungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Rechten und Befugnissen der militärischen Nachrichtendienste nicht ausgeschlossen.

Zuständigkeiten in Österreich

Das Heeres-Nachrichtenamt²⁰⁾ ist der strategische Auslandsnachrichtendienst der Republik Österreich sowie Teil des sicherheitspolitischen Frühwarnsystems Österreichs und der EU. Seine Stärke und Exklusivität liegen in der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung über das Ausland. Das Heeres-Nachrichtenamt beschafft kontinuierlich Informationen über die für Österreich relevanten Regionen, Länder und Einrichtungen. Daraus erstellen die Mitarbeiter/innen des Amtes ein aktuelles sicherheitspolitisches Lagebild.²¹⁾

Das Abwehramt²²⁾ ist ein militärischer Nachrichtendienst und nimmt im Rahmen des Eigenschutzes des Bundesheeres die Aufgabe der nachrichtendienstlichen Abwehr wahr. Das Abwehramt ist somit zuständig für Angelegenheiten der Sicherheit, v.a. hinsichtlich der Spionage-, Sabotage- und Subversionsabwehr, des Geheimschutzes und der elektronischen Abwehr- und Absicherungsmaßnahmen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)²³⁾ ist Teil der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit des Bundesministeriums für Inneres. Als solches stellt es eine Gliederung in der internen Organisation der Sicherheitspolizei dar. Die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden sind grundsätzlich auf das Inland beschränkt.²⁴⁾ Die Aufgaben des BVT umfassen Informationsbeschaffung, Analyse und Ermittlung zum Schutz des Staates und seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie die Bekämpfung extremistischer Phänomene, der Spionage, des internationalen Waffenhandels, des Handels mit Kernmaterial und der organisierten Kriminalität in diesen Bereichen. Ein Schwerpunkt liegt in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Österreich.²⁵⁾ Die damit verbundene „erweiterte Gefahrenforschung“ ist mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit nur mit Einschränkungen vergleichbar.

Sicherheitspolitik und Nachrichtendienst

Im täglichen Leben ist „Politik“ omnipräsent, sei es als abstrakter Begriff, als realpolitisches Faktum, als parteiorientierte Realität oder als föderalistische Eigenheit. Politik ist auch als Dienst am Menschen zu sehen.²⁶⁾ In der Informationsgesellschaft wird das Wort „Sicherheitspolitik“ immer mehr eingesetzt.²⁷⁾ Wie hängt Politik mit Sicherheitspolitik zusammen?

Begriffsbestimmung

Vernetzte Sicherheit bedeutet, „dass die Ziele, die Prozesse und die Strukturen sowie die Mittel und die Fähigkeit der relevanten Akteure des Sicherheitssektors besser aufeinander abgestimmt und konsequent vernetzungsorientiert, d.h. ressortübergreifend, ausgerichtet werden“.²⁸⁾ Nach Heinz Gärtner ist dieser Begriff ähnlich dem der umfassenden Sicherheit, aber mit einer *Policy*-Dimension. Er basiert auf der Annahme, dass sich die Trennung zwischen zivilen und militärischen Bereichen zunehmend als dysfunktional erweist und durch einen neuen, vernetzenden Ansatz ersetzt werde. Dieser müsse darauf ausgerichtet sein, die vorhandenen zivilen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten im Umgang mit den neuen Sicherheitsstrategien systematisch aufeinander abzustimmen. Die Forderung nach vernetzter Sicherheit führt zu Veränderungen im Aufbau und im Management der Sicherheitsfaktoren. Diese betreffen die militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Streitkräfte, die übrigen Sicherheitskräfte, den Grenzschutz und die Nachrichtendienste sowie die politischen Aufsichts- und Koordinationsorgane.



Nach der Wende 1989 richtete sich das Hauptaugenmerk der nachrichtendienstlichen Aufklärung u.a. auf Südosteuropa (hier der Beschuss von Dubrovnik).

Erich Reiter beschreibt Sicherheitspolitik als „eine Querschnittsmaterie, die jene Teile der Innen- und Außenpolitik umfasst, die sich mit der Verhinderung des Gewaltansatzes gegen eigene Interessen im weitesten Sinn befassen“. Nach Gärtner beinhaltet diese Definition „alle Maßnahmen und Mittel zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit“. Nach Manfred Rotter ist Sicherheitspolitik ein „auf die Schaffung gesamtgesellschaftlicher Sicherheit ausgerichtetes Segment der Summe aller gesellschaftlichen Maßnahmen, die der Bewahrung oder Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung dienen“. Gärtner sieht in dieser Definition die Sicherheitspolitik „nur“ als ein Element des Gestaltens von Gesellschaft und Politik und ist damit umgekehrt auch von dieser abhängig.²⁹⁾

Dieter Dettke beschreibt das direkte Verhältnis „Militärpolitik/Sicherheitspolitik“ und streicht dabei den Zusammenhang heraus, allerdings ohne z.B. die wirtschaftliche Teilkomponente zu berücksichtigen oder auch nur zu erwähnen.³⁰⁾

Im österreichischen Landesverteidigungsplan (1985) wird im Kapitel 2 folgende Definition getroffen: „Die Sicherheitspolitik Österreichs ist die Summe aller Maßnahmen, vornehmlich in den Bereichen der Außenpolitik, der Politik zur Erhaltung der Inneren Stabilität und der Verteidigungspolitik, zum Schutz der Bevölkerung und der Grundwerte dieses Staates gegenüber allen Bedrohungen sowie zur Aufrechterhaltung und Verteidigung seiner immerwährenden Neutralität.“³¹⁾ Gärtner sieht in dieser Definition eine Grundkonzeption für die österreichische Sicherheit gegenüber „allen“ Bedrohungen.

Im Kapitel 5 des Landesverteidigungsplans wird herausgestrichen, dass „Bedrohungen sich nicht auf militärische Aspekte beschränken; auch die Bewältigung nichtmilitärischer Bedrohungsformen kann Österreich vor große sicherheitspolitische Aufgaben stellen“. Weiters wird festgestellt, dass nichtmilitärische Bedrohungen mannigfaltig sein können und im „wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und ideologisch-politischen Bereich auftreten. Sie können die Folge von Entwicklungen im Ausland oder direkt gegen Österreich gerichtete Aktionen sein“.³²⁾

„Umfassende Bedrohung“ erfordert „Umfassende Landesverteidigung“. Im Sinne der „Beurteilung der Lage“ ist ein umfassendes Lagebild erforderlich. Die Verteidigungsdoktrin³³⁾ nennt daher „die ständige Beobachtung der militärischen Lage“ als eine bereits im Frieden vorzubereitende Maßnahme für eine rasche und effiziente militärische Reaktion in einem Anlassfall der „Umfassenden Landesverteidigung“. In den allgemeinen Empfehlungen der Doktrin wird im Punkt 3 angeregt, „die bereits eingeleitete europäische Kooperation beim nachrichtendienstlichen Informationsaustausch zu intensivieren, bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre der Bürger und der demokratischen Errungenschaften und Rechte durch eine effektive parlamentarische Kontrolle“.

Um dieser Zielvorgabe gerecht zu werden, wurde im Interesse der Rechtssicherheit die nachrichtendienstliche Aufklärung und Abwehr als eine spezifische Teilaufgabe der militärischen Landesverteidigung gesetzlich verankert.³⁴⁾ Die im § 20 Abs. 1 MBG beschriebenen Informationsbeschaffungsziele, nämlich die „militärischen und damit im Zusammenhang stehenden sonstigen Tatsachen, Vorgänge und Vorhaben“, werden in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage „auch im Lichte der langjährigen praktischen Erfahrungen in erster Linie als solche sicherheitspolitischen Charakters anzusehen sein“.

Nationaler Sicherheitsrat

Als Folge der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin wurde mit Bundesgesetz die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates (NSR) beschlossen, gleichzeitig das Wehrgesetz 1990 geändert.³⁵⁾ Der NSR³⁶⁾ wurde beim Bundeskanzleramt errichtet, er dient der Beratung der Bundesregierung und der einzelnen Bundesminister in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Rat ist insbesondere zu hören in allen Angelegenheiten

- der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik,
- des Art. 23f Abs. 3 B-VG (Mandatierung von Auslandseinsätzen),
- des Kapitels VII der UNO-Charta,
- der militärischen Landesverteidigung, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und über die Zuständigkeit des Bundesministers für Landesverteidigung hinausgehen.

Ebenfalls ist der Rat zu hören vor Beschlussfassung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Heranziehung von Wehrpflichtigen zum Einsatzpräsenzdienst oder zum Aufschubpräsenzdienst oder zu außerordentlichen Übungen (Verfügung durch den Bundespräsidenten bzw. den Bundesminister für Landesverteidigung).

Wenn auch in der taxativen Aufzählung der Mitglieder des Rates mit beratender Stimme die politisch relevanten Verantwortungsträger (Bundesminister) und die zuständigen Höchstbeamten präsent sind sowie weitere vom Bundeskanzler, vom Vizekanzler, vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und vom Bundesminister für Landesverteidigung zu bestimmende, hierfür fachlich geeignete Ressortangehörige genannt werden können, erscheint es trotzdem gerechtfertigt, die verantwortlichen Vertreter im nachrichtendienstlichen Bereich festzuschreiben.³⁷⁾

Die Bedrohung vor der Wende im Jahre 1989 Der Kalte Krieg

Am 9. Mai 1955 trat die Bundesrepublik Deutschland der NATO bei. Am 14. Mai 1955 wurde in Warschau die Warschauer Vertragsorganisation (Warschauer Pakt) ins Leben gerufen. Am 15. Mai 1955 erfolgte in Wien die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, er trat am 27. Juli 1955 in Kraft. Am 26. Oktober 1955 beschloss der österreichische Nationalrat unter Zugrundelegung der Inhalte des Moskauer Memorandums die „immerwährende Neutralität nach dem Muster der Schweiz“. Am 14. Dezember 1955 wurde Österreich in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen.³⁸⁾ Österreich war frei und souverän.

Nachdem bereits im Jahre 1955 im Rahmen des Bundeskanzleramtes das Amt für Landesverteidigung organisiert worden war, nahm 1956 das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) seine Arbeit auf. Als eine der militärischen Aufgaben wurde das „Nachrichtenwesen“ mittels Bundesgesetz dem Kompetenzbereich des BMLV zugeordnet. Eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben erfolgte erst im MBG.³⁹⁾

Der Informationsbedarf in der Zeit von 1955 bis zur Wende 1989 lag vorwiegend im militärischen und rüstungstechnischen Bereich. Im Sinne der „Beurteilung der Lage“⁴⁰⁾ kam natürlich der „Feindziffer“ entsprechende Bedeutung in doppelter Hinsicht zu:

- Militärische Kriterien: Da man dem Verfassungsauftrag „*Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung*“⁴¹⁾ nur dann gerecht werden konnte, wenn die eigene Streitkräfteplanung eine dem „Feindbild“ adäquate Streitkräftestruktur (Organisation, Ausrüstung, Ausstattung) und eine bedrohungs-

gerechte Ausbildung entgegensetzen konnte, lagen die Aufklärungsziele vorrangig in den oben genannten und beschriebenen Parametern.

- Politische Kriterien: Gleichrangig aus Organisation, Ausrüstung, Ausstattung, Ausbildung, weiters Dislokation und Logistik sowie Übungsverhalten eines potenziellen Aggressors waren die möglichen „Vorwarnzeiten“⁴²⁾ in der gesamten Breite der strategischen bis zur taktischen Entwicklung von besonderer Bedeutung für den Einsatz des Bundesheeres (Mobilmachung).⁴³⁾

Wenn auch der Fall der Berliner Mauer nicht unmittelbar vorhergesagt werden konnte, hat *Intelligence* im Kalten Krieg nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Frieden zu sichern.⁴⁴⁾ Mit dem Fall der Berliner Mauer und den sich daraus ergebenden Folgen änderte sich die Situation schlagartig. Der Einschnitt war so tief, dass man ihn vorerst nicht wirklich zur Kenntnis nehmen wollte.



Bild nur im
Heft verfügbar

Auch während der Kosovokrise 1999 waren die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse wichtige Beiträge für die politisch-strategischen Entscheidungsprozesse.

Die Bedrohung nach der Wende im Jahre 1989 Übergangszeit (1989-1994)

Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990, der Selbstauflösung der Warschauer Vertragsorganisation 1991, dem Beginn des Zerfalls der UdSSR und mit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Jahre 1991 änderte sich die strategische Lage grundsätzlich. Die EU begann sich zu entwickeln, neben wirtschaftlichen Bedürfnissen wurde der Begriff „Sicherheitsgemeinschaft“ immer mehr in das Zentrum des Agierens gerückt. Waren in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes zwar immer noch die alten militärischen Strukturen und die dazu gehörende „Kriegsmaschinerie“ nachweisbar – gleichsam als „Hardware“ –, begann sich die politische Entwicklung in diesen Staaten an die europäischen Strukturen anzunähern, bei gleichzeitiger Integration in den sicherheitspolitischen „Schutzschild“ der NATO. Die Streitkräfte mussten sich neu positionieren. Der Konflikt in Südosteuropa (Balkan) wirkte dabei hemmend oder dynamisierend, je nach sicherheitspolitischer Position.

Das sicherheitspolitische Umfeld nach der Wende

Mit dem Ende des Kalten Krieges fiel schlagartig die klassische strategische und operative militärische Bedrohung, die seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch mehr als 40 Jahre den „Kriegsschauplatz Europa“ geprägt hatte, fort. Gleichzeitig wuchs ein latentes Krisenpotenzial an der europäischen Peripherie. Die USA verlagerten ihre Interessen aus Europa, jedoch unter Beibehaltung einer gewissen Einflussnahme über die NATO⁴⁵⁾ und Großbritannien und militärischer Präsenz im Bereich strategischer Mittel und Fähigkeiten.⁴⁶⁾ Der Zerfall Jugoslawiens war die neue Herausforderung für Europa.



Mit dem Ende des Kalten Krieges verlagerten die USA ihren Schwerpunkt weg von Europa. Somit sahen sich auch die Nachrichtendienste (hier CIA-Hauptquartier in Langley) mit neuen Bedrohungsszenarien konfrontiert.

Militärpolitische Konsequenzen für Europa - Streitkräfteentwicklung, Krisenreaktionskräfte

Den Streitkräften obliegt heute nicht mehr, eigentlich entgegen ihrem Grundauftrag, die Verteidigung des eigenen Territoriums im klassischen Sinne, sie werden immer mehr zum Mittel der Außenpolitik - „*The structure must follow the strategy*“.⁴⁷⁾ Die tragenden Säulen der Streitkräfte - Organisation, Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung - sind gezwungen, sich zunehmend neu für *Peace Support Operations* (PSO) zu organisieren. Rasche Verfügbarkeit und Verlegungsfähigkeit und eine entsprechende Verweildauer im Einsatzraum bei völlig neuen Bedrohungsformen sind gefordert. Die subkonventionellen Bedrohungen, wie sie im Rahmen des transnationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität, der irregulären Migration und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Technologie auftreten, werden bedeutsam. Der Einsatz gegen diese neuen Arten der Bedrohungen wird komplizierter und erfordert allein schon von der Ausbildung her höchst professionelle „Kämpfer“.

1991 wird als Reaktion auf die sich bereits abzeichnende Entwicklung auf dem NATO-Gipfel in Rom ein neues Strategisches

Konzept beschlossen (Abgehen vom Konzept der *forward defence*). Im Jahre 1999 wird dieses Konzept auf dem NATO-Gipfel in Washington finalisiert (neue Aufgaben, territoriale Eingrenzung). Österreich trat 1995 der 1994 von der NATO geschaffenen *Partnership for Peace* (PfP) bei. Mit dem Beitritt zur EU 1995 hat Österreich auch die Inhalte des „Vertrages von Maastricht“ (1993) akzeptiert. Die Auswirkungen sind dadurch gekennzeichnet, dass die Anforderung zur Beitragsleistung innerhalb der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) größer wurden und der außenpolitische Druck sich im Bereich der PSO, auch in entfernten Regionen, zu beteiligen, stieg.

Auswirkungen für den österreichischen Nachrichtendienst

Das bislang vorrangige Aufklärungsziel Südosteuropa (Balkan) bleibt natürlich aufrecht. Das Verlagern der bisherigen Aufklärungsschwergewichte im Sinne der *Force Protection* wird zwingend erforderlich. Das Schaffen eines permanenten Lagebildes über bisher „vernachlässigbare“ Räume ist die logische Konsequenz. Der Aufbau eines solchen Lagebildes wird jedoch nur unter verstärkter Kooperation mit neuen Staaten und durch Verbesserung veränderter technischer Maßnahmen (*Signal Intelligence* - SIGINT) möglich sein.

Beitritt Österreichs zur EU und die Folgen

Die strategischen Kommunikationslinien Ost-West und Nord-Süd gewinnen im Bereich der geopolitischen Lage an Bedeutung. Durch die Schritte der EU-Erweiterung wird die Außengrenze weiter nach Osten verschoben. Die räumliche Nähe und historische Verbundenheit zum Krisenraum Südosteuropa stellt immer noch eine besondere Herausforderung dar. Die sicherheitspolitische Lage ist durch eine weitere Abnahme der klassischen militärischen Bedrohung gekennzeichnet. Gegen die Mitgliedstaaten der EU ist zwar kein direkter Angriff zu erwarten, das heißt, das klassische Konzept der Selbstverteidigung ist nahezu überholt, jedoch ist mit einer Zunahme der subkonventionellen Bedrohungsformen zu rechnen. Die Stabilisierung von Krisenräumen um Europa ist die Hauptaufgabe. Zusätzlich werden wirtschaftliche und humanitäre Hilfeleistungen für Dritte-Welt-Staaten zunehmen.

Der am 2. Oktober 1997 unterzeichnete „Vertrag von Amsterdam“ ist das Ergebnis der im März 1996 begonnenen Regierungskonferenz zur Revision der Verträge, auf denen die Union bisher beruhte. Das neue Vertragswerk sanierte eine Vielzahl von Schwachstellen des „Vertrages von Maastricht“, enthält aber auch bedeutende eigenständige Regelungen zur Weiterentwicklung der EU. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Übernahme der „Petersberg-Aufgaben“ aus der Westeuropäischen Union (WEU) in das Vertragswerk. Diese Neuerung stellt die Basis für den operativen Ausbau einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Komponente im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) dar.⁴⁸⁾ Wenn auch in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam der Bereich *Intelligence* nicht expressis verbis erwähnt wurde, sind beide Vertragswerke indirekte Grundlage für den Transformationsprozess *Intelligence*.⁴⁹⁾

ROGER REISMAYER/CORBIS

Am 26. Februar 2001 wurde der Vertrag von Nizza unterzeichnet (in Kraft getreten am 1. Februar 2003). U.a. wurde mit diesem Vertragswerk die ESVP zum integralen Bestandteil der GASP. Damit wurde die Handlungsfähigkeit der Union schrittweise gestärkt. Um den Anforderungen der ESVP gerecht zu werden, beschloss der Europäische Rat auf dem Gipfeltreffen von Nizza zusätzlich die Einführung neuer Organisationsmodule, wie z.B. den „Militärstab der EU“ (EUMS), der sich mit Frühwarnung, Beurteilung der Lage und strategischer Planung zu beschäftigen hat, und das „Zivil-militärische Lagezentrum zur Frühwarnung und Einschätzung krisenhafter Entwicklungen“.⁵⁰⁾

Weitere Maßnahmen folgten, so z.B. am 12. Dezember 2003 beim Europäischen Rat in Brüssel. Angenommen wurde die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), in der auf die Bedrohungen durch den Terrorismus eingegangen wird und Ziele der Gegenmaßnahmen in Form von angemessenen Reaktionen auf die Bedrohungen definiert werden, weiters die Ausweitung der Sicherheitszonen auf die Nachbarstaaten (Vorfeld) und die Stärkung der internationalen Ordnung auf Basis von Multilateralismus. Auch wurde dabei militärisches, wenn nötig präventives Vorgehen als letztes Mittel gegen terroristische Strukturen nicht ausgeschlossen.⁵¹⁾

Neue Perspektiven eröffnen sich auch durch die in Artikel III-210 des neuen EU-Verfassungsvertrages angeführte Bestimmung hinsichtlich ziviler und militärischer Missionen zur „Bekämpfung des Terrorismus“. In diesem Verfassungsentwurf (der bis jetzt nicht in Kraft trat) ist eine „neue Qualität“ ableitbar, nämlich ein umfassender Ansatz zur Terrorismusbekämpfung über den innerstaatlichen und justiziellen Bereich hinaus. Die Aufnahme möglicher militärischer Missionen zur Terrorismusbekämpfung stellt eine Neuerung dar. Nunmehr ist ein umfassender Ansatz polizeilicher, justizieller und militärischer Mittel einschließlich einer nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung im Sinne des Führungsverfahrens vorgesehen.

Beim Europäischen Rat am 25. März 2004 wurde als Folge der Anschläge von Madrid am 11. März 2004 eine Solidaritätsklausel aufgenommen, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, im Falle eines Terroranschlages das betreffende EU-Mitglied zu unterstützen.⁵²⁾

Umfassende Bedrohungen, die mit dem Aufwachen der subkonventionellen Bedrohungen heute weit über die bisherigen klassischen militärischen Bedrohungen hinausgehen, erfordern einen multilateralen Ansatz der Abwehr. Ein unilaterales Vorgehen der Staaten wird immer kontraproduktiver, multilaterale Ansätze sind unabdingbar. Ein nationaler Ansatz der Lagedarstellung und -beurteilung⁵³⁾ ist dennoch von Bedeutung, wenn es um die Entscheidung des nationalen Anteils zur Einbringung in ein gesamteuropäisches Reaktionsmodell geht (Kosten-/Nutzenrechnung). Nicht zuletzt bleibt immer eine nationale politische Verantwortung für die eigenen Streitkräfte. Abgeleitet davon ist eine effiziente Kooperation im nachrichtendienstlichen und sicherheitspolizeilichen Bereich innerstaatlich und im internationalen Verbund Grundvoraussetzung für die Verhinderung und Bekämpfung eines umfassenden Bedrohungsszenariums. Basis für die Kooperation im nationalen Kontext ist allerdings eine rasche Anpassung der Rechtsordnung an diese Bedrohungslage.

Mit dem Fall der Berliner Mauer, der Selbstauflösung des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Ära des Kalten Krieges, der immer noch ein „symmetrischer“ war, zu Ende gegangen. Die Veränderungen in der Kriegführung, die eher an der Peripherie der großen Konfliktstrukturen stattfanden, wurden durch die Dominanz des Ost-West-Konfliktes an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt.⁵⁴⁾

Der asymmetrische Krieg und Intelligence

Herfried Münkler meint dazu, dass man die Wahrnehmung der Veränderungen v.a. in Europa (bedingt durch den „Balkan-Krieg“) rascher hätte erfassen müssen. Als Grund für die verzögerte Feststellung dieser neuen Entwicklung führt er den strukturellen Konservatismus der Militärs an, „wo Personen in Entscheidungspositionen gelangen, deren Vorstellungen und



Bild nur im
Heft verfügbar

Die neuen technischen Standards bei der Aufklärung und die neuen Herausforderungen bei der Auswertung der *Signal Intelligence*/SIGINT hatten Auswirkungen auf sämtliche Nachrichtendienste.

*Denkstrukturen in der Regel 15 Jahre vorher geprägt wurden. In der Politik wiederum gab es Verzögerungen in der Reaktion auf neue Entwicklungen, weil die Entscheidungsträger oft nicht die nötige Entschlossenheit aufbrachten, sich ihnen zu stellen. Aus historischer Perspektive ist eine Zeitverzögerung von etwa 15 bis 20 Jahren im Hinblick auf militärische Reaktionen nicht einmal furchtbar lang.*⁵⁵⁾

Was sind nun neben der allgemeinen „Friedenseuphorie“ die Ursachen für „asymmetrische“ Bedrohungen?

- Die Geografie; wenig Raum im Vergleich zum Anwachsen der Weltbevölkerung;
- die Weltbevölkerung selbst (gemeint ist deren Zunahme);
- der Welthandel, damit verbunden das Verhältnis Arm/Reich;
- die Wissenschaft, die schiefe Ebene USA/Europa;

- die Verteidigungs- und Rüstungsausgaben (das Schwerkraft weltweit liegt bei den USA);
- die Nahrungsverteilung weltweit (mindestens 50 Staaten sind durch den Hunger in ihrer Existenz bedroht);
- das Territorium (50% weltweit liegen unter einem Meter über dem Meeresspiegel, Klimawandel);
- die Krankheitssituation, insbesondere in der Dritten Welt (z.B. Malaria, Aids);
- die Finanzwelt selbst, verbunden mit der Ungleichheit weltweit.⁵⁶⁾

In der Asymmetrie ist die Welt mit Akteuren verbunden, die sich selbst schnell verändern können, das gilt insbesondere für Netzwerke, die keine hierarchischen Strukturen kennen und in ganz anderer Weise schneller lernen und reagieren als hierarchisch formalisierte Organisationen. Münkler ortet darin das eigentliche Defizit, über das man sich politisch wesentlich mehr Gedanken machen müsse.⁵⁷⁾ Er nimmt allerdings Frankreich und Großbritannien auf Grund ihrer kolonialen Geschichte von dieser Entwicklung aus; beide Länder hätten gegenüber anderen Staaten in Europa, z.B. Deutschland, eine größere Aufmerksamkeit für asymmetrische Strukturen entwickelt und wären daher im Ernstfall schneller reaktionsfähig gewesen. Allerdings scheint das bisher für das politische Denken, beispielsweise für das europäische Sicherheitsdenken, nicht besonders relevant gewesen zu sein bzw. erst sehr langsam zu greifen. Nur hie und da war ein Gespür für die neuen verteidigungspolitischen Anforderungen zu bemerken.⁵⁸⁾

Hingegen haben sich die Nachrichtendienste sehr bald nach der Wende mit den „neuen“ subkonventionellen Bedrohungen auseinanderzusetzen begonnen.⁵⁹⁾ In jüngster Zeit sind zusätzlich neue Bedrohungsarten wie *Cyber War* und *Cyber-Terrorismus* hinzugekommen.⁶⁰⁾ Strukturveränderungen scheiterten jedoch vielfach an der Starrheit des jeweiligen Behördenaufbaues, hingegen wurde die Kooperation bilateral, die es wie auch immer gegeben hat, intensiviert. Enge Kooperation gab es infolge gemeinsamer Bedrohung durch den Warschauer Pakt in der Zeit des Kalten Krieges und der integrierten Streitkräftestruktur innerhalb der NATO.

Ob die existierenden Strukturen auf die neuen Herausforderungen, die weit weg von „Organisation, Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung“ von anderen Streitkräften lagen, reaktionsfähig sind, wäre sicherlich zu hinterfragen, gar nicht zu sprechen vom Erkennen politischer und militärischer Vorwarnzeiten. Wenn auch die *Intelligence*-Welt in den letzten 15 Jahren nicht gerade stagniert hat, aber einen wirklich entscheidenden Fortschritt beinhalten die Entwicklung der letzten 90 Jahre nicht gerade.⁶¹⁾

Andererseits beginnen sich einige Trends abzuzeichnen, die die Nachrichtendienste und deren Rolle im 21. Jahrhundert stark verändern könnten: die Internationalisierung, die Technisierung und die Militarisierung. Ob die Privatisierung von *Intelligence* möglich oder auch sinnvoll wäre, bleibt abzuwarten, weil in der politischen Entscheidungsfindung staatliche Organe besser in die Pflicht und in die Verantwortung zu nehmen sein werden als „private Firmen“.

Subkonventionelle Bedrohungen

Transnationaler Terrorismus

Aus philosophischer Sicht wird Krieg oft als Instrument der Machtausübung betrachtet.⁶²⁾ Dabei kann diese Form der Machtausübung verschiedenste Ziele vom Verteidigungs- bis zum

Unterwerfungskrieg verfolgen. In jedem Fall scheint der Krieg etwas zu sein, das durch die Politik quasi zu kontrollieren ist. Der Terror scheint nun eine neue Dimension des Kriegsbegriffes darzustellen.⁶³⁾ Der Begriff Terror oder „Schrecken“ ist nicht neu und in der internationalen Sicherheitspolitik keine unbekannte Größe;⁶⁴⁾ es darf an das „Gleichgewicht des Schreckens“ in der Zeit der bipolaren Blockkonfrontation erinnert werden. Gemeint war dabei die Fähigkeit, einen Gegner tödlich zu treffen und gleichzeitig die eigene Vernichtung in Kauf zu nehmen. Abgeleitet wurde daraus die Unfähigkeit, einen Krieg zu führen.



Wie wichtig eine funktionierende *Intelligence* ist, wird dramatisch dort verdeutlicht, wo sie versagt (hier ein Bombenanschlag der IRA im Londoner East End aus dem Jahr 1996).

Ziel des heutigen „Terrorismuskrieges“ ist es im Wesentlichen, dem Gegner dessen Machtlosigkeit vor Augen zu führen. Um Terrorismus besser zu erfassen und damit bekämpfen zu können, wäre eine weltweite überstaatliche Terrorismusdefinition notwendig, die aber bisher nicht möglich gemacht wurde.

Organisierte Kriminalität

Die Ermittlungen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 machten deutlich, dass die wichtigste Basis terroristischer Organisationen⁶⁵⁾ deren Finanzstruktur ist - eine Erkenntnis, die bereits kurz nach den Anschlägen in entsprechenden Initiativen zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus ihren Niederschlag fand. Die dabei umgesetzten finanziellen Mittel sind erheblich. Expertenschätzungen zufolge soll z.B. *Al Qaida* 2001 über ein

Gesamtvermögen von etwa 5 Mrd. USD verfügt haben.⁶⁶⁾ Etwa 50-60% dieser Mittel seien durch Gelder erwirtschaftet worden, die dem Bereich der organisierten Kriminalität zuzuordnen sind. Hierzu gehören auch die Produktion und der Vertrieb von Drogen. Die Beschaffung von finanziellen Mitteln ist für Terrororganisationen untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, diese in der entsprechenden Menge und zum erforderlichen Zeitpunkt verfügbar zu haben und zum Einsatz zu bringen. Die dabei angewandten Methoden entsprechen durchaus denen der Geldwäsche im Bereich der traditionellen organisierten Kriminalität. Ein Kampf gegen den transnationalen Terrorismus ist somit auch im Sinne der Asymmetrie⁶⁷⁾ ein Kampf gegen organisierte Kriminalität und Geldwäsche in einem multidisziplinären Ansatz. Dabei geht es nicht nur um die Verfolgung konkreter Straftaten, sondern u.a. um Vorfeldaufklärung und Prävention. Neben polizeilichen und wirtschaftlichen Methoden ist *Intelligence* ein Ansatz dazu.

Irreguläre Migration

Ein weiterer Faktor subkonventioneller sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken, der im Zusammenhang mit islamistischem Terrorismus zu sehen ist, ist die irreguläre Migration. Die teilweise umfangreichen islamischen Gemeinden von etwa 14 Millionen Moslems in Europa sind durch die Ereignisse vom 11. September 2001 in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerückt.

Auf Grund bisheriger Erkenntnisse ist die Wahrscheinlichkeit, dass potenzielle Terroristen über traditionelle Routen in den EU-Raum eingeschleust werden, als gering zu beurteilen. Die Gefahr, im Zuge einer undokumentierten Einreise aufgegriffen, ermittlungsdienstlich behandelt und registriert zu werden, widerspricht dem bisher festgestellten Grundsatz von Terrorgruppierungen, möglichst unauffällig in einem Zielland zu leben. Irreguläre transnationale Migration ist somit vor dem Hintergrund des islamistisch motivierten Terrorismus als relevant zu bezeichnen. Allerdings ergibt sich die Gefährdung nicht unmittelbar aus den Migrationsströmen, sondern vielmehr dadurch, dass islamistische Gemeinden auch Zielgruppen für Agitationen und Radikalisierungsversuche sein können.

Irreguläre Migration ist auch als Begleiterscheinung des „Terrorkrieges“ vor Ort von Bedeutung und schlägt sich damit in Flüchtlingszahlen nieder. Sie steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität. Aufgabe eines Nachrichtendienstes ist es daher, im Sinne einer Vorfeldaufklärung und Frühwarnfunktion auf Migrationsentwicklungen hinzuweisen, um rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen zu erleichtern.

Proliferation von Massenvernichtungswaffen und deren Technologien

Bis Anfang der 90er-Jahre wurde der mögliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen (MVW) durch Terrororganisationen kaum als Bedrohung wahrgenommen. Dies änderte sich erst im Jahre 1995, als bei einem Anschlag in Tokio ein chemischer Kampfstoff (Sarin) zum Einsatz gebracht wurde. Erstmals zeigte sich, dass die Bedrohung durch radiologische, nukleare, biologische und chemische Waffen nicht ausschließlich auf einen militärischen Gegner beschränkt ist.⁶⁸⁾

Dennoch ist die Möglichkeit für terroristische Organisationen, MVW zu beschaffen, wesentlichen Einschränkungen unterworfen. So kann davon ausgegangen werden, dass die Herstellung eines

Nuklearsprengkörpers das Potenzial einer terroristischen bzw. nichtstaatlichen Gruppierung übersteigt. Daher stehen im Bereich eines nuklear konzipierten Terrorangriffes die Entwendung einer Nuklearwaffe, der Diebstahl radioaktiven Materials für eine Bombe oder ein konventioneller Angriff gegen eine industriell-nukleare Einrichtung im Vordergrund. Im Bereich der B-Waffen sind biologische Kampfstoffe überall dort verfügbar, wo sie natürlich vorkommen oder gelagert sind. Im chemischen Bereich ist der Einsatz eines chemischen Kampfstoffes oder einer toxischen Chemikalie denkbar. Besondere Bedeutung kommt beim Einsatz all dieser Waffen einfachen UAVs (*unmanned aerial vehicles*, Drohnen) als Trägermittel zu. Die Rolle der Nachrichtendienste liegt in diesen Bereichen v.a. in der Proliferationserkennung und in der Beratung der für die Genehmigung zuständigen Organe.

Bundesheerreformkommission (Bundesheer 2010)

Die Bundesheerreformkommission hatte den grundsätzlichen Auftrag, allgemeine Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Anpassung der militärischen Landesverteidigung an die Bedrohungen und Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Basis hierfür war die Feststellung im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, dass „*äußere Sicherheit und militärische Landesverteidigung wesentliche und unverzichtbare Elemente sind, um Österreich und seinen Bürgern Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität zu gewähren*“.⁶⁹⁾ Zu definieren waren zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben der Umfang und die Leistungsfähigkeit des militärischen Beitrages zum internationalen Krisenmanagement unter besonderer Berücksichtigung der ESVP und von Aspekten der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur sowie weiterführende Überlegungen im Sinne einer gemeinsamen europäischen Verteidigung.⁷⁰⁾

In den Empfehlungen der Bundesheerreformkommission wird im Zusammenhang mit der Bedrohungs- und Risikoanalyse ausdrücklich zum Thema Nachrichtendienst/*Intelligence* Stellung genommen. Es wird empfohlen,

- „*eine Verbesserung der Kapazitäten zur Erstellung des strategischen Lagebildes im Rahmen der Krisenfrüherkennung einschließlich der neuen subkonventionellen Bedrohungsfaktoren als Beitrag zur politischen Entscheidungsaufbereitung bzw. zur Unterstützung von österreichischen Kontingenten im Auslandseinsatz durch sofort verfügbare Aufklärungselemente*“ sowie

- „*die Weiterentwicklung der nachrichtendienstlichen Kooperation national wie auch im multinationalen Kontext einschließlich der entsprechenden parlamentarischen Kontrollmechanismen*“ zu erreichen.⁷¹⁾

Damit wurde grundsätzlich den neuen Anforderungen *Intelligence* im 21. Jahrhundert Rechnung getragen.

Zusammenfassende Analyse

Das Ende des Kalten Krieges, das Auftreten neuer Bedrohungsformen im Sinne der Asymmetrie und insbesondere die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die (sicherheits-)politische Landschaft in vielen Bereichen nachhaltig verändert. Der Terror als Form der Kriegführung (oder zumindest als bewaffneter Angriff) einerseits und der „Krieg gegen den Terror“ andererseits sorgten für eine Annäherung, ja sogar eine Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit, konventioneller und subkonventioneller Bedrohung.

Die bestehenden völkerrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen scheinen für den Umgang mit diesem Phänomen allerdings nur bedingt geeignet zu sein. Das Fehlen eines gemeinsamen internationalen Verständnisses von Terrorismus, verbunden mit der dominierenden Rolle eines einzelnen staatlichen Akteurs, der primär seine nationalen Interessen verfolgt, muss zu politischen Konflikten führen.

Militärischen Nachrichtendiensten kommt - ohne Vernachlässigung ihrer bisherigen Aufgaben - eine verstärkte Rolle in der Aufklärung nichtmilitärischer Faktoren der Sicherheitspolitik zu. Die weitestgehenden Interdependenzen dieser subkonventionellen Bedrohungsformen (*Cyber War*, transnationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, irreguläre Migration, Proliferation von MVW) erfordern deren umfassende Beobachtung. Damit verbunden wird die Kooperation im nationalen und internationalen Kontext auf Basis eines demokratischen Rechtsstaates immer notwendiger.



Eher selten werden die Erfolge der nachrichtendienstlichen Aufklärung öffentlich. Beispielsweise konnten Mitte 2006 durch die gesammelten Informationen, Anschläge auf Flugzeuge auf dem Londoner Flughafen Heathrow verhindert werden.

Formen subkonventioneller Bedrohung akkumulieren dabei oft in Räumen mit extremer Instabilität und destabilisierender Ausstrahlung auf gesamte Regionen. Derartige Räume sind dadurch prädestiniert für das Setzen von Stabilisierungsmaßnahmen durch die Staatengemeinschaft. Der Einsatz von Streitkräften setzt Soldaten internationaler Kräfte derartigen Bedrohungsformen nicht nur spezifisch aus, sondern involviert sie aktiv durch die Zuweisung von polizeilichen Aufgaben. In diesem Zusammenhang wird oft generell von einer Tendenz der „Konstabularisierung von Streitkräften“ gesprochen. Dies stellt ein Phänomen dar, das seit einigen Jahren v.a. in PSOs in Südosteuropa erkennbar ist.⁷²⁾ Als Beispiel war und ist der Einsatz österreichischer Soldaten in Afghanistan, in Afrika und in Südosteuropa (Balkan) zu nennen, der für diese mit einem hohen Risiko im gesamten Spektrum subkonventioneller Bedrohungen verbunden war und ist. Diese Soldaten haben ein Recht auf ein frühzeitig bereitgestelltes Lagebild, das ihren Einsatz unterstützt und höchstmögliche Sicherheit bietet.

Für einen militärischen Nachrichtendienst ist es erforderlich, diese Phänomene im Detail zu analysieren und dadurch zur *Force Protection* beizutragen. Die Entsendung spezifischer Elemente (v.a. *National Intelligence Cells/NICs*) gemeinsam mit den eingesetzten Truppen erfüllt dabei eine wichtige Funktion, ohne die für manche Staaten eigenes militärisches Engagement nicht mehr denkbar ist. Die klassische militärische Aufklärung verliert an Bedeutung, mit „Spähtrupps“ ist die subkonventionelle Bedrohung nicht aufzuklären.

Nachrichtendienste müssen zielorientierter werden, sie unterliegen einem permanenten Transformationsprozess; dies war schon im Kalten Krieg so und hat im Zeitalter der Asymmetrie dramatisch zugenommen. Neben der Anpassung an die Organisation ist v.a. auf eine Ausbildungsverbesserung - nicht zuletzt im wissenschaftlichen Sinn - hinzuwirken. Dies trifft sowohl für die Informationsbeschaffung als auch für den Analysebereich zu. Auf jeden Fall sollten Beschaffung und Auswertung näher zusammenrücken. Eine klare Trennung, wie schon bisher, zwischen Nachrichtendiensten und Strafverfolgung ist im Sinne des Rechtsstaates angebracht.

Inwiefern die so genannte „Ausgliederung und Privatisierung“ im Sicherheitsbereich auch im nachrichtendienstlichen Bereich hilfreich sein kann, ist nicht zuletzt eine politische Frage und hängt direkt mit dem Gewaltmonopol des Staates zusammen. Der militärische Grundsatz „Einheit der Führung“ hat Auswirkung auf die Verantwortung der Akteure; diese ist unteilbar. Die Entschlussfassung obliegt letztlich immer der politischen Ebene. Nachrichtendienste haben zu beraten und nicht zu „gängeln“. Somit sind für die Arbeit der Nachrichtendienste in der Politikberatung auch Grenzen gesetzt. Trotzdem sind die Inhalte und das Verfahren für die Politikberatung immer im Sinne der Vernetzung verbesserungswürdig. Die EU hat mit dem *Situation Center* eine Möglichkeit aufgezeigt. Es erscheint sinnvoll, auch im nationalen Bereich unter Nutzung bereits beste-

hender Organisationen (z.B. NSR) kompatible Verbesserungen anzubringen. *Intelligence war*, ist und bleibt ein entscheidender Baustein für die Entschlussfassung und damit einem ständigen Transformationsprozess unterworfen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) So findet sich im österreichischen Amtskalender nur der Verweis auf die Organisation und deren Leitung. Vgl. Amtskalender 2006/2007.
- 2) Paul Todd, Jonathan Bloch: Globale Spionage, Geheimdienste und ihre Rolle im 21. Jahrhundert, Matthes & Seitz, Berlin 2003, S.283.
- 3) Gert Buchheit: Der deutsche Geheimdienst. Geschichte der militärischen Abwehr. München 1966, S.19ff.
- 4) Gert Buchheit: Die anonyme Macht. Aufgaben, Methoden, Erfahrungen der Geheimdienste. Frankfurt am Main 1969, S.259ff.
- 5) Die Bibel, Das vierte Buch Mose - Numeri, Kapitel 13.
- 6) Der Auftrag lautet: „Zieh hinauf ins Mittagsland und geh auf das Gebirge und besche das Land, wie es ist, und das Volk, das darin wohnt, ob's stark oder schwach, wenig oder viel ist; und was es für ein Land ist, darin sie wohnen, ob's gut oder böse sei; und was für Städte sind, darin sie wohnen, ob sie in Gezellen oder Festungen wohnen; und was es für Land sei, ob's fett oder mager sei und ob Bäume darin sind oder nicht. Seid getrost und nehmet die Früchte des Landes.“ IV. Mose 13,17-20.

- 7) Max Gunzenhäuser: Geschichte des geheimen Nachrichtendienstes, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen. Frankfurt am Main 1968, S.11.
- 8) Todd, Bloch: S.13f.
- 9) Wolfgang Braumandl: Entwicklung einer europäischen Intelligence-Politik. In: ÖMZ 1/2003, S.61.
- 10) Der Begriff „Geheimdienst“ ist abstrakt zu verstehen und sagt aus, dass mit diesem Begriff eine Organisation beschrieben wird, die gesamthaft geheim ist und daher eigentlich gar nicht existiert.
- 11) „Das Wort Spion stammt aus dem althochdeutschen spehôn, speha, aus dem sich unser spähen bildete; andere Formen waren spiohôn, spichan. Aus dem deutschen spehôn stammt das romanische spiare, das rthoromanische spiar (nachforschen), aus dem sich das französische espion entwickelte, aus dem das mittellenglische espian, spian und das neuenglische spy entstand. Aus dem espion der französischen Soldatensprache schufen wir unter Anlehnung an Form und Begriff des italienischen spione das Wort Spion, das seiner Abstammung nach also gut deutsch ist.“ Diese Aussage stammt von Wilhelm Fischer, Spionage, Spione und Spioninnen. Stuttgart 1919, S.20, zitiert nach Angelika Schätz, Nachrichtendienste in der österreichischen Rechtsentwicklung unter Berücksichtigung des internationalen Rahmens. Dissertation UNI Wien 1999, S.7.
- 12) Zur Absicherung der militärischen Sicherheit zählt u.a. die Verschlusssachenvorschrift (VSaV) des österreichischen Bundesheeres. Diese hat aber grundsätzlich nur für den Bereich des BMLV Gültigkeit. Im Zeitalter der umfassenden Bedrohung wäre es sinnvoll, für die gesamte Verwaltung eine solche bindende Vorschrift zu erstellen.
- 13) § 20 Abs. 2 MBG: „Die nachrichtendienstliche Abwehr dient dem militärischen Eigenschutz durch die Beschaffung, Bearbeitung und Darstellung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, die vorsätzliche Angriffe gegen militärische Rechtsgüter zur Beeinträchtigung der militärischen Sicherheit erwarten lassen.“
- 14) Karl Satzinger: MBG, Militärbefugnisgesetz. Verlag Österreich 2000, S.129f.
- 15) Siehe dazu auch Nicolas Raschauer, Wolfgang Wessely: MBG (Militärbefugnisgesetz), Kommentar, 2. überarbeitete Auflage, Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien/Graz 2007, S.97ff.
- 16) Die besonderen Aufgaben und Befugnisse (zur nachrichtendienstlichen Aufklärung und zur nachrichtendienstlichen Abwehr) von Heeres-Nachrichtenamt und Abwehramt sind im Militärbefugnisgesetz (MBG) in den §§ 20ff geregelt, Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden sind im Sicherheitspolizeigesetz (SPG) geregelt.
- 17) Aufgaben und besondere Befugnisse sind jeweils taxativ aufgezählt und in strikter gegenseitiger Abhängigkeit verbunden: Befugnisse dürfen nur zur Erfüllung von gesetzlich vorgesehenen Aufgaben eingesetzt werden, zur Aufgabenerfüllung dürfen keine anderen Mittel als die gesetzlich bereitgestellten Befugnisse angewandt werden.
- 18) In der Novelle des MBG 2006 (BGBl. I Nr. 115/2006, sie trat am 1. Jänner 2007 in Kraft), wurde der Bestellvorgang des Rechtsschutzbeauftragten im BMLV neu geregelt.
- 19) Gemäß § 1 Abs. 1 DSGVO hat jedermann, insbesondere auch im Hinblick auf die Achtung seines Privat- und Familienlebens, Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit ein schutzwürdiges Interesse daran besteht. Das Bestehen eines schutzwürdigen Interesses ist ausgeschlossen, wenn Daten infolge ihrer allgemeinen Verfügbarkeit oder wegen ihrer mangelnden Rückführbarkeit auf den Betroffenen einem Geheimhaltungsanspruch nicht zugänglich sind. Nach § 1 Abs. 2 DSGVO sind Einschränkungen des Datenschutzes unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Durch die Formulierung der besonderen Datenverarbeitungsbefugnisse für die nachrichtendienstliche Aufklärung und die nachrichtendienstliche Abwehr im MBG wurden diese Voraussetzungen erfüllt. Damit haben Heeres-Nachrichtenamt und Abwehramt die Befugnis, auch Daten, die grundsätzlich schützenswert wären, zu verarbeiten. Bei der Datenverarbeitung ist jedenfalls das Verhältnismäßigkeitsgebot zu beachten.
- 20) Gemäß § 20 Abs. 1 MBG ist Aufgabe des Heeres-Nachrichtenamtes die Beschaffung, Bearbeitung, Auswertung und Darstellung von Informationen über das Ausland oder über internationale Organisationen oder sonstige zwischenstaatliche Einrichtungen betreffend militärische und damit im Zusammenhang stehende sonstige Tatsachen, Vorgänge und Vorhaben.
- 21) Eine verfassungsrechtliche Zuständigkeitsgarantie findet sich im Hinblick auf die aktuellen subkonventionellen Bedrohungen in der Zuweisung der „militärischen Angelegenheiten“. Dies umfasst auch die mit militärischen Mitteln zu besorgende Aufklärung bezüglich sich im Ausland entwickelnder Aktivitäten, die „Gefahren von außen“ für die „demokratischen Freiheiten der Bewohner“ bilden könnten. Auf Grund der maßgeblichen Gesetzeslage ist dem Innenressort eine Zuständigkeit in Angelegenheiten des Sicherheitswesens nur insoweit zugeordnet, als diese nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen. Die „Beschaffung, Bearbeitung, Auswertung und Darstellung von Informationen über das Ausland oder über internationale Organisationen und sonstige zwischenstaatliche Einrichtungen betreffend militärische und damit im Zusammenhang stehende Tatsachen, Vorgänge und Vorhaben“ ist dem Bundesministerium für Landesverteidigung zugewiesen. Auslandsbezogen sind daher dem Bundesministerium für Inneres nur eingeschränkte Zuständigkeiten (Polizeikooperation) zugewiesen. Vgl. Walter J. Unger, Heinz Vetschera: Cyber War und Cyber Terrorismus als neue Formen des Krieges. In: ÖMZ 2/2005, S.210.
- 22) Gemäß § 20 Abs. 2 MBG ist Aufgabe des Abwehramtes der militärische Eigenschutz durch Beschaffung, Bearbeitung, Auswertung und Darstellung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, die vorsätzliche Angriffe gegen militärische Rechtsgüter zur Beeinträchtigung der militärischen Sicherheit erwarten lassen.
- 23) Theodor Thanner: Die Politik der inneren Sicherheit in Österreich vor neuen Herausforderungen. In: Rainer Pitschas, Harald Stolzlechner: Auf dem Weg in einen „neuen Rechtsstaat“, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 160. Berlin 2004, S.46f. Weiterführende Literatur: Theodor Thanner, Mathias Vogl: Sicherheitspolizeigesetz, Aktuelle Gesetzesausgabe 2. aktualisierte Auflage. Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien 2006.
- 24) „Innere Sicherheit“ ist das Ergebnis einer Politik der Vorsorge gegen Gefahren bzw. zur Vermeidung von Gefahren, die „von innen“ auf eine Gesellschaft einwirken und dadurch die Handlungs- und Funktionsfähigkeit, die Selbstgestaltungsfähigkeit des innerstaatlichen Lebens sowie die individuelle Sicherheit des Menschen beeinträchtigen. Vgl. Thanner: S.35.
- 25) Weiters obliegt dem BVT die Veranlassung und Koordination und im Wege der Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) auch die Umsetzung von Personen- und Objektschutzmaßnahmen, der Schutz von Vertretern ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und anderer Völkerrechtssubjekte.
- 26) Ziel der Sicherheitspolitik muss es sein, für möglichst alle Lebensbezüge eines Gemeinwesens Sicherheit zu gewährleisten. Vgl. Thanner: S.33.
- 27) Im Rahmen einer öffentlichen Diskussion zum Thema „Schutzwegverordnung“ brachte ein hoher Amtsträger der öffentlichen Verwaltung den Begriff „Sicherheitspolitische Notwendigkeit“ als Argument. Hat er damit vielleicht „Sicherheitspolizeiliche Notwendigkeit“ gemeint oder war die Beifügung „sicherheitspolitisch“ sogar berechtigt?
- 28) Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Kommentar, Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, 6. März 2004, zitiert nach Heinz Gärtner: Internationale Sicherheit, Definitionen von A-Z. Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Band 9. Nomos, Baden-Baden 2005, S.128.
- 29) Zu allen Definitionen siehe Gärtner, S.130.
- 30) Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Leske + Budrich, Opladen, 2000, S.285ff.
- 31) Österreichischer Landesverteidigungsplan, Bundeskanzleramt: Präsidium 1985, S.19.
- 32) Ebenda, S.31.
- 33) Basierend auf dem Expertenentwurf des Analyseteils der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin (III-87 d.B.), der am 23. Jänner 2001 von der damaligen Bundesregierung zur Kenntnis genommen und dem Nationalrat zur Beratung zugeleitet wurde, hat dieser mit Beschluss vom 12. Dezember 2001 (Mehrheitsbeschluss) der Bundesregierung empfohlen, die österreichische Sicherheitspolitik nach den Grundsätzen der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin weiter zu entwickeln im Sinne der „Umfassenden Sicherheitsvorsorge“. Dies bedeutete das Überdenken der Verteidigungspolitik und das Setzen von neuen Schwerpunkten für die innere Sicherheit. Die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin ersetzte den Landesverteidigungsplan.
- 34) Erläuterungen zur Regierungsvorlage zum § 20 MBG, siehe Satzinger, S.126f.
- 35) Bundesgesetz über die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, BGBl. I Nr. 122/2001.
- 36) Siehe dazu auch: Thanner, S.44f.
- 37) Vgl. dazu Gert Rene Polli, Peter Gridling: Der 11. September 2001 und seine Auswirkungen auf die Terrorismusbekämpfung. In: ÖMZ 4/2002. Es wird kritisch angemerkt, dass es in Österreich wenig Tradition gäbe, „Informationen“ in einen nationalen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen. Der Nationale Sicherheitsrat wäre aus Sicht der Verfasser ein ermutigendes Signal. Gleichzeitig wird allerdings das in Demokratischen Staaten durchaus übliche Trennungsgebot hinterfragt.
- 38) Bei der eidgenössischen Volksabstimmung am 3. März 2002 haben die Schweizer Bürger mit 54,6% der abgegebenen Stimmen den Beitritt des Landes zu den Vereinten Nationen befürwortet. Die Aufnahme der Schweiz als 190. Mitglied durch die UN-Vollversammlung erfolgte erst am 10. September 2002.
- 39) Bundesgesetz über Aufgaben und Befugnisse im Rahmen der militärischen Landesverteidigung (Militärbefugnisgesetz - MBG), BGBl. I 86/2000, 2. Hauptstück: Militärische Nachrichtendienste, §§ 20ff.
- 40) Vgl. Merkblatt des BMLV: Das taktische Führungsverfahren, 2002, DVbHZE, Militärlexikon, 2006.

41) Art. 79 B-VG.

42) Die Vorwarnzeit setzte sich im Kalten Krieg aus jenem Zeitbedarf zusammen, den ein Aggressor für seine politischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und militärischen Vorbereitungen zum Angriff benötigte und der es eigenen Kräften ermöglichen sollte, durch kontinuierliche Beobachtung aller entscheidenden Vorgänge und durch den Einsatz geeigneter Aufklärungsmittel die Angriffsabsichten rechtzeitig zu erkennen. Die Vorwarnzeit konnte also grob in eine politische und militärische Vorwarnzeit unterteilt werden:

- Die politische Vorwarnzeit basierte auf der Annahme, dass die Absicht, politische Ziele mit Waffengewalt zu erreichen, durch das Setzen politischer Maßnahmen zumindest Wochen vorher erkennbar sein müsste. Da politische Ziele jedoch oft verschleiert wurden, geben die militärischen und damit verbundenen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und des Verkehrs meist erst die entscheidenden Aufschlüsse.

- Die militärische Vorwarnzeit resultierte aus der Summe aller Maßnahmen, die auf einen Aufmarsch beziehungsweise einen Angriff deuteten. Sie kann jedoch je nach dem Wehrsystem des Aggressors (z.B. große Anzahl voll aufgefüllter stehender Verbände) selbst bei rechtzeitigem Vorliegen aller Indikatoren und deren richtiger Beurteilung äußerst kurz sein.

Da meist die militärischen Indikatoren den Beweis für Angriffsabsichten bringen, sollten die eigenen Maßnahmen auf die militärische Vorwarnzeit abgestimmt werden und alle Erkenntnisse aus der politischen Vorwarnzeit, die einen größeren Zeitgewinn ermöglichen, nur als zusätzlicher Bonus betrachtet werden.

43) Da das Bundesheer über keine stehenden Streitkräfte verfügte, war die rechtzeitige Aufbietung der milizartigen Struktur einschließlich des Versorgungsaufmarsches Voraussetzung für die Erfüllung des Verteidigungsauftrages.

44) Todd, Bloch, S.28.

45) Zur Neudefinition der Rolle der NATO siehe Anton Pelinka, Die NATO nach 1989: Neue Strategie und NATO-Erweiterung. In: Franz Kernic, Gunther Hauser (Hrsg.): Handbuch zur europäischen Sicherheit, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2005, S.91ff.

46) Führungs-Kommandosysteme, Intelligence/Aufklärung, Luft- und Seetransport, strategische Luftunterstützung.

47) Dieses Zitat ist eine Abwandlung des deutschen Wissenschafters Niklas Luhmann und seiner These, „Form follows function“.

48) Siehe dazu Christoph Thun-Hohenstein, Der Vertrag von Amsterdam. Die neue Verfassung der EU, Manzsche Verlags-Universitätsbuchhandlung, Wien 1997.

49) In der französisch-britischen Initiative 1998 (St. Malo) findet sich erstmals eine Trendwende: Man kam damals überein, „unabhängige Sources of Intelligence“ zu installieren. Während des Luftkrieges gegen serbische Streitkräfte in und um den Kosovo einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine beschleunigte Entwicklung unabhängiger Intelligence-Ressourcen“ (Politische Erklärung des Allgemeinen Rates der EU über die Bereitstellung militärischer Fähigkeiten, 20. November 2000). Vgl. hierzu Braumandl, S.62.

50) Die Vorgabe von Javier Solana, Generalsekretär des Rates der EU, hoher Vertreter für die GASP und Generalsekretär der WEU zur Weiterentwicklung der GASP generell und der ESVP speziell an die Entscheidungen aufbereitenden Organisationselemente in der WEU: „I want to receive one comprehensive assessment form decision and not 5 different ones. They have to include available information from all sources of EU and the consequences for EU-capacities in case of the implementation.“

51) Vgl. dazu Ein sicheres Europa in einer besseren Welt; Europäische Sicherheitsstrategie, Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union, 2003.

52) Ebenda, S.14.

53) Die Gewährleistung der umfassenden Sicherheit der Republik Österreich bedingt die klare Festlegung von Schnittstellen der nachrichtendienstlichen Aufklärung mit Elementen der inneren Sicherheit, der nachrichtendienstlichen Abwehr und der militärischen Aufklärung, sowie die Regelung des Informationsaustausches untereinander. Wesentlich ist, dass verfügbare nachrichtendienstliche und sicherheitspolizeiliche Informationen rasch und gesichert an den richtigen Empfänger durch die jeweils zuständigen nationalen Elemente weitergeleitet werden. Analog zur Etablierung des EU-Lagezentrums auf europäischer Ebene wäre die Schaffung eines nationalen Lagezentrums im Rahmen des Bundeskanzleramtes anzustreben. Dadurch kann die große Menge an verfügbaren Informationen koordiniert beschafft, analysiert und in Form einer strukturierten Berichterstattung rechtzeitig an die Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Je nach Lageentwicklung können permanente oder anlassbezogene Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Dies erlaubt die Beurteilung und Berichterstattung auf Expertenebene. Im Fall von Krisen, nationalen und internationalen Katastrophen kann über das nationale Lagezentrum der eingesetzte Krisenstab in einem führenden Ministerium über die Lage informiert werden.

54) Herfried Münkler, Gespräch mit Adelbert Reif zum Thema „Wir brauchen einen Masterplan zur Stabilisierung der arabischen Welt“. In: conturen 3/06, Holos-Verlag für Ganzheitlichkeit, Brunn am Gebirge 2006, S.17.

55) Münkler, S.17.

56) Ernst Felberbauer, Vortrag am 8. November 2006 zum Thema „UN and Intelligence“, im Rahmen des Seminars „Intelligence im 21. Jahrhundert“ von Dr. Thomas Pankratz im Wintersemester 2006/2007 an der Universität Wien.

57) Münkler, S.18.

58) Vgl. dazu das Kapitel 7. Bundesheerreformkommission.

59) Thomas Pankratz, Tibor Benczur-Juris: Asymmetrie in der Symmetrie: Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von Nachrichtendiensten am Beispiel der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Rahmen der Europäischen Union. In: Josef Schröfl, Thomas Pankratz, Edwin Micewski (Hrsg.), Aspekte der Asymmetrie, Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen, Baden-Baden 2005, S.53ff.

60) Unger, Vetschera: Cyber War und Cyber Terrorismus als neue Formen des Krieges. In: ÖMZ 2/2005, S.203.

61) Todd, Bloch, S.18.

62) Im öffentlichen Sprachgebrauch wird der Begriff „internationaler Terrorismus“ verwendet, diese Bezeichnung ist jedoch unscharf. Im Bereich der Politikwissenschaften drückt der Begriff „international“ die Beziehungen zwischen Staaten aus. Im Rahmen der Globalisierung und der damit verbundenen subkonventionellen Bedrohungen treten vermehrt nichtstaatliche Akteure auf. Der Begriff „transnational“ wird zunehmend von globalen Beziehungen aller Art anstelle von „international“ verwendet. Vgl. Gärtner, S.143 und Josef Schröfl: Asymmetrie und Ökonomie. In: Schröfl, Pankratz, Micewski, S.81.

63) Alfred Schätz, Der transnationale Terrorismus nach dem 11. September 2001, Sicherheitspolitische und nachrichtendienstliche Konsequenzen. In: ÖMZ 3/2002, S.279ff.

64) Zum Begriff Terror siehe Gärtner, S.140ff.

65) Klaus Lange, Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? In: aktuelle Analysen 37, Hanns Seidel Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, S.12f.

66) Friedrich Schneider, Universität Linz, anlässlich eines Vortrages am 25. Oktober 2001 im Rahmen des vom deutschen Bundesnachrichtendienst in Pullach abgehaltenen Symposiums zum Thema „Geldwäsche und verdeckte Terrorfinanzierung: Bedrohung der Staatengemeinschaft“.

67) Josef Schröfl: Asymmetrie und Ökonomie, S.70.

68) Vgl. dazu Erwin Richter, Vortrag am 17. Jänner 2007 zum Thema „NBCR-Terrorismus: reale Gefahr oder überschätzte Gefahr?“ im Rahmen des Seminars „Intelligence im 21. Jahrhundert“ von Dr. Thomas Pankratz im Wintersemester 2006/2007 an der Universität Wien. Darin stellt dieser fest, dass gemäß einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahre 2006 die bisherige Bewertung genannter Kampfstoffe als übertrieben anzusehen ist. Beschriebene Einsätze sind zwar generell möglich. Von der Kosten-/Nutzenrechnung her erscheint lediglich der Einsatz von chemischen Kampfstoffen, sei es aus kriminellen oder terroristischen Motiven, möglich.

69) Regierungsprogramm XXII. Legislaturperiode, S.5f.

70) Bericht der Bundesheerreformkommission, überreicht am 14. Juni 2004, S.11.

71) Ebenda, S.50.

72) Der Begriff „Konstabularisierung“ bedeutet die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch militärische Strukturen. Gleichzeitig erfolgt aber nach Ansicht des Autors auch eine Militarisierung der Sicherheitspolizei, insbesondere bei den Sondereinsatzkräften. Siehe dazu auch Polli, Gridling: Der 11. September 2001 und seine Auswirkungen auf die Terrorismusbekämpfung. In: ÖMZ 4/2002.

Mag. Alfred Schätz

Geb. 1940; General i.R.; Angehöriger des Bundesheeres seit 1960; 1961-1964 Theresianische Militärakademie in Wr. Neustadt; 1964-1969 verschiedene Funktionen als Angehöriger der 9. Panzergrenadierbrigade; 1969-1972 Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie in Wien; seit 1972 Angehöriger des Heeres-Nachrichtenamtes als Hauptreferatsleiter für militärische Sicherheit, Spionage-/Sabotageabwehr der Abwehrabteilung; 1975-1976 Truppenverwendung als Kommandant des Panzerartilleriebataillons 9; 1977-1980 Hauptreferatsleiter Ost und stellvertretender Leiter der Auswertungsabteilung; 1980-1990 Leiter der Auswertungsabteilung; 1990 Leiter des Heeres-Nachrichtenamtes; 2003 Vertreter des Herrn Bundesministers in der Bundesheerreformkommission; 2004 Versetzung in den Ruhestand; seither Konsulent des BMLV.

Traditionspflege im Spannungsfeld der Zeitgeschichte

Hubertus Trauttenberg/Gerhard Vogl

Dieser Beitrag ist nicht die Arbeit von Historikern, aber von zwei Offizieren unterschiedlichen Werdegangs, die dieses Thema seit vielen Jahren beschäftigt. Er soll mit Sicherheit nicht die Kriegsgeneration und auch nicht deren Söhne verurteilen, sondern deren Motive erforschen, hoffentlich nicht belehrend wirken, sondern Denkanstöße zum Thema geben, warum das Heer, wie die österreichische Öffentlichkeit auch, manche Aspekte der Zeitgeschichte so lange ausgeblendet hat.¹⁾ Er



Traditionsraum Khevenhüller Kaserne in Lendorf: Tradition der Wehrmacht – Foto zeigt Oberst und Ritterkreuzträger Alois Windisch, Kdt. des Geb.Jg. Rgt 139 der 6. Geb.Div.

geht auch der Frage nach, warum die Deutsche Bundeswehr und das Österreichische Bundesheer bei der Behandlung des historisch belasteten Erbes z. T. unterschiedlich vorgegangen sind. Dafür nur die Militärs verantwortlich zu machen, wäre falsch; es gilt auch den unterschiedlichen politischen Background in beiden Ländern zu schildern und zu erfassen. Die Autoren fanden relativ wenig publiziertes Material²⁾ vor, waren vielfach auf die Aussagen von Zeitzeugen angewiesen, die selbst wiederum manches nur aus

zweiter Hand wiedergeben konnten, da die Gründergeneration des Bundesheeres weitgehend tot ist und mit Ausnahme von General Erwin Fussenegger – so weit bekannt – keine schriftlichen Aufzeichnungen hinterlassen hat.

Was die Einstellung zum Geschichtsabschnitt 1938-1945 betrifft, hat sich das Bundesheer nicht anders als das offizielle Österreich verhalten: Die Moskauer Deklaration des Jahres 1943, die Österreich attestierte, das erste Opfer der Hitler-Aggression gewesen zu sein, wurde zur Staatsdoktrin erhoben.³⁾ Die Aggression begann aber bereits im Frühjahr 1933 durch zahlreiche Bombenattentate und erreichte mit der Ermordung von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß im Juli 1934 einen Höhepunkt. Durch die politische Diskussion um die Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß und den Bürgerkrieg im Februar 1934 samt Folgen ist dieses Thema in den Hintergrund gedrängt worden. Der zweite Teil der Deklaration, der Österreichern sehr wohl Schuld an Verbrechen des Dritten Reiches vorwarf, wurde meist übergangen, ebenso wie die Forderung nach aktivem Widerstand.

Anders als in Deutschland, wo die West-Alliierten nachhaltig bestrebt waren, eine Demokratisierung nach ihren Vorstellungen zu implementieren, was sich auch bei der Vergabe der Presselizenzen auswirkte,⁴⁾ wurde in Österreich diese Aufgabe weitgehend der großkoalitionären Nachkriegsregierung und deren großkoalitionären Presseorganen übertragen.

Erst die Affäre um die Kriegsvergangenheit des späteren Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim und die Untersuchung durch eine internationale Historikerkommission lösten in Österreich eine nachhaltige Diskussion über den Umgang mit der jüngeren Geschichte, der Rolle Österreichs und der Österreicher im Dritten Reich und der Deutschen Wehrmacht aus.

Verschiedene Institutionen, Banken und Großbetriebe, später auch die Parteien oder deren Vorfeldorganisationen – wie beispielsweise der Bund Sozialdemokratischer Akademiker (BSA) – übertrugen diese Aufgabe renommierten Historikern, die z.T. wenig Schmeichelhaftes zutage förderten, etwa dass die Parteien nach 1945 intensiv um Ex-NSDAP-Mitglieder warben, ihnen den begehrten „Persilschein“ gaben und so zu einer beruflichen Karriere verhelfen.⁵⁾ Der Fall des Gerichtspsychiaters Heinrich Gross steht als prominentestes Beispiel für viele andere Fälle.

Auch die katholische Kirche stellte sich der Frage, warum Teile des österreichischen Episkopats, an der Spitze der Wiener Erzbischof Kardinal Dr. Theodor Innitzer, den Anschluss begrüßten genauso wie der Staatskanzler der 1. Republik, der spätere Bundespräsident Dr. Karl Renner.⁶⁾ Die Restitution jüdischen Eigentums und die Entschädigung von ausländischen Zwangsarbeitern, die jahrzehntelang im Konsens der damaligen drei Parlamentsparteien auf Sparflamme betrieben worden war, erlebten erst in der schwarz-blauen Regierung seit 2000 einen auch international beachteten Lösungsansatz.

Am Bundesheer scheinen diese – für die zitierten Institutionen oft schmerzhaften Diskussionen – vorbeigegangen zu sein.⁷⁾ Der

GEN. I.R. H. TRAUTTENBERG

Anfang 2007 verstorbene Journalist Prof. Alfred Worm hat im Dezember 2004 beim Symposium „Der Ruf des Gewissens“ an der Landesverteidigungsakademie (LVak) anschaulich den zögerlichen Weg beschrieben, den die heimische Politik in der Opfer-Täter-Diskussion gegangen ist, geprägt von der Angst, Wählerstimmen aus den Kreisen des Kameradschaftsbundes zu verlieren: „Österreich ist ein klassisches Opfer- und Heldenland.“⁽⁸⁾

In den Blickpunkt der Kritik, wie etwa die Banken wegen arisiertem Vermögen, die Industrie wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, die Parteien und deren Vorfeldorganisationen wegen „brauner Flecken“ hoher Funktionäre, geriet das Heer nicht. Die kommunistische Tageszeitung „Volksstimme“, in den Anfangsjahren des Heeres ein verlässlicher Kritiker der Nazi-Vergangenheit hoher Offiziere, existiert seit 1991 nicht mehr. In den Medien sind als Journalisten, neben einem ständig wachsenden Anteil von Frauen, überwiegend Zivildienstler tätig; diese haben zur inneren Verfassung des Bundesheeres keinen mentalen Zugang, wie Alfred Worm selbstkritisch feststellt.⁽⁹⁾



Der Wiener Heldenplatz – schon vor dem März 1938 für große Auftritte genützt. Parade des 1. Bundesheeres am 5. September 1930.

Im Heer selbst, und das wird Teil dieser Abhandlung sein, gab es einen breiten Konsens, die leidige Vergangenheit lieber ruhen zu lassen, zum Teil war es schlicht Übervorsicht, sich einer unbequemen Diskussion zu stellen.⁽¹⁰⁾ Dass es nicht genügt, das Aussterben der Kriegsgeneration abzuwarten,⁽¹¹⁾ haben die Debatten des Jahres 2004 rund um das 60-Jahr-Jubiläum des 20. Juli 1944 und die heftigen Auseinandersetzungen um die Äußerungen des Bundesrates Oberst dIntD Mag. John Gudenus im Frühjahr 2005 gezeigt.⁽¹²⁾

In der Bundeswehr haben ähnliche Fälle zu sofortigen Reaktionen geführt, sowohl Politiker wie auch hohe Offiziere mussten wegen harmloseren Äußerungen den Hut nehmen.⁽¹³⁾ Zögerlicher reagierten die Führung des Bundesheeres⁽¹⁴⁾ und die Vorfeldorganisationen wie „Alt-Neustadt“ und die Österreichische Offiziersgesellschaft.⁽¹⁵⁾

Bundesheer versus Bundeswehr

Warum gehen Bundeswehr und Bundesheer in der Frage der Zeitgeschichte einen so unterschiedlichen Weg? Die Unterschiede zwischen den beiden Armeen charakterisiert der langjährige Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, Hofrat Univ.Prof.

Dr. Manfred Rauchensteiner so: „Die Österreicher sind generell, und da ist der Berufsstand der Offiziere keine Ausnahme, weniger selbstkritisch, aber auch weniger selbstzerstörerisch als ihre deutschen Kameraden, wir sind weniger analytisch und auch weniger selbstkritisch und fügen uns ungern selbst einen Schmerz zu.“⁽¹⁶⁾ Österreichs Armee stand auch nicht so unter internationaler Beobachtung wie etwa die Bundeswehr, die noch dazu in ein Bündnis integriert wurde, bei dem die anti-nationalsozialistische Allianz des Zweiten Weltkrieges die bestimmende Kraft war. Andere Historiker verweisen darauf, dass Deutschland als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches errichtet wurde, Österreich jedoch nicht. Somit seien die Voraussetzungen des Umganges mit der vorhergegangenen Historie für das Bundesheer ganz anders gewesen als für die Bundeswehr.⁽¹⁷⁾

Fairerweise muss festgehalten werden, dass der Zweite Weltkrieg nicht nur für den einfachen Soldaten, sondern auch für Berufssoldaten ein einschneidendes, nicht leicht zu verkraftendes Erlebnis war. Viele haben aus reinem Selbstschutz diesen Schrecken entweder verdrängt oder nie an sich herankommen lassen.⁽¹⁸⁾

Die entscheidende Frage, der sich dieser Artikel auch widmet, ist die, warum nach dem Abtreten der Kriegsteilnehmer von den Führungsfunktionen im Heer nicht eine nachwachsende Offiziersgeneration versucht hat, dieses Bild vorsichtig zu korrigieren.

So setzte sich die prominente „Neue Zürcher Zeitung“ am 30. Juli 2004 ausführlich mit Österreichs zögerlichem Umgang mit der Zeitgeschichte und der Würdigung des NS-Widerstandes auseinander: „Sechzig Jahre nach dem Attentat kramt Österreich mit kleinlichen Debatten immer noch in seinem Symbolhaushalt herum.“ Bis heute gebe es ein Unbehagen am Widerstand und seinem moralischen Imperativ, diagnostiziert die Zeitung und nennt auch die Gefahr dabei: „Mit der Geschichtsabsenz Österreichs wurden auch die Unterschiede zwischen Tätern, Mitläufern und zur Tat entschlossenen Hitler-Gegnern eingeengt.“

Prof. Dr. R. G. Vogl

„Opferrolle“

Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 war Österreich nach sieben Jahren NS-Herrschaft wiedererstanden, obwohl auf seinem Gebiet noch gekämpft wurde. Der Beitrag zur Befreiung – wie in der Moskauer Deklaration gefordert – war erbracht worden, besiegelt mit der geschätzten Zahl von 125.000 Österreichern, die im Kampf gegen Hitler – sei es im Widerstand, aber auch als Partisanen – ihr Leben gelassen haben.⁽¹⁹⁾

Dem militärischen Widerstand sind aber auch die schätzungsweise 10.000 Österreicher in den Armeen der Alliierten zuzurechnen, auch wenn man gern die zwei unter Tito aufgestellten österreichischen „Freiheitsbataillone“ verschweigt, weil sie eben einem kommunistischen Regime gedient haben.⁽²⁰⁾

Um den Anspruch auf den Status als Hitlers erstes Opfer zu untermauern, ging die Bundesregierung 1946 daran, ein so genanntes „Rot-Weiß-Rot“-Buch herauszubringen, in dem sich ein kurzer Teil auch mit der Rolle des Bundesheeres 1938 beschäftigte, ebenso mit der Haltung der österreichischen Soldaten in der Deutschen Wehrmacht. Während in der internationalen Geschichtsschreibung die Meinung vorherrscht,⁽²¹⁾ dass der überwiegende Teil der Österreicher anfänglich seinen Dienst in

der Wehrmacht mit Begeisterung absolvierte, kam dieses Buch zur Ansicht: „Die österreichischen Soldaten wären nur unter stärkstem Zwang und Druck in die deutsche Kriegsmaschine hineingepresst worden, sie leisteten passiven und nicht wenige(!) von ihnen aktiven Widerstand.“²³⁾

Diese Betonung des Widerstandes wurde jedoch nach 1955 von der neuen Führung des Bundesheeres nicht weiter verfolgt, im Gegenteil, man sah im Widerstand eine Verletzung zweier elementarer Pflichten des Soldaten: des Gehorsams und des geleisteten Eides.²³⁾

Der Journalist Peter Michael Lings findet: „Österreich hat energisch gegen Hitler gekämpft - und will es nicht wahrhaben.“²⁴⁾ Damit wurde eine große Chance in der nationalen und internationalen Reputation vertan. Dazu einige Fakten: Die militärische Führung des Ersten Bundesheeres wurde bereits wenige Tage nach dem Einmarsch zwangspensioniert: Die beiden obersten Köpfe wurden gezielt ausgeschaltet, Staatssekretär General Wilhelm Zehner starb unter mysteriösen Umständen, der wohl deklarierteste Gegner Hitler-Deutschlands, Generalstabschef FML Alfred Jansa, bekam einen Gauverweis mit Zwangsaufenthalt.

Die erste Liste der zu entlassenden Offiziere umfasste: 2 Generale der Infanterie, 10 Generalmajore, 18 Oberstleutnante, 8 Majore und 4 Hauptleute, 2 Generalärzte, 5 Oberärzte usw. Der Kommandant der Militärakademie, Generalmajor Rudolf Towarek, wurde pensioniert, nachdem er die Akademie zur Verteidigung eingerichtet hatte.

Die oberste Führungsgarnitur erwies sich auch für den verbotenen Nationalsozialistischen Soldatenring (NSR) als nicht anfällig. Von den 34 österreichischen Generalen gehörte keiner dem NSR an, auch der Generalstab, der 67 Offiziere umfasste, wies nur acht Mitglieder auf. Insgesamt gehörten von den 1.396 Offizieren des Ersten Bundesheeres 203 Personen, das sind 14,5% dem NSR an.

Über die weitere Vorgangsweise nach dem Einmarsch entschied die so genannte Muff-Kommission, benannt nach dem deutschen Militärattaché Generalleutnant Wolfgang Muff. Bilanz des Anschlusses: Insgesamt wurden im Jahr 1938 55% der Generale, 30% der Obersten und 14% des übrigen Offizierskorps von einer Übernahme in die Deutsche Wehrmacht ausgeschlossen. Von der Abwicklungsstelle des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) in Wien wurden 1938 insgesamt 92 österreichische Offiziere der Wehrmacht zur Aufnahme in den deutschen Generalstab angeboten. Nur 15(!) wurden als Generalstabsoffiziere übernommen, 17 weitere wurden in Generalstabsstellen eingesetzt, ohne formell dem Generalstab anzugehören.²⁵⁾

Auch hier spielte die Muff-Kommission eine entscheidende Rolle, unter Mithilfe einiger österreichischer Offiziere, meist Mitglieder des bis 1938 verbotenen NSR wie etwa die Generale Emmerich Nagy und Mauritz von Wiktorin sowie Generalmajor Johann Glasner, die beiden ersteren, laut Marcel Stein, besonders überzeugte Nazis. Die für die nunmehrige „Ostmark“ zuständige Heeresgruppe 5 konnte bereits Ende 1938 mit Zufriedenheit feststellen, dass „die gegnerische Führungsschicht beseitigt sei“.²⁶⁾

Während also das NS-Regime sehr wohl zum Schluss kommt, die wichtigsten Männer des Bundesheeres der Ersten Republik

ausgeschaltet zu haben, kommt dieses „Opfer“ in der Tradition des Zweiten Bundesheeres kaum vor.²⁷⁾ Die geringe Zahl überrascht, wo doch einige dieser Männer, wie etwa der ehemalige Generalmajor Viktor Kirnbauer, vor 1938 Kommandant der oberösterreichischen 4. Division, auch nach dem Jahr 1945 für den Aufbau des Heereswesens tätig waren.

Die Haltung, wonach der österreichische Staat 1938 aufgehört habe zu existieren, man daher mit dieser Zeit nichts zu tun habe, ein Prinzip, zu dem sich auch die „Militärhistorische Denkmalkommission“ noch im Jahr 2000 bekannte,²⁸⁾ war die Maxime der ersten vierzig Jahre des Bundesheeres. Eine Absage gegen diese jahrzehntelang gepflegte Haltung kam überraschend vom Präsidenten des Nationalrates Andreas Khol, der in einem Interview am 5. März 2005 in der „Presse“ meinte: „Wir können uns nicht einfach in der Frage der Staatlichkeit ausreden und sagen, Österreich hat es nicht gegeben zwischen 38 und 45. Es hat zwar Österreich nicht gegeben, aber es hat unsere Landsleute gegeben, und für unser Tun trifft uns als Kinder und Enkel Verantwortung.“

Bild nur im Heft verfügbar

Generalstabsreise 1937 – Kdt: GenMjr Wittas (vorne), 5. nach links, sein Stellvertreter, Oberst dG de Angelis, Führer des illegalen NSR, wird am 13. März 1938 in der Regierung Seyss-Inquart Staatssekretär für Heerwesen.

Der Historiker Erwin A. Schmidl stellte bereits zum 50-Jahr-Jubiläum des März 1938 in einem Kommentar in der „Presse“ fest, dass die Frage „What did you do in the war, Daddy?“ hierzulande höchst selten gestellt und noch viel seltener beantwortet wurde. Und selbst die Antworten lassen wohl in vielen Fällen (mehr oder weniger augenscheinliche) weiße Flecken, an die man sich besser nicht erinnert.

„Innere Führung“

Die Deutsche Bundeswehr ging hier in manchen Bereichen einen anderen Weg als das Österreichische Bundesheer. Im Amt Blank, wie die erste mit Fragen der Wiederbewaffnung 1951 befasste Dienststelle hieß, war von Anfang an klar, dass wegen des Missbrauches von Eid und Gehorsamspflicht durch die Nationalsozialisten jeder Traditionsbezug zur Deutschen Wehrmacht unterbleiben musste, ja mehr noch: Der spätere General der Bundeswehr Wolf Graf von Baudissin, der aus dem Potsdamer Infanterieregiment Nr. 9, einer Keimzelle des Widerstandes gegen Hitler, hervorgegangen und nun für das „innere Gefüge“ der künftigen Bundeswehr zuständig war, rief zu einer „guten aber

verschütteten Traditionslinie“ auf, die er in den Männern des 20. Juli 1944 verkörpert sah.²⁹⁾

Er prägte entscheidend den Begriff des „Bürgers in Uniform“. Dazu kam, dass die Männer der ersten Stunde an der Spitze der Bundeswehr, v.a. Hans Speidel, als ehemaliger Stabschef von GFM Erwin Rommel, aktiv in den Widerstand eingebunden, nach dem 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet, bis 1945 im Gefängnis, zusammen mit Adolf Heusinger, dem ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, der ebenfalls nach dem Attentat 1944 verhaftet worden war, zu der entscheidenden Frage des Vorrangs des Gewissens vor der des Gehorsams eine klare Position einnahmen, auch wenn sie dabei auf nachhaltigen Widerstand stießen.³⁰⁾

Auch in der folgenden Generation führender Generale, wie etwa dem Generalinspekteur Ulrich de Maizière, General Johann-Adolf Graf von Kielmannsegg oder dem stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber General Gerd Schmückle, Autor des vielzitierten Buches „Kommiss a. D.“, das ihn zum viel gefragten Teilnehmer von Diskussionen und TV-Auftritten machte, waren Offiziere bestimmend, die dem Geist der Wehrmacht und des NS-Regimes überaus kritisch gegenüberstanden.

Diese sorgten auch dafür, dass neueste Erkenntnisse der Geschichtsforschung in die Traditionspflege aufgenommen wurden. So wurde die nach Generaloberst Eduard Dietl benannte Kaserne in „Allgäu-Kaserne“ umbenannt, als Dokumente belegten, dass Dietl der NS-Ideologie fanatisch nahe stand. Im Jahr 2000 wurde eine Bundeswehrkaserne, die bis dahin den Namen des Generalobersten Günther Rüdell getragen hatte, der Richter an Roland Freislers Volksgerichtshof gewesen war und der an den Beteiligten des 20. Juli blutige Rache nahm, in Feldwebel Schmid-Kaserne umbenannt, nach dem Österreicher Anton Schmid, der von Sommer 1941 bis zu seiner Verhaftung Anfang 1942 mehrere Hundert Juden in Wilna vor der Deportation und dem sicheren Tod gerettet hatte und dafür hingerichtet wurde.³¹⁾

Der damalige erste Präsident des Nationalrates, Dr. Heinz Fischer, war als Vertreter der Republik Österreich beim Festakt in Rendsburg und richtete nach seiner Rückkehr ein Schreiben an Verteidigungsminister Herbert Scheibner (FPÖ) mit der Anregung, man möge Anton Schmid auch in Österreich in irgendeiner Form ein Andenken setzen.³²⁾ Die Antwort des Ministers war ausweichend und zog keine konkrete Reaktion nach sich.

Aufbaujahre

Meinte man bei der Aufstellung des Bundesheeres der Zweiten Republik ursprünglich, mit ehemaligen Offizieren des Ersten Bundesheeres das Auslangen zu finden, so zeigte sich bald, dass es ohne jüngere Offiziere aus der Wehrmacht nicht gehen würde.³³⁾

Auf Grund des Verbotsgesetzes 1945 war es ehemaligen Angehörigen der NSDAP und ihrer Folgeorganisationen nicht möglich, in Österreich in den Bundesdienst einzutreten; dies wurde durch ein Verfassungsgesetz von 1947 insofern gemildert, als minder belastete Personen unter gewissen Voraussetzungen in die Exekutive und somit später auch in die B-Gendarmerie aufgenommen werden konnten. Der Staatsvertrag von 1955 hin-

gegen schloss generell die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern in Organisationen der NSDAP und somit auch Mitgliedern des illegalen NSR in das neu aufzustellende Bundesheer aus.³⁴⁾

Allem Anschein nach wurden diese Restriktionen nicht sehr rigoros verfolgt, sonst wäre es nicht möglich gewesen, den ersten Generaltruppeninspekteur des Bundesheeres, Erwin Fussenegger, mit 1. Jänner 1956 in das Bundesheer aufzunehmen, stand doch sein Name auf der Mitgliederliste des NSR.³⁵⁾ Weiters auf der Liste des NSR: die späteren Generale Otto Auswöger, Hubert Obermayer, Dr. Rudolf Forenbacher, Kurt Lerider, Dr. Bruno Rainer, Leo Waldmüller, Otto Seitz, Dr. Josef Sznahovich, Dr. Franz Zobel, die Brigadiere Friedrich Brunner, Josef Gerstmann, Josef Hyza, Rudolf Tollschein, der erste Kommandant der Militärakademie, Oberst dG Josef Heck, und der spätere Chef der Spanischen Hofreitschule Oberst Johann Handler.



Offiziersausmusterung 1932 – ungebrochene Tradition von der Monarchie über das 1. Bundesheer bis zum Bundesheer der 2. Republik.

So waren am 1. August 1956 von 21 Führungspositionen im neuen Heer sowie der drei Gruppen- und neun Brigadekommanden, sechs mit ehemaligen Angehörigen des NSR besetzt, obwohl General Ing. Dr. Emil Liebitzky, der 1938 aus politischen Gründen nicht in die Deutsche Wehrmacht übernommen worden war, als damaliger Leiter der Sektion I, der auch das Personalwesen unterstand, nach Aussage Erwin Fusseneggers einen „Verfolgungskampf gegen alle Angehörigen des NSR“ führte.³⁶⁾ In der oberen Führungsebene des Bundesheeres finden sich 1956 19 Offiziere wieder, deren Namen auf der Liste des NSR aus dem Jahr 1938 stehen.

Mit dem Amnestiegesetz von 1957 fielen für ehemalige Wehrmachtsoffiziere alle Beschränkungen, mit Ausnahme jenes Passus im Staatsvertrag, wonach Offizieren mit dem Dienstgrad Oberst oder höher eine Aufnahme in das Bundesheer verwehrt wurde. Nun wurden auch ehemalige Offiziere der Waffen-SS in das Bundesheer aufgenommen. Man interpretierte diesen Schritt von Verteidigungsminister Ferdinand Graf dahingehend, dass er bewusst auch belastete Offiziere in das Bundesheer aufnahm, in der Meinung, diese hätten eine betont antikommunistische Einstellung.³⁷⁾

Wie sehr sich Fehleinschätzungen hartnäckig in den Köpfen vieler Kriegsteilnehmer hielten, zeigt das bemerkenswert offene Buch des Generalmajors a. D. Bernhard von Loßberg „Im Wehrmachtsführungsstab“, wenn er schreibt: „Das Scheitern des Attentats vom 20. Juli hat wenigstens das eine Gute gehabt, dass

nicht nachträglich die Legende Nahrung erhält, Hitler hätte sonst den Krieg gewinnen können.“

Eidfrage

Warum spielte die so genannte „Eidfrage“ in Österreich eine so große Rolle, wollte man doch jeden Bezug zur Deutschen Wehrmacht vermeiden? Ein Umstand war sicher der, dass sich unter den „Gründungsvätern“ des Bundesheeres der Zweiten Republik mit Ausnahme des späteren Generalmajors Otto Scholik sowie von sechs Offizieren, die in alliierten Armeen gedient hatten, kein Angehöriger des militärischen Widerstandes befand.

Nach der Pensionierung der 1938 aus politischen Gründen ausgeschiedenen Oberste Emil Liebitzky, Wilhelm Neugebauer und Theodor Iglseider besaßen die so genannten „Eidbewahrer“ ein Offiziersmonopol, das offenbar bis zum heutigen Tag anhält.³⁸⁾

Generalmajor Otto Scholik berichtet, dass er wegen seiner Vergangenheit im Widerstand keine merklichen Nachteile erlitten hat, jedoch oft kleinen Nadelstichen im Kameradenkreis ausgesetzt war.³⁹⁾ Männer wie Generalmajor Erwin Lahousen aus dem Stabe des Admirals Wilhelm Canaris, Major Carl Szokoll und Oberst i.G. Heinrich Kodré⁴⁰⁾ als Exponenten des Widerstandes wurden jedoch rundweg gemieden. So ist auch erklärlich, dass in Österreich im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Aufnahmeverfahren ehemaliger Wehrmachtsoffiziere lediglich der militärische Werdegang Gegenstand der Überprüfung war, nicht aber die Einstellung zum NS-Regime generell.⁴¹⁾

Nicht untypisch für die Einstellung vieler im Offizierskorps des Bundesheeres ist eine Eintragung im Tagebuch Erwin Fussenegg vom 18. Jänner 1958, worin er die Aufnahme von Robert Bernardis und Alfred Huth auf dem Gefallenendenkmal an der Theresianischen Militärakademie mit der Begründung abgelehnt hat, „diese seien als Eidbrecher gefallen und gehörten nicht auf dieses Denkmal.“⁴²⁾

Gegenüber deklarierten Nazis bestanden derartige Berührungängste hingegen nicht. So pflegte Fussenegger im Wege eines inoffiziellen Kurierdienstes einen regen Gedankenaustausch mit dem in Oberösterreich wohnenden Generaloberst a. D. Dr. Lothar Rendulic, der auch nach 1945 ein strikter Gegner des militärischen Widerstandes war.⁴³⁾ Seine Memoiren „Gekämpft, Gesiegt, Geschlagen“ wurden nach ihrem Erscheinen 1952 von den Alliierten sogar verboten.⁴⁴⁾

In diesem Klima ist auch die völlige Ablehnung von General a. D. Friedrich Franek, einem der letzten Träger des Militär Maria-Theresienordens sowie des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz im Kameradenkreis zu verstehen, der nach seiner Gefangennahme im Osten mit dem Bund Deutscher Offiziere und dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) österreichischer Kriegsgefangener zusammenarbeitete und damit dem Beispiel etlicher deutscher Generale in russischer Kriegsgefangenschaft gefolgt war. Er galt unter seinen Kameraden als Verräter.

Traditionspflege

Dem militärischen Widerstand als Identitätsstiftung in der Bundeswehr stand in Österreich und im Bundesheer nachhaltig der gepflegte Opfermythos gegenüber.⁴⁵⁾

Natürlich ging auch die Neuorientierung der Bundeswehr nicht ohne Spannungen über die Bühne, die teilweise bis heute andauern.⁴⁶⁾ Die Diskussion über die Bedeutung des Widerstan-

des spaltete die ehemaligen Wehrmachts-offiziere in zwei Lager: Waren die Gegner und Kritiker zunächst vorherrschend, so sorgte die Formulierung des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Soldaten, Admiral a. D. Gottfried Hansen, „wonach der eine seinem Eid treu geblieben ist, der andere die Treue zu seinem Volk über die Eidespflicht gestellt hat, woraus keinem aus seiner Einstellung ein Vorwurf zu machen wäre“, für weitgehende gegenseitige Akzeptanz und Toleranz.⁴⁷⁾

Der Traditionserlass der Bundeswehr aus dem Jahr 1982 hält auch wörtlich fest: „Traditionsbewusstsein kann nicht verordnet werden. Es bildet sich auf der Grundlage weltanschaulicher Überzeugungen und persönlicher Wertentscheidungen.“ Gleichzeitig betont er auch: „In der Traditionspflege soll auch an solche Geschehnisse erinnert werden, in denen Soldaten über die militärische Bewährung hinaus an politischen Erneuerungen teilhatten, die zum Entstehen eines freiheitlichen, republikanischen und demokratischen Deutschland gewiesen haben.“

In Österreich wurde das Thema Zweiter Weltkrieg im oben zitierten Sinn ausgeklammert. In der ersten größeren Veröffentlichung aus dem Jahr 1963, dem fast 550 Seiten starken Buch „Unser Heer - 300 Jahre österreichisches Soldatentum in Krieg und Frieden“, das vom damaligen Verteidigungsminister Karl Schleinzer gefördert worden war, ist das Kapitel „Die Österreicher im Zweiten Weltkrieg“ eines der knappsten.

Schon der Einleitungssatz des ehemaligen Direktors des Heeresgeschichtlichen Museums, Hofrat Dr. Johann Christoph Allmayer-Beck, gibt die künftige Linie vor: „Es wäre durchaus nahe liegend gewesen, dieses Buch mit dem vorausgehenden Kapitel über das Bundesheer der Ersten Republik zu beenden. Denn mit dem Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 nahm eine, in ihrer Tradition zwar schon vielfach gebrochene, in ihrer historischen Kontinuität bisher aber ununterbrochene Institution ein Ende, die bisher selbständige österreichische Armee.“ Doch dann liefert Allmayer-Beck den Grund, diesen Beitrag dennoch aufzunehmen: „... weil das Erlebnis des Kriegs von 1939-45 zweifellos noch eine ganze Weile für das soldatische Bewusstsein der Gegenwart entscheidend sein wird.“

Daran, dass diese Zeit uns bis heute beschäftigen würde, z.T. intensiver als in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren, hat wohl auch dieser renommierte Militärhistoriker nicht gedacht. Wie überhaupt sich Allmayer-Beck als ehemaliger Weltkriegsoffizier nicht anders als seine Kameraden verhielt: Er konzentrierte sich in seiner Forschung auf die Vergangenheit und setzte sich kaum mit dem eigenen Erleben auseinander. Selbst einschlägige Vorträge etwa vor dem renommierten St. Johannis-Club zum Thema Zweiter Weltkrieg delegierte er an seinen späteren Nachfolger Dr. Rauchensteiner.⁴⁸⁾

Der Anteil der Österreicher am Widerstand gegen Hitler beziehungsweise ihre Dienstleistung in den Armeen der Alliierten war Allmayer-Beck nur eine Fußnote wert. Auch der 20. Juli 1944 und die Namen Bernardis und Szokoll kommen nicht im Text sondern nur in einer Fußnote vor.

Dafür befindet sich in demselben Buch eine interessante Darstellung der Jahre 38-45 durch den Leiter des Presse- und Informationsdienstes des BMLV, dem damaligen Ministerialsekretär Johann Ellinger: „...dass die Eingliederung des Bundesheeres in die Deutsche Wehrmacht so reibungslos vor sich ging und dass (ihrer Herkunft nach) österreichische Soldaten bis zum Ende des Krieges unter Anspruch auf Soldatenehre in der Wehrmacht kämpften...“

Wesentlich dazu beigetragen hat noch die Tatsache, dass die Deutsche Wehrmacht ein erstrangiges Kriegsinstrument war; die Schandtaten von Hitler und Genossen wurden den Soldaten erst nach dem militärischen und politischen Zusammenbrechen des Dritten Reiches bekannt.“

Damit macht der Autor eine Feststellung, die aus heutiger Sicht überrascht, weil sie im Jahr 1963, fast zwanzig Jahre nach dem Ende des Krieges, nach dem Kriegsverbrecherprozess von Nürnberg und den Nachfolgeprozessen, Büchern, Filmen und Fernsehdokumentationen getroffen wurde. Der bekannte Philosoph Rudolf Burger hat im „Spectrum“ der Presse vom 12.3.2005 die Situation der Kriegsgeneration so charakterisiert: „Geschichte ist jene Lüge, auf die sich eine Gesellschaft geeinigt hat.“



Offiziersausmusterung I/56 in der Fasangartenkaserne, am linken Flügel der spätere Generaltruppeninspektor Karl Majcen.

Traditionspflege als Gegenkultur

Der deutsche Militärhistoriker Oberst Dr. Wilfried Heinemann (Potsdam) befand beim bereits zitierten Symposium der Landesverteidigungsakademie über „Ruf und Gewissen“, dass Traditionsverständnis auch Selbstverständnis sei. Heinemann wörtlich: „Indem ich jemanden oder etwas für traditionswürdig erkläre, sage ich aus, wie ich selbst sein möchte, wie ich moderne Streitkräfte verstanden wissen möchte.“ Das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ akzeptiere eben nicht den Nur-Soldaten, sondern fordere, dass er sich der Grenze zwischen Gut und Böse, zwischen Recht und Unrecht gerade auch im Einsatz bewusst bleibt. Damit werde der Widerstand auch in Zukunft ganz selbstverständlich ein Element der Traditionspflege sein.

Im Bundesheer blieb die Traditionspflege nach Auskunft des für diesen Fragenkreis jahrelang zuständigen MR. i. R. Dr. Peter Fiala mehr als ein Jahrzehnt lang auf allen Führungsebenen mehr oder weniger den jeweiligen Kommandanten überlassen, von der politischen Ressortleitung wurden so gut wie keine Regelungen hiezu ausgegeben. Es ist demnach nicht verwunderlich, schreibt Fiala, dass es dabei zu bedenklichen Entwicklungen kam und bei Traditionsveranstaltungen die Überlieferung der Deutschen Wehrmacht eine Rolle spielte. Dies geschah in den meisten Fällen nicht aus politischen Überlegungen, sondern entsprach lediglich der Erfahrung der Akteure, in der Mehrzahl Kriegsteilnehmer, die bei der Traditionspflege in gutem Glauben nur die militärisch-

ethischen Werte betonten und sich der historisch-politischen Problematik ihres Tuns gar nicht bewusst wurden.

So füllten sich denn auch bald die Traditionsräume der Bundesheereinheiten, oft auch nur mangels geeigneter historischer Belegstücke aus der Monarchie und dem Ersten Bundesheer, mit Erinnerungsstücken aus dem Zweiten Weltkrieg. Man war sich offenbar dieser Problematik bewusst, denn im Traditionsraum der Khevenhüller-Kaserne in Klagenfurt-Lendorf, der z.T. dem Kampf um Narvik unter Generaloberst Dietl gewidmet ist, versucht ein Schild klarzustellen: „Die in der Ausstellung gezeigten Exponate dienen ausschließlich zu Dokumentationszwecken und zur wissenschaftlichen Aufbereitung der Zeitgeschichte. Keinesfalls wird damit eine politische oder ideologische Absicht verfolgt bzw. eine derartige Meinung vertreten. Im Besonderen gilt dies für die Zeit zwischen 1938 und 1945.“

Der österreichische Militärsoziologe Univ. Doz. ObstdhmfD Dr. Franz Kernic hat diese „restaurativen Bestrebungen“ und die Reideologisierung des Militärischen bereits Anfang der 90er-Jahre analysiert und an den beiden folgenden Tendenzen festgemacht:

1. die Selbstisolierung der Armee, v.a. des Offizierskorps, durch eine erneute Kultivierung bereichsspezifischer Normen und Verhaltensweisen.

2. die Wiederbelebungsversuche alter Traditionen und die Aufnahme einer längst überholten Form von Traditionspflege.

Er hat sie als Antwort auf den gesellschaftspolitischen Wandel gesehen, mit dem große Teile der Berufssoldaten nicht einverstanden sind: „Die zahlreichen Probleme für das Militär, die aus dem militärisch-zivilen

Zerfallsprozess resultieren, führten anstelle der notwendigen Anpassung der Funktion und Struktur des traditionellen Militärapparates an die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten zur gegensätzlichen Entwicklung, zur Flucht der Militärs nach rückwärts, d.h. zu restaurativen Bestrebungen im Militär.“⁴⁹⁾

Das mag ohne konkrete Beispiele auf den ersten Blick überzeichnet wirken, aber Initiativen wie etwa die restaurative „Kameradschaft Radetzky“ mit eigenen Orden, die bei ihren jährlichen Treffen am Heldenberg, der Grabesstätte von FM Radetzky, prominente Unterstützer wie Verteidigungsminister Herbert Scheibner, hohe Offiziere im Generalsrang, den FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler und Militärggeistliche fand, sind Hinweise darauf.

Kernic kommt in seiner Analyse zum Ergebnis: „Die erhoffte Rettung durch den Rückzug in die alte Ordnung ist der fatale Irrtum, dem das Militär heute unterliegt... Eine Öffnung des Militärs gegenüber der Gesellschaft wird kategorisch abgelehnt... Dieser Weg verstärkt das soldatisch-militärische Eigenleben und die gesellschaftliche Isolation des Militärapparates.“⁵⁰⁾

Ein Jahr später sind ähnliche Passagen im Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung an die Bundesregierung über das „Sicherheitspolitische Umfeld und die Streitkräfteentwicklung“ vom Juni 1991 enthalten. Die Arbeitsgruppe unter den beiden Vorsitzenden, Univ. Prof. Dr. Heinrich Schneider und dem damaligen Divisionär Ernest König, befindet etwa auf Seite 52: „Die Diskrepanz zwischen der zivilen und der militärischen Wertekultur führt zu Problemen des Selbstverständnisses und der Kommunikation,

und zwar sowohl zwischen dem Heer und seinem Umfeld wie auch innerhalb des Heeres selbst.“

Das ist das, was Generalmajor Mag. Udo Rumerskirch, Mitautor und Herausgeber des zitierten Buches die „Isolationsspirale“ genannt hat, in der sich die gesellschaftlich-militärischen Gegensätze ständig verschärfen und etwa zu ständig steigenden Ziffern bei den Zivildienern geführt hätten. Das führe zum Rückzug in die „scheinbar heile Welt des rein Militärischen“. Kernics Resümee: „Gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen draußen schützt man sich durch ein Zurückziehen hinter die eigenen Kasernenmauern. Die nahezu autarke Soldatengesellschaft ist die Folge gegenüber der zivilen Gesellschaftsordnung. Nicht die Öffnung gegenüber der Gesellschaft wird betrieben, sondern der Rückzug in die eigene Welt der Militärs, in die gesellschaftliche Isolation.“

Kasernennamen

Die erstmals 1967 erlassmäßig vom damaligen Bundesminister Dr. Georg Prader angeordnete Traditionspflege sollte nach Auskunft von MR i.R. Dr. Peter Fiala „als Teil der staatsbürgerlichen Erziehung in erster Linie der Stärkung des Österreichbewusstseins und der Entstehung eines Korpsgeistes in der Truppe dienen. In Erkenntnis der Tatsache, dass eines der Wesenskriterien jeglicher Tradition die Kontinuität darstellt, wurde der Beginn der militärischen Überlieferung des Bundesheeres mit der Entstehung der kaiserlich-österreichischen Armee im Dreißigjährigen Krieg angesetzt.“⁵¹⁾

Unter der Mitwirkung des Gründers des Institutes für Zeitgeschichte, Univ. Prof. Dr. Ludwig Jedlicka, entstand der erste die Traditionspflege des Bundesheeres regelnde Erlass, wonach lediglich die Überlieferungspflege der österreichisch-ungarischen Armee und des Ersten Bundesheeres angeordnet wurde.⁵²⁾ Ein Traditionsbezug zur Deutschen Wehrmacht stand wohl außerhalb jeglicher Diskussion, wenngleich mancherorts das Trageverbot der Orden der Deutschen Wehrmacht zur Uniform analog zum österreichischen Kameradschaftsbund moniert wurde.⁵³⁾

Im selben Jahr setzte jedoch Prader einen überraschenden Akzent in Richtung militärischer Widerstand, der bei vielen Offizieren der Kriegsgeneration auf blankes Unverständnis stieß. Er benannte am 15. Mai 1967, dem Jahrestag des Staatsvertrages, die so genannte Kleine Breitenseer-Kaserne in Wien nach den im Zuge der „Operation Radetzky“ in den letzten Kriegstagen hingerichteten Offizieren des Widerstandes Biedermann-Huth-Raschke-Kaserne. Die Meidlinger Kaserne wurde nach den Widerstandskämpfern Oberstleutnant Franz Heckenast und Hauptmann Karl Burian, die Kaserne in Enns, der Sitz der einstigen Militärakademie, wurde nach General Towarek benannt, der sich 1938 geweigert hatte, den Eid auf Hitler abzulegen, die Kaserne in Großmittel nach FML Jansa, dem letzten Generalstabschef des Ersten Bundesheeres, den Schuschnigg auf Weisung Hitlers entlassen sollte.

Sonst wurde bei der überwiegenden Zahl der Kasernen auf Heerführer aus der Habsburgermonarchie zurückgegriffen, im 15. Jahrhundert und den Türkenkriegen beginnend (Starhemberg und Montecuccoli), über das 19. Jahrhundert (Benedek und Radetzky) bis ins 20. Jahrhundert, wo viele „Helden“ des Ersten Weltkrieges geehrt wurden.

In einigen Fällen, v.a. in der Steiermark und in Kärnten, nahm man es mit der Vorgabe nicht so genau, den Zweiten Weltkrieg auszuklammern. Die Kaserne in Straß wurde nach Generalleutnant Johann Mickl benannt, der im Zweiten Weltkrieg v.a. bei der Partisanenbekämpfung in Jugoslawien tätig war⁵⁴⁾ und im Dritten Reich seinen (slowenischen) Namen durch die Einfügung eines „c“ eindeutschen ließ.⁵⁵⁾ In Klagenfurt gibt es mit der Windisch-Kaserne einen ähnlich gelagerten Fall: Zwar sollte der Einsatz im Kärntner-Abwehrkampf damit gewürdigt werden, Windisch war aber ebenso General der Deutschen Wehrmacht.



Der k.u.k. Sappeuroberleutnant Ing. Julius Raab, bis Sommer 1956 Leiter des Amtes für Landesverteidigung, dahinter die damaligen Obersten und späteren Generale Vogl und Seitz.

Die Einbindung von Ländern und Gemeinden in die Benennung der Kasernen, führte letztlich dazu, dass sich allzu oft lokale, systemwidrige Interessen durchsetzten. Schöne Beispiele dafür sind die Marc Aurel-Kaserne in Hainburg, die Martin-Kaserne in Eisenstadt, die Kuenringer-Kaserne in Weitra, die Ostarrichi-Kaserne in Amstetten und die Riedenburg-Kaserne in Salzburg. Besonders krasse Fälle von systemwidrigen Benennungen stellen die Landwehr-Kaserne und die Kremstalkerne dar.⁵⁶⁾

Ausmusterungsnamen

Einen weiteren Schritt zur Traditionspflege setzte man an der Theresianischen Militärakademie (TherMilAk), die 1966 die Namensgebung für die einzelnen Ausmusterungsjahrgänge einführte. Die eingeführten Jahrgangsabzeichen der TherMilAK gehen auf einen Truppenbesuch an der französischen Militärakademie zurück, wo den Besuchern aus Österreich das Abzeichen des damaligen Ausmusterungsjahrganges als Gastgeschenk überreicht wurde.⁵⁷⁾

Schon der erste Jahrgang trug einen Namen, der angesichts der Tatsache, dass Österreich seit 1918 keinen Anteil am Meer und dementsprechend keine Marine mehr besitzt, etwas skurril wirkt: Zur Erinnerung an die Schlacht der österreichischen Flotte am 2. Juli 1866 nannte man sich „Jahrgang Lissa“. Später folgte noch der Name des Vizeadmirals Sterneck.

In dieselbe Kategorie fallen der Jahrgang „Vega-Payer-Weyprecht“, zur Erinnerung an jene Nordpolexpedition, die das Franz-Joseph-Land entdeckte, oder „Wellington“ zur Erinnerung an den Sieger über Napoleon in der Schlacht bei Waterloo, einen englischen Hocharistokraten aus der Zeit des Absolutismus. Bei Wellington lässt sich der Bezug zur österreichischen Heerestradiation und zum demokratischen Bundesheer nur mehr schwer begründen.⁵⁸⁾

Am wenigsten wurde damit der Sinn einer derartigen Aktion erfüllt, den jungen Offizieren ein gültiges Vorbild für ihren künftigen Lebensweg zu geben. Am ehesten greifen noch die Namen des Jahrgangs 1990 „Banfield“ in Erinnerung an Linienschiffsleutnant Gottfried von Banfield, der als erfolgreichster Marineflieger der k.u.k. Kriegsmarine die Bombardierung von Triest verhinderte, oder „Andreas Hofer“ für den Jahrgang 1976. Der Jahrgangsname „Conrad von Hötzendorf“ ist schon problematischer, hat er doch die Aufklärung des Spionagefalls des Obersten Redl unterbunden, was Tausende österreichischer Soldaten das Leben kostete.⁵⁹⁾

Aktuelle Vorbilder

Gibt oder gäbe es denn keine besseren Vorbilder als kaiserliche Feldherren? Ohne eine Rangwertung zu machen, wären neben den oft genannten Personen wie Bernardis, Szokoll und Schmid noch folgende Namen zu nennen: Generalmajor Erwin Lahousen, Generalstabsoffizier im Ersten Bundesheer, für die Zusammenarbeit mit den benachbarten Nachrichtendiensten zuständig, nach dem Anschluss weiter in seinem Metier tätig, wurde bald einer der engsten Vertrauten von Admiral Canaris,⁶⁰⁾ Generalmajor Heinrich Stümpfl, ehemaliger Stadtkommandant von Wien, oder Oberstleutnant Josef Ritter von Gadolla, der letzte Grazer Flughafenkommandant im Ersten Bundesheer, der in den letzten Kriegstagen als Standortältester der deutschen Stadt Gotha diese Stadt vor der Zerstörung rettete, indem er sie an die Alliierten übergab. Gadolla wurde inzwischen über Initiative der Stadt Graz am Fliegerhorst Nittner in Graz-Thalerhof eine Gedenktafel gewidmet und eine Straße nach ihm benannt.

Ein weiteres Vorbild wäre auch der „Retter des Stephansdoms“, der ehemalige deutsche Hauptmann Gerhard Klinkicht. Er verweigerte in den letzten Kriegstagen den Wahnsinnsbefehl des damaligen Stadtkommandanten, den Dom mit Geschützen seiner Batterie in Schutt und Asche zu legen. Seine Befehlsverweigerung wäre im Regelfall mit dem Tod durch Erschießen geahndet worden; das Chaos der letzten Kriegstage rettete ihm das Leben.

Sollte sich jemand daran stoßen, dass der tapfere Mann reichsdeutscher Abstammung war, können wir eine absolut zu vergleichende Tat eines Österreichers anbieten. Der kunstsinnige österreichische Oberstleutnant Schlegel rettete die Kunstschatze der weltberühmten Benediktiner-Abtei Montecassino, die bis zum letzten Mann verteidigt wurde. Der Österreicher Schlegel wurde bereits geehrt, aber nicht in seiner Heimat, nicht vom Bundesheer. Nein, in der deutschen Panzertruppenschule in der Lüneburger Heide wurde ein Gedenkraum für ihn errichtet. Sollte es nicht zu denken geben, dass die Bundeswehr Österreicher für mutige Taten im Zweiten Weltkrieg ehrt, jedoch nicht oder eher zögerlich ihr Geburtsland und das österreichische Bundesheer?

Prägende Jahre

Wo mögen die Wurzeln für diese Entwicklung liegen? Die erste Führungsgarnitur des Bundesheeres war, was ihren militärischen Werdegang betraf, sehr homogen. Sie absolvierte in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren die Offiziersausbildung an der damals noch in Enns und erst ab 1934 in Wr. Neustadt untergebrachten

Theresianischen Militärakademie. Die Ausmusterungsjahrgänge bis 1932 absolvierten in den Jahren 1936 bis 1938 den österreichischen Generalstabskurs, den sie 1939 an der Kriegsakademie abschlossen. Ein Großteil der österreichischen Generalstabsoffiziere diente in Stäben der Gebirgstruppen, die von Kommandeuren geführt wurden, die auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Traditionen der Deutschen Wehrmacht pflegten und hochhielten.

So war etwa der Chef der in Lappland kämpfenden 20. Gebirgsarmee, der spätere Generaloberst Dr. Lothar Rendulic, aus dem Ersten Bundesheer entlassen worden, da er Mitglied der von der Regierung Dollfuß verbotenen NSDAP war, ebenso der Kommandeur der 5. GebDiv., General der Gebirgstruppen Julius Ringel, führendes Mitglied des NSR, der auch nach dem Krieg noch bei vielen Auftritten unverhohlen mit dem untergegangenen System sympathisierte.⁶¹⁾ Die Kameradschaft der österreichischen Gebirgstruppen im Zweiten Weltkrieg war nach dem Krieg eine wesentliche Geburtsstätte des Österreichischen Kameradschaftsbundes.

In einer breit gefächerten Literatur über die Verbände der Gebirgstruppen und deren Führer tritt auch Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ganz unverhohlen die NS-Ideologie zutage. In diesen Schriften wird der absolute soldatische Gehorsam zum Postulat erhoben, der Kampf gegen den Bolschewismus gemeinsam mit den Amerikanern (Stichwort: Alpenfestung) als versäumte Chance dargestellt.



Bundesminister Dr. Georg Prader (Bildmitte), der die Traditionspflege im 2. Bundesheer initiierte, 1968 im Kriegsarchiv mit den Spitzen des Verteidigungsministeriums.

Diese Darstellung, die natürlich nur auf einen Teil der Bundesheerspitze, aber auf einen wesentlichen zutrifft, soll erklären, warum sich im Bundesheer eine ganz andere Einstellung als in der Bundeswehr entwickelte, wo an der Spitze (ältere) Offiziere standen, die durch ihre Position in Führungszentren der Wehrmacht (Speidel, Heusinger) einen weitaus besseren Eindruck über die verbrecherische Seite des Krieges unter Hitlers Führung bekamen als die weitaus jüngeren österreichischen Oberstleutnante der unteren Führungsebene der Wehrmacht.

Fusseneggers Erben

Der erste Generaltruppeninspektor (GTI) des Bundesheeres war viele Jahre prägend für das Offizierskorps. Er kam aus einem betont nationalen Elternhaus, seine Schwester Gertrud, die be-

kannte Schriftstellerin, trat bereits 1933 der NSDAP bei. Seine Nachfolger waren fast alle nur Übergangslösungen. General d. I. Otto Seitz übte die Funktion des GTI nur ein Jahr aus, General d. I. Anton Leeb war zwar fünf Jahre im Amt, stand aber im Schatten des damaligen Armeekommandanten General Emil Spannocchi, der das Bundesheer in der Öffentlichkeit nachhaltig repräsentierte. Auf Leeb's Nachfolger, General d. I. Hubert Wingelbauer, trifft diese Situation ebenfalls zu. Erstaunlich ist nur, dass just Wingelbauer, der 1938 aus rassistischen Gründen aus der Wehrmacht ausgestoßen und 1940 von der Gestapo wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und zu 31 Monaten Haft verurteilt worden war, keine gegenteiligen Akzente setzte.⁶²⁾

Auf Wingelbauer folgte mit Heinz Scharff der erste GTI, der seine Offizierslaufbahn nicht im Ersten Bundesheer, sondern erst im Zweiten Weltkrieg (Leutnant, Februar 1941) begonnen hatte. Auf Scharff folgte mit Othmar Tauschitz der letzte aus der Kriegsgeneration, auch wenn er erst am 3. April 1945 zum Leutnant befördert worden war. Der Experte für Luftraumüberwachung und Logistik hatte andere Sorgen als die Traditionspflege.

Die Nachfolgeneration

Warum diese detaillierte Aufstellung der Männer an der Spitze des Bundesheeres, ihres Lebensweges und ihres jeweiligen (politischen) Umfeldes? Weil wir bei unseren Recherchen mit führenden Vertretern dieser Generation auf den Umstand gestoßen sind, dass einem Großteil der nach 1956 ausgebildeten Offiziere die politische Einstellung ihrer Vorgesetzten, sei es in der Ersten Republik oder im Dritten Reich weitgehend unbekannt war. Die entsprechenden Materialien der Zeitgeschichte waren damals allerdings auch nur sehr rudimentär vorhanden. Die Kriegsjahre und mögliche Verbrechen seien weder in der Schule noch in den Elternhäusern ein Thema gewesen.

Man habe als junger Offizier die Erfahrungen der Kriegsgeneration geschätzt, sie seien wertvolle Ausbilder und Vorbilder gewesen. Die Fragen, die man sich heute stelle, warum kein Widerstand des Bundesheeres 1938 beim Einmarsch, oder, wie weit kann man Gehorsam einfordern, wenn man die Verderbtheit eines staatlichen Systems durchschaut, stellten sich in den Aufbaujahren des Bundesheeres nicht. Aus doch zahlreichen erbetenen Stellungnahmen an die Verfasser kann der Schluss gezogen werden, dass auch jetzt nur eine Minderheit dem Widerstand in den eigenen Reihen Verständnis entgegenbringt. Als Grund wird genannt, dass im Krieg der Feind in erster Linie als tödliche Bedrohung angesehen und besiegt werden musste, erst danach konnte man sich mit Fragen nach der Kriegsschuld auseinandersetzen. Daher war vorerst gemäß dem geschworenen Eid unbedingter Gehorsam zu leisten und jeder Widerstand damit Eidbruch, Verrat und todeswürdiges Verbrechen.⁶³⁾

Auch die Militärakademie und die Landesverteidigungsakademie beschäftigten sich kaum mit diesen Thema. General König zitiert einen seiner Vorgänger, General Spannocchi: „*Das war nicht unser Krieg und damit nicht unser Thema.*“ Sein Nachfolger, General Wilhelm Kuntner meinte: „*Als deutsche Offiziere haben wir den Krieg verloren, als Österreicher gewonnen.*“ Hofrat Dr. Rudolf Hecht von der Landesverteidigungsakademie: „*Der Komplex der Vergangenheit wurde als Angelegenheit des Heeresgeschichtlichen Museums verstanden.*“ Kritische Beobachter von außen, Reserveoffiziere oder Journalisten wie Hans Rauscher, Alfred Worm oder Alfred Payrleitner sehen in dieser Haltung einen der Gründe, warum dieses Geschichtsbild so lange dominiert hat.

Tradition versus Gegenwart

„*Tradition ist die Bewahrung des Feuers und nicht die Anbetung der Asche.*“

Dieser Satz stammt nicht von einem Radikalreformer, nein, er stammt vom Komponisten und einstigen Hofmusikdirektor Gustav Mahler, gestorben 1911. Wer geglaubt hatte, die Ablöse der Kriegsgeneration an der Spitze des Bundesheeres würde auch einen vorsichtigen Kurswechsel bei der Traditionspflege einläuten, wurde enttäuscht. Zwar ging man in den späten 80er-Jahren im BMLV daran, den Traditionsbezug des Bundesheeres neu zu regeln. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe aus Offizieren und Historikern gebildet, die einen Entwurf erstellen sollte. Nach langwierigen Diskussionen kam die Gruppe überein, aktuellere Bezüge als bisher in die Traditionspflege hineinzunehmen, womit das historische Loch von 1938 bis 1945 geschlossen hätte werden können.

So hätte auch der österreichische Widerstand gegen das NS-Regime Thema der Traditionspflege werden können. Der Entwurf erregte erwartungsgemäß Widerstand, was dazu führte, dass man ihn längere Zeit im Ministerbüro „asservierte“. Hingegen forderten sozialdemokratische Regierungskreise die Abschaffung der bisherigen Überlieferungspflege und einen Neuanfang der militärischen Tradition mit der Aufstellung des Bundesheeres ab dem Jahr 1955.⁶⁴⁾

Die Tradition im Bundesheer führte nach der Auflösung der alten Heeres- und damit Traditionsstrukturen ein Schattendasein mit der Folge, dass das Kaderpersonal ihr weitgehend gleichgültig gegenüberstand und die Grundwehrdiener wegen der kurzen Dienstdauer kaum damit konfrontiert wurden. Im Jahr 1986 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Hauptaugenmerk auf die inzwischen mehr als dreißigjährige Tradition des Bundesheeres der Zweiten Republik legen sollte. Da aus den stark divergierenden Stellungnahmen innerhalb des Ressorts keine einhellige Meinung zu finden war und um keinen unregelmäßigen Zustand entstehen zu lassen, entschied Bundesminister Dr. Robert Lichal, dass lediglich eine aktualisierte Neufassung des bereits existierenden Traditionserlasses zu ergehen hätte.⁶⁵⁾

Später wurde unter General Gerald Probst, Leiter der Sektion III, die u.a. auch für die Traditionspflege zuständig war, an einer Neufassung gearbeitet, die am 5. Dezember 2001 in Kraft gesetzt wurde. Sie baut einer Neubewertung der Traditionspflege durch folgende Passage Brücken, in dem sie zwar die Deutsche Wehrmacht als Traditionsvorbild ausschließt, aber festhält: „*Wohl können aber vorbildhafte und im Einzelfall zu prüfende Verhaltensweisen von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht und von Männern und Frauen des proösterreichischen Widerstandes ein Element der Traditionspflege sein.*“

Der verdrängte Widerstand

Mit welcher Vorsicht, um nicht zu sagen mit welchen Vorurteilen man sich dem Thema des militärischen Widerstandes gegen Hitler noch in den späten 90er-Jahren im Bundesheer annäherte, zeigt ein Vorhaben an der Landesverteidigungsakademie in Wien, als man 1997 Generalmajor i.R. Otto Scholik, der als Oberleutnant der Wehrmacht schon früh Mitglied der Widerstandsgruppe 05 wurde, v.a. aber bei der „Operation Radetzky“ an maßgeblicher Stelle tätig war, ersuchte, vor dem laufenden Generalstabskurs einen Vortrag zum Thema „Zivilcourage und Widerstandspflicht in ihrer Bedeutung für den Beruf des Offiziers“ zu halten.

Scholik verfasste ein minutiös ausgearbeitetes Manuskript und übersandte es an die Landesverteidigungsakademie. Die Einladung wurde geändert, statt der Hörer des Generalstabskurses sollte der Vortrag vor der so genannten H1-Runde stattfinden, einer losen Gruppierung von aktiven und pensionierten Generalstabs- und Intendantenoffizieren. Da man in diesem Kreis Konfrontationen mit dem Vortragenden erwartete,⁶⁶⁾ kam letztlich ein Vortragstermin nicht zustande, weshalb Generalmajor Scholik in einem Brief bat, von dem Vorhaben insgesamt Abstand zu nehmen.

Auch politisch überrascht auf den ersten Blick die zögerliche Haltung der ersten Ressortverantwortlichen der ÖVP im BMLV, kommt doch ein beträchtlicher Anteil der Opfer des NS-Regimes aus den Reihen der christlichsozialen Vorgängerpartei der ÖVP. Das ist - wie der Journalist Peter Michael Lingens schreibt, „umso erstaunlicher, als Österreich diesem Widerstand bekanntlich verdankt, dass es von den Alliierten als Hitlers erstes Opfer eingestuft wurde und dadurch Anspruch auf Wiederherstellung seiner Souveränität erlangte“. Lingens sieht zwei Gründe, Phänomene dafür: „Der Widerstand vor 1938 war in erster Linie ein vaterländischer mit Dollfuß an der Spitze... sehr im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Führern Otto Bauer und Karl Renner, die nicht von der Anschluss-Idee ablassen wollten.“⁶⁷⁾

Und Lingens setzt fort: „Österreich hat seinen Widerstand bis heute nicht für sich entdeckt.“ Diese Konstellation habe eine Würdigung des „vaterländischen“ Widerstandes im großkoalitionären Nachkriegsösterreich erschwert, denn die SPÖ will Dollfuß bis heute mit aller Kraft auf den „Austrofaschismus“ reduzieren. Das zweite Phänomen sei nach Lingens ein psychologisches. V.a. die vielen Mitläufer hätten ein begreifliches Interesse daran gehabt, zu verdrängen, dass es auch viele Gegner gegeben habe. Es ist, so Lingens „einfacher, das eigene Fehlverhalten zu entschuldigen, wenn man sich einredet, dass ja fast alle auf Hitler hereingefallen sind und fast niemand Widerstand geleistet hat“.

Zäsur 1934

Bisher in den Betrachtungen zu kurz gekommen ist das Jahr 1934. Es ist noch immer das Schlüsseljahr in dem (bis heute gespannten) Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und dem Bundesheer. Der Historiker Ernst Hanisch schreibt in seinem Standardwerk „Der lange Schatten des Staates über das Jahr 1934“: „Zurück blieb ein emotionelles Trümmersfeld: glühender Hass, die Schaffung des Mythos vom Aufstand der Arbeiter gegen den Faschismus, das schlechte Gewissen der Sieger. Bis weit in die 2. Republik fiel der Schatten des 12. Februar 1934.“

Erschwerend kommt dazu, dass es auch zu keiner gemeinsamen Bewertung der Ereignisse des Jahres 1934, v.a. des Februars, gekommen ist. Das Bundesheer hat, wenn man die Literatur studiert, wenig bis nichts unternommen, um den Vorwurf loszuwerden, es sei die Nachfolgerin jener Armee, die in der 1. Republik auf Arbeiter geschossen hat, gelegentlich fiel auch im Parlament das Wort „Arbeitermörder“. Die Angelobung von Jungmännern am 12. Febr. 1984, dem 50. Jahrestag im Karl Marx-Hof, dem Symbol der Kämpfe des Februars 34, war ein Signal, dem allerdings keine weiteren konkreten Schritte in diese Richtung folgten.

Permanenter Vorwurf der Kritiker von links: Dasselbe Bundesheer, das die Gegenwehr der Arbeiterbewegung mit brutaler

militärischer Gewalt niederwarf, kapitulierte am 13. März 1938 vor den anrückenden deutschen Verbänden, ohne einen Schuss abgegeben zu haben.

Eine gemeinsame wissenschaftliche Bewertung hätte vermutlich viel Spannungen zur Sozialdemokratie abgebaut: „Die grundlegende Skepsis, die aus dieser Zeit herrührt, prägt noch heute die Sozialdemokratie in Österreich im Umgang mit dem Bundesheer“, schreibt Fritz Klocker, einer der sachkundigsten Vertreter der SPÖ in Wehrfragen in seiner Stellungnahme an die Verfasser.



Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Verteidigungsminister Günther Platter ehren am 11. Oktober 2004 in Enns den Widerstandskämpfer (20. Juli 1944) Oberstleutnant i.G. Robert Bernardis, der 1932 in Enns zum Leutnant ausgemustert worden war.

Widerstand gegen den Widerstand

Fast könnte man meinen, dass es leichter war, Widerstand gegen ein Unrechtsregime zu üben, auch den Tod zu riskieren, als im Rückblick gegen die zu bestehen, die sich diesem Vorhaben nicht anschließen konnten. Schwester Dr. Edith Ruth Beinhauer SFCC hat beim Symposium im Jänner 2005⁶⁸⁾ im Parlament über „Widerstand in Österreich 1938 bis 1945“ einen bemerkenswerten Satz über ihre seliggesprochene Mitschwester Restituta, bürgerlich Helene Kafka, der auch Glaubensbrüder und -schwestern zugeredet hatten, ihren Widerstand gegen das NS-Regime aufzugeben: „Sie war ein Mensch, der dem Widerstand gegen den Widerstand widerstand.“

Generell wurde das Thema des militärischen Widerstandes gegen das Nazi-Regime im Bundesheer bis in die späten 90er-Jahre weitgehend verschwiegen. Erst vor Kurzem gelang es dem pensionierten Bundesheer-Oberst Manfred Oswald, der schon eine Gedenkstätte für Erschossene auf dem Grazer Garnisonsschießplatz Feliferhof durchgesetzt hatte, zusammen mit Karl Haitzmann, einem Sohn eines der Opfer, das Bundesheer zu bewegen, eine Gedenktafel für eine weitere Wahnsinnstat der letzten Kriegstage in der Grazer Belgierkaserne zu errichten. Dort wurden Ende März/Anfang April 1945 mindestens 150 Juden, Zwangsarbeiter, Widerstandskämpfer und Kriegsgefangene durch die SS ermordet. Sie wurden in einigen Bombentrichtern erschossen und verscharrt. Im Gedenkjahr 2005 wurde der Fall an die Denkmalkommission im BMLV weitergereicht. Überraschend kam es dann doch am 12. Dezember 2005 aus Anlass des Inter-

nationalen Tages der Menschenrechte zur feierlichen Enthüllung der „Gedenktafel für die Ermordeten der letzten Kriegstage in der ehemaligen Kaserne Wetzelsdorf“.

Ähnliches wurde in Klagenfurt gefordert. Dort geht es um einen Hinweis, dass die Kaserne in Lendorf, eine ehemalige SS-Junkerschule, z.T. durch KZ-Häftlinge erbaut wurde. Auch dort wird seit Jahren geprüft.

In der Landesverteidigungsakademie wurden seit den späten 60er-Jahren Taktik und Operation auch anhand von zahlreichen Beispielen des Feldzuges gegen die Sowjetunion gelehrt, doch der Widerstand in der Heeresgruppe Mitte unter Generalmajor Henning von Treskow wurde dabei ebenso wenig berührt wie die „Operation Radetzky“ im Endkampf um Wien.

Widerstand von Soldaten gegen Hitler wurde weitgehend unter der verkürzten Formel des Eidbruches gesehen, weshalb man seine Protagonisten entweder ablehnte oder kurzerhand verschwieg - eine Konspiration des Schweigens, wie es einmal genannt wurde.

Schon bald nach Aufstellung des Bundesheeres fanden sich Militär, Kirche und Kameradschaftsbund im gemeinsamen Totenkult zusammen. Man gedachte gemeinsam, meist zu Allerseelen, der „Helden“, womit für Heimat und Vaterland in ganz Europa bis zum Ural gefallene Soldaten gemeint waren - eine andere Motivation, wie etwa der Widerstand, war aus dem Opfermythos nicht zulässig. Zwar legen am Nationalfeiertag der Bundespräsident und die Bundesregierung in dem 1965 errichteten Weiheraum für die Opfer im Kampf um Österreichs Freiheit einen Kranz nieder. Bei den rein militärischen Feiern des Bundesheeres nimmt dieses vom Weiheraum keinerlei Notiz; ein diesbezüglicher Vorstoß wurde vom BMLV mit dem Hinweis beantwortet, dies läge im Kompetenzbereich der Burghauptmannschaft.⁶⁹⁾

Resümee und Ausblick

Nach wie vor ist in manchen Teilen des Offizierskorps die Distanz zum militärischen Widerstand deutlich. Das zeigten auch die von den Verfassern im Zuge dieses Beitrages eingeholten schriftlichen Stellungnahmen. Im persönlichen Gespräch stießen die Autoren aber auch auf viel Verständnis für die unbefriedigende Situation. Gleichzeitig wurden sie aber - sowohl bei Aktiven wie Pensionisten - Zeugen einer nicht genauer lokalisierbaren Angst, man könnte mit einer Änderung der bisher geübten Praxis neue Wunden aufreißen. Bei wem? Die Zahl der noch lebenden Offiziere, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, dürfte nicht einmal mehr Zugstärke besitzen.

Verteidigungsminister Günther Platter setzte, unterstützt vom Leiter der Führungsabteilung Generalmajor Christian Segur-Cabanac, einige bemerkenswerte Schritte, so die Errichtung des Ehrenmahls für Obstlt i.G. Bernardis an der Heeresunteroffiziersakademie in Enns und die Widmung des Ehrenhofs für Major Carl Szokoll im BMLV in der Rossauerkaserne, die Ausstellung im HGM über den 20. Juli 1944 in Österreich und die Abhaltung eines Symposiums über den Widerstand an der Landesverteidigungsakademie. An den diversen Veranstaltungen - eine fand im Parlament statt⁷⁰⁾ - nahmen u.a. der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der 1. Nationalratspräsident teil.

Inzwischen sind von Generalmajor Segur-Cabanac und seinen Mitarbeitern weitere Schritte gesetzt worden, wie etwa Erinnerungstafeln an bedeutende Führungspersonlichkeiten des Zweiten Bundesheeres, etwa General Ing. Dr. Emil Liebitzky oder den ersten Armeekommandanten General Emil Spannocchi.

Auch wird die zeitgeschichtliche Information über Österreich im Dritten Reich durch die Dokumentensammlung Österreich 1938 bis 1945 gefördert.

Es ist zu erwarten, dass der neue Verteidigungsminister Mag. Norbert Darabos diesen Weg fortsetzen wird, den Traditionsrahmen zu erweitern und die Geschichte des Zweiten Bundesheeres, das über ein halbes Jahrhundert - und damit länger als die Erste Republik - besteht, in die Traditionspflege einzubeziehen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Margit Schreiner: „Das Einzelschicksal ist nie identisch mit historischer Schuld oder Unschuld. Das entschuldigt nichts. Es ist nur eine Tatsache.“ Gerhard Vogl: „Wer sagte was wann wo? - Österreich in Zitaten und Schlagzeilen“, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2003, Rohmanuskript.
- 2) Der Artikel basiert u.a. auf den Beiträgen des Begleitbandes zur Ausstellung des Heeresgeschichtlichen Museums: „Tyrannenmord. Der 20. Juli 1944 und Österreich“, hrsg. Manfred Rauchensteiner, mit Beiträgen von Manfred Rauchensteiner, Peter Broucek und Hubertus Trauttenberg.
- 3) „Österreich war natürlich Opfer, aber viele Österreicherinnen und Österreicher waren auch Täter“, so Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel beim Symposium „Widerstand in Österreich 1938-1945 am 14. Jänner 2005“.
- 4) Während im von den Westmächten besetzten Teil Deutschlands diese Lizenzen v.a. an Privatpersonen, etwa Axel Springer oder Rudolf Augstein, gingen, war das Pressewesen in Österreich in den ersten Nachkriegsjahren von den Parteizeitungen (Neues Österreich, Arbeiter-Zeitung, Kleines Volksblatt) dominiert, der Rundfunk geriet in die Abhängigkeit der Besatzungsmächte.
- 5) „Die Presse“ vom 14. Jänner 2005: „Braune SPÖ-Flecken: Hilfe von oben.“
- 6) Walter Rauscher: Karl Renner, ein österreichischer Mythos. Verlag Ueberreuter, Wien 1995.
- 7) Franz Kernic beschreibt in seinem Beitrag: „Die isolierte Armee“ (Signum Verlag 1990) die Identitätskrise des Soldaten und den Rückzug der Militärs in die scheinbar heile Welt des rein Militärischen.
- 8) Alfred Worm: Österreich und die Opfer-Täter-Diskussion, in Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 5/2005 „Der Ruf des Gewissens“, S.56 ff.
- 9) Worm, S.56 ff. „Tatsache ist, dass diese unwürdige Aktion sechs Jahrzehnte dauerte, schandbar für die Verantwortlichen der Republik, noch schandbarer für uns Journalisten, die es medial unterließen, mit der Macht des gedruckten Wortes entsprechenden Druck auszuüben.“
- 10) Ebd. S.60: „An Minister Robert Lichal schwappte das Problem mehrmals heran, aber auch dieser Minister stand im Banne des Kameradschaftsbundes.“
- 11) Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend in einem Gespräch mit Gerhard Vogl im Jahr 1996.
- 12) Vgl. auch „Brauner Bodensatz im Heere?“ Gastkommentar von Gerhard Vogl in der „Presse“ vom 24. Juni 2005.
- 13) Nach dem deutschen Soldatengesetz § 50 kann der Bundespräsident auf Antrag des Verteidigungsministers einen General ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Siehe den Fall des Brigadegenerals Reinhard Guenzel, der den CDU-Abgeordneten Hohmann unterstützt hatte, der von den Juden als „Tätervolk“ sprach. Hohmann musste auf innerparteilichen Druck sein Mandat zurücklegen.
- 14) Verteidigungsminister Günther Platter bezeichnete die Aussagen von Gudenus in einem Brief als „beschämend“. Von Generalstabschef General Mag. Roland Ertl gab es keine Stellungnahme.
- 15) Die ÖG Wien hat die Mitgliedschaft von Oberst Gudenus ruhend gestellt, bis das gerichtliche Verfahren abgeschlossen ist. Gudenus wurde in einem Prozess am 26. April 2006 zu einem Jahr bedingter Haft verurteilt.
- 16) Worm, a.a.O.
- 17) Stellungnahme von Hofrat Dr. Rudolf Hecht, Leiter des Institutes für Strategie und Sicherheitspolitik an der LVAK an die Verfasser.
- 18) Bgdr i.R. Nikolaus Horvath und andere ungenannt bleiben wollende Offiziere bestätigen aus vielen Gesprächen diese Haltung.
- 19) Fritz Molden schreibt in seinem 1988 bei Amalthea (Wien/München) erschienenen Buch „Die Feuer in der Nacht. Vom Sinn des österreichischen Widerstands“ zwischen 11. März 1938, dem Tag des deutschen Einmarsches und dem 8. Mai 1945 seien circa 125.000 Österreicher der nationalsozialistischen Herrschaft zum Opfer gefallen. Diese Zahl umfasse nur jene Personen, die aus rassistischen, religiösen, politischen Gründen oder wegen Hoch- und Landesverrats, Desertion, Widerstands gegen die Staatsgewalt oder ähnlichem vom Leben zum Tod gebracht wurden, beziehungsweise im Kampf als Widerständler, Partisanen oder Soldaten alliierter Heere getötet wurden. Es gehe dabei um circa

66.500 Juden, 3.500 Zigeuner, 2700 Zeugen Jehovas. 3.500 Militärpersonen hingerichtet, 4.500 als Deserteure von fliegenden Standgerichten ermordet, circa 16.100 in Gestapo-Haft oder in Gefängnissen gestorben, circa 16.500 in Konzentrationslagern umgekommen und circa 12.000 als Widerständler, Partisanen oder Soldaten alliierter Armeen gefallen.

20) Siegwald Ganglmair: Österreicher in den alliierten Armeen 1938-1945, in: Truppendienst 6/1990, 523 ff.

21) Evan Burr Buckey: Hitlers Österreich - Eine Bewegung und ein Volk; Europaverlag, Hamburg/Wien 2001, S.221: „Die Mehrheit der Österreicher unterstützte Hitlers Krieg bis zum Ende“.

22) Sieben Tage - sieben Jahre. In: Neues Österreich, 2. April 1952.

23) Worm: S.58 „Glaubt man den Historikern, dann hat General Fussenegger, wenngleich nur im kleinsten Offizierskreis, sozusagen unter Seinesgleichen, die so genannten Widerständler als wehrkraftersetzende Elemente dargestellt.“

24) Bundesministerium für Landesverteidigung, Erlass vom 17.7.1987, GZ. 32310/608-3.15/87. Zur Haltung Lichals: Stellungnahme General Raimund Schittenhelm, damals Kabinettschef von BM Lichal, vom 13.11. 2006 an die Verfasser.

25) Marcel Stein: Österreichs Generale in der Deutschen Wehrmacht, S.135.

26) Marcel Stein: Österreichs Generale im Deutschen Heer, S.136.

27) Insgesamt 3 der 95 Kasernen des Bundesheeres sind nach Männern benannt, die 1938 ausgeschieden wurden: die Generale Zehner, Jansa, Towarek.

28) Gespräch der Verfasser mit dem Historiker Univ.Prof. Dr. Binder, Vorsitzender der Denkmalkommission.

29) Stefan Gehlen: Das Widerstandbild in der Bundeswehr. In: Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945, Katalog zur Wanderausstellung, hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt/Heinrich Walle; Mittler Verlag, Berlin 2000, S.333.

30) Literatur dazu: Hans Speidel: „Aus unserer Zeit“, Frankfurt/Wien 1977. Adolf Heusinger: „Befehl im Widerstreit, Schicksalsstunden der deutschen Armee.“

31) Fritz Stern: Am Grab des unbekannten Retters, Festvortrag zur Umbenennung der Generaloberst Rüdell-Kaserne in Rendsburg nach Feldwebel Schmidt am 8.5.2000. s.o. S.511 ff.

32) Brief des 1. Präsidenten des Nationalrates Dr. Heinz Fischer an Verteidigungsminister Herbert Scheibner vom 18.5.2000, im Besitz von General Trauttenberg, ebenso das Antwortschreiben von BM Scheibner.

33) Johann Christoph Allmayer-Beck: Landesverteidigung und Bundesheer. In: ÖMZ 4/1972, S.264 f.

34) NSR-Mitgliederverzeichnis (Auszüge aus den NSR-Grundbuchblättern), Wien 1938, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte Wien.

35) Die Mitglieder des illegalen Nationalsozialistischen Soldatenringes (NSR). Überprüft von Erwin Mairamhof, Quelle: Gedrucktes NSR-Mitgliederverzeichnis (Auszug aus den NSR-Grundbuchblättern).

36) Stefan Bader, General Erwin Fussenegger 1908-1986. Der erste Generaltruppeninspektor des Österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik (Schriften zur Geschichte des österreichischen Bundesheeres, Bd. 1, Bundesministerium f. Landesverteidigung, 2003), S.134.

37) Krafft: Materialien zu Aufbau und Ergänzung des Offizierskorps, S.248.

38) Worm S.62: „Argumente dieser Art habe ich im Zuge der aktuellen Bernardis-Diskussion wieder gehört: Diese Männer seien Verräter am Wehrgedanken, Verräter an jenem Führer, auf den sie ihren Eid geleistet hätten.“

39) Gespräch Scholiks mit General Trauttenberg.

40) Absolvierte zusammen mit Fussenegger den österreichischen Generalstabskurs. Nach dem 20. Juli 1944 in GESTAPO-Haft und in weiterer Folge im KZ Mauthausen inhaftiert.

41) Siehe Ausbildungskarteiblatt anlässlich der Aufnahmebewerbung in das Bundesheer - im Besitz von General i.R. Trauttenberg.

42) Stefan Bader: General Erwin Fussenegger 1908-1986, Band 1, Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres, BMfLV, 2003, S.99.

43) Mitteilung von OberstGd Erhard Schink an General Trauttenberg.

44) Siehe Stein: Österreichs Generale im Deutschen Heer, S.168. Stein sah ihn auch 20 Jahre nach Kriegsende politisch völlig unbelehrbar.

45) Hubertus Trauttenberg: „Die Rezeption des militärischen Widerstandes im Bundesheer der 2. Republik“, in „Tyrannenmord - Der 20. Juli 1944 und Österreich“, Begleitband zur Sonderausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum 2004.

46) Jakob Knab: „Zeitlose soldatische Tugenden - Bis heute ist es der Bundeswehr nicht gelungen sich aus den Fesseln einer fatalen Traditionspflege zu lösen“, in: Die Zeit Nr. 46 v. 10. November 2005.

47) Georg Meyer, Auswirkungen des 20. Juli auf das innere Gefüge der Wehrmacht bis Kriegsende und auf das soldatische Selbstverständnis im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages bis 1950/51. In: Ebd., S.319 f.

48) Auskunft HR Univ.Prof. Dr. Manfred Rauchensteiner an die Autoren.

49) Franz Kernic, Udo Rumerskirch, Wolfgang Schneider: „Die isolierte Armee, Kritische Bemerkungen zur Landesverteidigung; Signum Verlag, Wien 1990, S.24 ff.

50) Ebenda.

51) Aus der Stellungnahme von MR Dr. Peter Fiala an die Verfasser.

52) Bundesministerium für Landesverteidigung, Erlass Zl. 384100-Zentr./67 vom 25.11.1967.

53) Trauttenberg: S.83.

54) Marcel Stein, 330 ff.

55) Ebd. S.338 ff.

56) Aus der Stellungnahme von MR i.R. Dr. Peter Fiala an die Verfasser.

57) Mitteilung Bgdr i.R. Nikolaus Horvath an die Verfasser.

58) Gerhard Vogl: Gastkommentar in der „Presse“: „Spannocchi oder Wellington.“

59) Verna Moritz, Hannes Leidinger, Gerhard Jagschitz: „Im Zentrum der Macht. Die vielen Gesichter des Geheimdienstchefs Maximilian Ronge“, Residenz Verlag Salzburg, 2007.

60) Peter Broucek: Der österreichische Widerstand in Beispielen und Dokumenten, Begleitband zur Sonderausstellung des Heeresgeschichtlichen Museums „Tyrannenmord. Der 20. Juli 1944 und Österreich“, S.32 ff.

61) Persönliches Erlebnis von General Werner Vogl und Gerhard Vogl 1958 bei einem Auftritt von General Ringel in der Steiermark. Ringel war Führer der Gaugruppe Süd (Steiermark und Kärnten) des NSR im 1. Bundesheer.

62) Stefan Bader, „An höchster Stelle“ - Die Generale des Österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik, Band 3, Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres, 2004 BMfLV, S.366 ff.

63) Vgl. auch den Fall Scholik.

64) Stellungnahme MR i.R. Dr. Peter Fiala an die Verfasser. Danach befürworteten maßgebliche (konservative) Offiziere eine Stillhaltepolitik, weil sie auf die Weise hofften, die alte Tradition retten zu können.

65) Bundesministerium für Landesverteidigung, Erlass vom 17.7.1987, GZ. 32310/608-3.15/87. Zur Haltung Lichals: Stellungnahme General Raimund Schittenhelm, damals Kabinettschef von BM Lichal, vom 13.11. 2006 an die Verfasser.

66) Brief des Kommandanten der Landesverteidigungsakademie General Ernest König vom 14.5. 1997 an GM i.R. Otto Scholik, im Besitz von General i.R. Trauttenberg.

67) Kommentar im „Profil“ 44 v. 27. Oktober 2003: „Der verdrängte Widerstand.“

68) Veranstaltet vom Parlament, gemeinsam mit dem BMLV, der Politischen Akademie der ÖVP, dem Dr. Karl Renner-Institut, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und der katholischen Kirche.

69) Brief an General Trauttenberg.

70) Parlamentsenquete am 19.1.2005: „Widerstand in Österreich 1938-1945.“

Hubertus Trauttenberg

Geb. 1941; General i. R.; ausgemustert N 1964 zum PzB 14, 1969-72 6. Generalstabskurs, Referent BMfLV; 1975 Kdt PzB 14; 1978 Chef dStb MilKdo OÖ; 1979-1980 US-Generalstabskurs Fort Leavenworth; 1981-1987 karenziert; militärischer Berater VOEST-Alpine; 1987 Kdo LVak, danach Kdt 4. PzGrenBrig Ebelsberg; 1996-2001 Adjutant Bundespräsident Dr. Klestil; 2001-2002 Kommandant II. Korps Salzburg; 1995-2006 Obmann des Vereins des Lern- und Gedenkortes Schloss Hartheim; seit Sommer 2006 Kommandant des Malteser Hospitaldienstes.

Prof. CR i. R. Gerhard Vogl

Geb. 1941; ausgemustert N 1964 zur PzAA 4 nach Steyr, BtOfz und BtKdt 1/PzAA4, O3 GrpKdo III; 1969-1971 Teilnahme am 6. GenStabskurs; 1971 Übertritt in den ORF, Aktueller Dienst Hörfunk, Pers.Ref. CR Alfons Dalma; 1973-1981 Aktueller Dienst Fernsehen, Innenpolitik; 1981-1985 Bürochef GI Gerd Bacher; 1985-1992 HAL Berufsaus- und Fortbildung; 1992-1995 zentraler Chefredakteur in der Generalintendanz; 1995-2002 Sendungsverantwortlicher politische Diskussionssendungen: „Zur Sache“, „Pressestunde“, „Europastudio“ und „HELP-TV“; seit 2002 Gesellschafter ARS-Akademie f. Recht & Steuern.

Mach' er mir tüchtige Offiziere!

Überlegungen zur Anpassung der österreichischen Offiziersausbildung an die europäischen Vorgaben im Rahmen des Bologna-Modells

Jörg Aschenbrenner/Andreas Stupka

Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) befindet sich seit dem Ende des Kalten Krieges in einem Transformationsprozess: weg von einer reinen Ausbildungsarmee, die den großen, alles umfassenden und hoffentlich nie eintretenden „vaterländischen“ Verteidigungskrieg zur Grundlage hatte und dementsprechend auch mit oberster Priorität auf die Abwehr eines unmittelbaren Angriffes gegen das eigene Staatsgebiet ausgerichtet war. Dies verlangte die Aufstellung eines 300.000 Mann-Heeres und die solide Ausbildung von Soldaten und Offizieren in den für diesen Einsatzfall notwendigen Kampfformen. Mit dem De-facto-Wegfall dieses Bedrohungsszenarios verlagerte sich das Schwergewicht des militärischen Einsatzspektrums hin zu Streitkräften, die für

wie dies beispielsweise anhand des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes von Truppen an der Schengen-Außengrenze oder der Bewachung von evakuierten Ortschaften nach Umweltkatastrophen deutlich wird.

Das Aufgabenspektrum des Bundesheeres war de jure seit seiner Aufstellung im Jahre 1955 gem. § 2 des Wehrgesetzes breit gefächert vorgegeben,¹⁾ de facto hat es sich jedoch erst nach dem Kalten Krieg und dem Auftauchen der neuen Bedrohungsbilder so umfassend geöffnet. Für den Soldaten und v.a. für den Offizier der Zukunft genügt es nicht mehr, ausschließlich die klassische Gefechtsführung in allen Kampfformen zu beherrschen. Vielmehr muss der Offizier eine umfassende sicherheitspolitische Ausbildung, abgestimmt auf die strategischen

Zielsetzungen der Republik Österreich erhalten; interkulturelle Kompetenz ist ein Gebot der Stunde für alle Aufgaben im multinationalen Streitkräfte-Rahmen; die Erfüllung von Interoperabilitätskriterien und internationale Verpflichtungen im Rahmen von EU und NATO (Stichworte: *Helsinki Headline Goal* oder STANAG) erfordern eine Umgestaltung der Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsstruktur.

Die immer stärker werdende Vernetzung mit dem zivilen Bereich und die Internationalisierung der Streitkräfte verlangen auch eine Anpassung der Ausbildungskriterien und eine neue Positionierung des Offiziers im staatlichen und internationalen Bildungsspektrum. Eine wesentliche Vorgabe hinsichtlich der vereinheitlichten akademischen Ausbildung in Europa bildet dabei das Bologna-Modell, wonach der Studierende in einem ersten Ansatz ein Bakkalaureatsstudium (*undergraduate*) absolviert. Dieses umfasst eine grundlegende wissenschaftliche Ausbildung und führt zu einer allgemeinen Berufsbefähigung auf akademischem Qualitätsniveau. Die zweite Stufe bildet das darauf aufbauende Magisterstudium (*graduate*), das entweder eine wissenschaftliche, theorieorientierte,

an die Forschung heranführende Ausbildung eröffnen soll oder sich unmittelbar berufsorientiert darbietet. Auf der dritten Stufe soll dann das Doktoratsstudium (Ph.D.) absolviert werden, das zur akademischen Lehre im jeweiligen Wissenschaftsfeld berechtigt.

Von der Umstellung auf dieses einheitliche Modell werden mittelfristig alle akademischen Einrichtungen wie Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen betroffen sein. Für das Bundesheer bedeutet dies eine Anpassung des bisherigen Fachhochschul-Diplomstudienganges an der Theresianischen Militärakademie sowie aller Lehrgänge an der Landesverteidigungsakademie: Der Magister der Fachhochschule/Mag(FH),



Mit dem Bologna-Modell soll ein einheitlicher europäischer Hochschulraum geschaffen werden. Die Studiengänge sollen damit europaweit vergleichbar werden. Auch die Bildungslandschaft des Österreichischen Bundesheeres soll diesem Modell angepasst werden.

Friedensoperationen verfügbar gemacht werden können. Waren die Truppen damals in der Regel in nationalen Verbänden zusammengefasst, werden österreichische Soldaten nun in internationale Stäbe entsandt und die Verbände teilweise bis auf die Einheitsebene hinunter vermischt. Der bislang auf einem unteren Stellenwert gereichte Auslandseinsatz im Rahmen der UNO und die hinzugekommenen Einsätze der EU sowie mit der NATO haben mittlerweile höchste Priorität erhalten. Zusätzlich erhöhen sich im Rahmen der Heimatverteidigung Verfahren und Einsätze gegen subkonventionelle und terroristische Bedrohungen bzw. greift das aufgabenbezogene Einsatzspektrum von Militär und Exekutive im Inland zunehmend ineinander,

der Magister aus dem individuellen Diplomstudiengang „Landesverteidigung/Höhere Führung“ (Generalstabslehrgang) und zahlreiche andere Abschlüsse werden über kurz oder lang der Vergangenheit angehören bzw. in das neue System einfließen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein Modell für die künftige österreichische Offiziersausbildung zur Diskussion zu stellen, das die neuen Herausforderungen des Einsatzes im Rahmen multinationaler Streitkräfte mit erster Priorität berücksichtigt und auf das europaweit in Einführung begriffene akademische Bildungsspektrum abgestimmt ist. In erster Linie soll auf die Ausbildung des Berufsoffiziers eingegangen werden, da dieser vornehmlich mit den neuen Herausforderungen im Rahmen von Einsätzen konfrontiert werden wird. Das will jedoch nicht bedeuten, dass die Heranbildung von Milizoffizieren weniger wichtig wäre, denn gerade sie sind es, die v.a. im Rahmen der Heimatverteidigung das Rückgrat eines flächendeckenden Einsatzes bilden und auch bei Auslandseinsätzen, insbesondere in Spezialfunktionen, wesentlich zu deren Gelingen beitragen. Ihre Ausbildung soll daher in einer besonderen Abhandlung dargelegt werden.



Entsprechend des neuen Modells teilt sich das Studium in drei Stufen auf; das Bakkalaureatsstudium im Rahmen des FH-StG „Militärische Führung“, das sechs Semester dauert (180 ECTS-Punkte) und gegebenenfalls das Magisterstudium, das drei Semester dauert (90 ECTS-Punkte). Studienort wäre die Theresianische Militärakademie. ...

Vermerkt werden soll an dieser Stelle auch, dass die Berufsausbildung der Soldaten zu Offizieren des Truppendienstes und des höheren Dienstes²⁾ im Rahmen des Dienstverhältnisses zu geschehen hat. Der Grund liegt in der spezialisierten Ausbildung und des für Soldaten im Rahmen des staatlichen Gefüges nur einmalig - eben in den Streitkräften - vorhandenen Arbeitsplatzangebotes, wonach es sinnvoll erscheint, die benötigte Anzahl der Studierenden (inkl. „Ausscheiderreserve“) mittels Auswahlverfahren im Vorhinein zu bestimmen, um danach zielgerichtet die freien Arbeitsplätze im System Streitkräfte besetzen zu können.

Für den Studierenden selbst ergibt sich daraus der große Vorteil - im Gegensatz zu den meisten anderen Studienrichtungen -, seine Ausbildung finanziert zu bekommen. Da jedoch die Absolventen der militärwissenschaftlichen Studien in der Regel

zeit ihres Berufslebens im System Streitkräfte verbleiben, ist die entsprechende Nutzungsdauer gewährleistet, die eine solche Verfahrensweise rechtfertigt.

Voraussetzung für die in weiterer Folge beschriebenen neu zu etablierenden Ausbildungsgänge ist die Einpassung der bisherigen Akademiestruktur in das zivile Bildungssystem. Die Theresianische Militärakademie mit ihrem Fachhochschul-Diplomstudiengang „Militärische Führung“ wäre in eine eigenständige Fachhochschule umzuwandeln. Die Offiziersgrundausbildung sollte auf einer Schiene über den weiter unten beschriebenen Fachhochschul-Studiengang (FH-StG) „Militärische Führung“ zu erfolgen. Auf einer zweiten Schiene sollte ein „zielgruppenspezifischer FH-StG für Fachoffiziere“ eingerichtet werden. Dieser Studiengang böte eine Aufstiegsmöglichkeit für Fachunteroffiziere, die an der Fachakademie „Heeresunteroffiziersakademie“ die Berufsreifeprüfung abgelegt haben. An der Militärakademie sollte zudem ein Magisterstudium angeboten werden. Sämtliche Ausbildungen bis zum Bataillonskommandanten fänden daher an der Theresianischen Militärakademie statt.

Die Landesverteidigungsakademie als höchste Bildungsstätte des Bundesheeres wäre zu diesem Zweck der Einbettung der Offiziersausbildung in die europäische Bildungslandschaft als „Militäruniversität“ zu etablieren. Ihr käme dann die Aufgabe zu, militärwissenschaftliche Grundlagenforschung und angewandte Forschung für diesen Bereich zu betreiben sowie im Sinne der Verschränkung von Forschung und Lehre entsprechende Lehrinhalte, postgraduale Lehrgänge und ein einschlägiges Doktoratsstudium anzubieten. Alle Ausbildungen auf höherer taktischer (großer Verband), operativer und militärstrategischer Ebene sowie die militärspezifische Ausbildung für Offiziere des höheren Dienstes erfolgten damit an der Militäruniversität Landesverteidigungsakademie.

Der Berufsoffiziersanwärter

Der Offiziersanwärter bzw. spätere Offizier unterliegt während seiner Berufslaufbahn einer Reihe von Auswahltestungen für bestimmte Funktionen und Aufgaben. Dies ist auch zwingend notwendig, um die entsprechende Eignung für die Aufgabenvielfalt innerhalb des Systems Militär feststellen bzw. die geeigneten Personen für bestimmte Funktionen herausfiltern zu können. Entscheidend allerdings ist die erste Gruppe der Auswahltestungen bis zum Eintritt in die Militärakademie, da hier bestimmt wird, ob der Soldat überhaupt als Offizier geeignet ist oder nicht. Für diese grundsätzliche Auswahl von Offiziersanwärtern sind spezielle gesundheitliche, wissenschaftliche und charakterliche Kriterien definiert, von denen auch bei Nichterreichung des vorgesehenen Mengengerüsts nicht abgewichen werden darf!

Sind also anstatt der geplanten 100 Militärakademiker nur 35 Personen gemäß den Richtlinien für die Aufnahme als Offizier geeignet, so wären vor einer Herabsetzung der Anforderungen das Anwerbeverfahren sowie die Attraktivität der Berufsmöglichkeit im Vergleich mit anderen akademischen Ausbildungen zu überprüfen. Personalengpässe sind daher zu Gunsten der Qualitätssicherung in Kauf zu nehmen, denn ein Einhalten der Soll-Zahlen durch Aufgabe von Qualitätsnormen schadet dem System langfristig.

Vergleicht man dazu die Eintrittszahlen von Einjährig-Freiwilligen (EF)³⁾ der letzten zehn Jahre, zeigt sich ein alarmierender Trend. Waren es Mitte der 90er-Jahre noch etwa 1.000 EF, aus denen letztlich rund 80 Berufsoffiziere ausgewählt werden konnten, sind es heute nur mehr rund 300, aus denen dieselbe Anzahl an Berufsoffizieren hervorgeht. Dies zeigt, dass die Attraktivität der Milizoffizierslaufbahn deutlich gesunken ist. Dadurch leidet - neben anderen Nachteilen - auch die Rekrutierungsbasis für den Offiziersnachwuchs an der Theresianischen Militärakademie.

Der Offiziersanwärter rückt demnach wie bisher als Einjährig-Freiwilliger zu einer speziellen Ausbildungskompanie ein und erfährt dort während dieser zwölf Monate eine auf die neuen Bedrohungen vornehmlich abgestimmte Gefechtsausbildung. Dies unterscheidet ihn zunächst vom Unteroffiziersanwärter, der, sobald er sich für einen Verbleib in den Streitkräften entschließt, in die so genannten KIOP-Einheiten⁴⁾ eingegliedert wird. Dies bedeutet, dass der angehende Unteroffizier durch diese Maßnahme sehr frühzeitig die Gelegenheit bekommt, Einsatzerfahrung zu sammeln. Der Offiziersanwärter hingegen absolviert im jetzigen System während der EF-Ausbildung die Aufnahmeprüfung an die Militärakademie und bekommt bei erfolgreichem Bestehen einen Studienplatz für das laufende Jahr zugewiesen. Er tritt also bei Bestlaufbahn in die Offiziersausbildung ein - ohne Einsatzerfahrung gesammelt zu haben. Dies erscheint gerade für die heutigen Herausforderungen an die Streitkräfte nicht mehr zeitgemäß zu sein.

Um zu vermeiden, dass der junge Offizier nach seiner Ausmusterung aus der Militärakademie ohne Einsatzerfahrung in den Dienstbetrieb auf unterer Führungsebene einsteigt, wäre daher für den Berufsoffiziersanwärter nach dem EF-Jahr die Versetzung in eine KIOP-Einheit vorzusehen. Das heißt, er würde also das EF-Jahr und die Aufnahmeprüfung in die Militärakademie wie gehabt absolvieren, aber danach mit dem Dienstgrad Wachtmeister für die Dauer eines Jahres in einer KIOP-Einheit Dienst leisten, wo er als Gruppenkommandant oder Stellvertreter verpflichtend einen sechsmonatigen Auslandseinsatz zu absolvieren hätte.

Mit dieser Maßnahme erscheint gewährleistet, dass Offiziere und Unteroffiziere beim Dienstantritt in ihrer Funktion gleichermaßen über ein gewisses Maß an Einsatzerfahrung verfügen. Nach dieser etwa zweijährigen Vorbereitungsphase tritt der Offiziersanwärter seine Ausbildung an der Militärakademie im Rahmen des FH-StG „Militärische Führung“ an.

Das System Bundesheer gewinnt durch diese Maßnahme einerseits hoch qualifizierte Gruppenkommandanten für PSO-Einsätze⁵⁾ und andererseits Ausbilder mit Einsatzerfahrung für die KIOP-Einheiten. Der Offiziersanwärter selbst hat damit in einem frühen Ausbildungsstadium eine besondere Überprüfungsmöglichkeit, ob die tatsächlichen Anforderungen an den Soldaten seinem Berufswunsch entsprechen. Darüber hinaus hat er für den Fall des positiven Abschlusses der Offiziersausbildung bereits ein wesentliches Definitivstellungserfordernis erbracht.

Der Militärakademiker und junge Berufsoffizier

Die Offiziersgrundausbildung an der Theresianischen Militärakademie wird derzeit als Fachhochschul-Diplomstudiengang geführt. Diese theoretische und praktische Ausbildung im akademischen Bereich der Militärwissenschaften wäre dahingehend

auf das neue dreistufige Bildungsmodell anzupassen, dass der Militärakademiker nach drei Jahren mit dem ersten Teil des Studiums der Militärwissenschaften abschließen kann. Mit dem Bakkalaureat erwirbt der Offizier 180 ECTS-Punkte.⁶⁾

Der junge Offizier würde dann etwa im Alter von 23 Lebensjahren mit dem erworbenen Bakkalaureat (Bakk. mil.)⁷⁾ und einer grundsätzlichen Einsatzerfahrung der Truppe zugeführt, um dort im ersten Ansatz als Zugkommandant oder in einer gleichartigen Verwendung zu dienen. Nach einjähriger Verwendung als Zugkommandant wäre dann die Wartezeit zur Definitivstellung erfüllt und der bislang zeitverpflichtete Offizier (Verwendungsgruppe MZO2) könnte als Berufsoffizier (Verwendungsgruppe MBO2) in den Truppendienst übernommen werden. Die Definitivstellung stellt neben dem Erwerb eines akademischen Grades nach wie vor eine wesentliche Motivation zur Ergreifung des Offiziersberufes dar: Wie bereits eingangs erwähnt, ist das Bundesheer für den Großteil seiner Offiziere der einzige mögliche Arbeitgeber. Die Definitivstellung als Staatsbediensteter ist daher ein bewährtes Mittel, um junge Menschen zu motivieren, diesen anspruchsvollen, mitunter sehr gefährlichen, lernintensiven und verantwortungsvollen Beruf zu ergreifen.



BUNDESHEER/LVA/MEDIENSTELLE/A. ERB

... An der Landesverteidigungsakademie würde dann die dritte Stufe die höhere Offiziersausbildung (z.B. der Generalstabslehrgang mit integriertem Doktoratsstudium) und der Strategische Führungslehrgang stattfinden. Mit dem Stabslehrgang 2 würde auch die höchste Ausbildung für MBO2-Offiziere in Wien angesiedelt bleiben.

Im internationalen Vergleich mag die Ausbildungszeit von insgesamt rund fünf Jahren als sehr lange anmuten, allerdings relativiert sich die Zeitspanne, wenn dem eine Nutzungsdauer des Berufsoffiziers bis zu seiner Pensionierung (derzeit 65. Lebensjahr)

zugrunde gelegt wird. Die dahinter liegende Philosophie ergibt sich aus zwei Parametern: Erstens werden mit der Auswahl der Berufsoffiziersanwärter die am besten Geeigneten abgeschöpft und in weiterer Folge solide für ihre späteren Aufgaben als Berufsoffizier so umfassend vorbereitet, dass sie im gesamten Bundesheer flexibel eingesetzt werden können. Zweitens erfährt der junge Offizier mit dieser Ausbildung eine Positionierung in der akademischen Bildungslandschaft und Berufswelt, die ihn im Hinblick auf die immer enger werdende Vernetzung mit zivilen Institutionen oder ausländischen Militärdienststellen eindeutig als Führungskraft der mittleren Ebene definiert. Der Berufsoffizier ist also auf dieser Ebene der umfassend ausgebildete „Allrounder“, dem Führungsverantwortung im gesamten Aufgabenspektrum übertragen werden kann. Eine Spezialisierung dieser Führungskraft soll erst auf höheren Ebenen der Berufslaufbahn erfolgen.⁸⁾

Exkurs 1: Der zeitverpflichtete (Miliz-)Offizier

Alle auf dieser Ebene hinsichtlich ihrer Quantität darüber hinaus vorhandenen Arbeitsplätze und Spezialfunktionen, die durch diese Personengruppe nicht besetzt werden können, wären durch zielgerichtet auf eine spezielle Funktion hin ausgebildete zeitverpflichtete Offiziere abzudecken. Diese Offiziere würden nach der EF-Ausbildung zunächst als Unteroffiziere in einem bestimmten Verband heranwachsen und nach einem Zeitraum von etwa vier Jahren eine Offiziersfunktion in einem anderen Verband übernehmen. Allerdings wäre auch bei diesen Offizieren vorzusehen, dass sie sich während ihrer Verwendung als Unteroffizier eine entsprechende Einsatzerfahrung erwerben.

Ein Anreiz, sich für eine Laufbahn als Zeittoffizier zu interessieren, könnte z.B. die Möglichkeit eines anschließenden Magisterstudiums sein. Dieses Studium wird im Rahmen einer vertraglich garantierten fünfjährigen Berufsweiterbildung durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) finanziert. Absolventen eines facheinschlägigen Magisters tudiums (Technik, Medizin, etc.) eröffnet sich damit nach Maßgabe freier Arbeitsplätze die Möglichkeit, als Offizier des höheren Dienstes (Verwendungsgruppe MBO1) wieder in die Streitkräfte einzutreten.

Dies würde für das ÖBH nicht nur eine etwa zehnjährige Nutzungszeit als Zeitsoldat im Truppendienst bzw. militärisch qualifizierten Nachwuchs im höheren Dienst bringen, sondern auch bestens ausgebildete Milizoffiziere, die im mittleren und oberen Management in Wirtschaft und Verwaltung wehrpolitisch positiv wirksam werden können.

Exkurs 2: Über die Besoldung der Berufsoffiziere

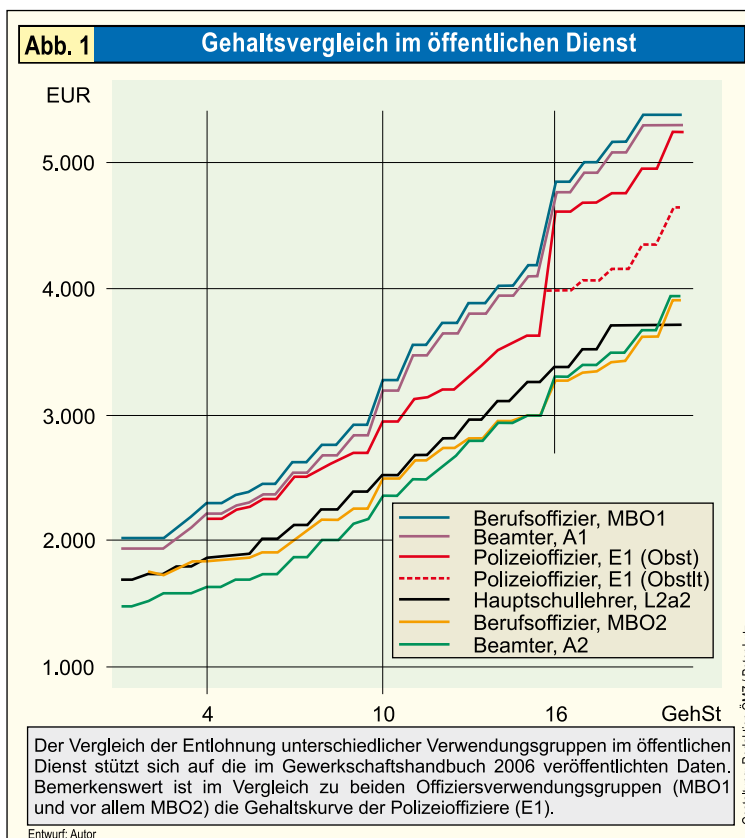
An dieser Stelle muss auch vermerkt werden, dass der Berufsoffizier nach seiner Ausbildung an der Militärakademie im Vergleich mit einem zivilen Verwaltungsbeamten signifikant besser ausgebildet ist (das allgemeine Einstiegs-kriterium für den Staatsdienst auf gehobener Ebene und damit sowohl für den Offizier als auch den Verwaltungs-beamten ist die Matura/Abitur), auch wenn dieser Beamte eine zusätzliche Ausbildung und Verwaltungsdienstprüfung für den gehobenen Dienst (Verwendungsgruppe A2) abgelegt hat. Dem wäre daher durch eine merklich höhere Besoldung im Vergleich zum zivilen Verwaltungsbeamten zu entsprechen. Dies hätte zusätzlich den positiven Effekt der Attraktivitätssteigerung des Offiziersberufes v.a. auch

im Hinblick auf die neuen Einsatzszenarien außerhalb des Bundesgebietes.

Derzeit ist der Berufsoffizier hinsichtlich seiner durchschnittlichen Besoldung ähnlich dem zivilen Verwaltungsbeamten eingestuft, Polizeioffiziere verdienen wesentlich besser (siehe untenstehende Grafik); lediglich im Auslandseinsatz erfolgt eine weit höhere Besoldung für den Berufsoffizier. Diese Form des Gehaltssystems war während der Zeit der ausschließlichen Heimatverteidigung im Kalten Krieg angemessen, da die Berufssoldaten als Ausbildungskader ähnlich einstuftbare Funktionen wie Beamte der Zivilverwaltung wahrgenommen haben. Der Auslandseinsatz galt damals als eine Sonderaufgabe auf freiwilliger Basis und hatte daher eine gesonderte Besoldung zur Folge.

Heute jedoch sollte der Soldat im Rahmen des internationalen Gefüges für PSO-Einsätze jederzeit zur Verfügung stehen bzw. bereit sein, jederzeit in den Auslandseinsatz zu gehen.⁹⁾ Dies könnte noch durch den Umstand verschärft werden, dass das Freiwilligkeitsprinzip für Auslandseinsätze immer mehr zurückgedrängt wird bzw. letztlich ganz fällt.¹⁰⁾ Die derzeitigen Vertragsverpflichtungen in den KIOP-Einheiten weisen bereits in diese Richtung. In Anbetracht der momentanen sicherheitspolitischen Entwicklung folgt dies auch einer notwendigen Logik, da Friedenseinsätze ansonsten nicht durchführbar wären und ohne eine grundsätzliche jederzeitige Bereitschaft für Auslandseinsätze sich das internationale Engagement der Republik Österreich auch kaum aufrechterhalten ließe. Als Hinweis auf einen Personalmangel bei Auslandseinsätzen kann überdies die seit Kurzem gefallene Altersgrenze des 50. Lebensjahres¹¹⁾ gedeutet werden.

Galt also bisher das Prinzip der Auswahl von Soldaten für die Heimatverteidigung mit freiwilliger Option für Auslandseinsätze, so verschiebt sich dieser Grundsatz immer mehr hin zu einer Priorität für Auslandseinsätze. Damit sich also jemand für einen solchen Dienst von vornherein bereit erklärt, muss dieser hinsichtlich seiner



Parameter entsprechend attraktiv gestaltet sein. Die Besoldung ist in diesem Zusammenhang zwar nicht der alleinig ausschlaggebende, aber doch ein sehr wesentlicher Faktor, der dem Vergleich mit anderen Risikoberufsgruppen (z.B. Polizei) standhalten können muss. Die Argumentation, dass der Soldat im Auslandseinsatz ohnehin besser bezahlt würde, ist so unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht mehr gültig, da - wie bereits erwähnt - jemand von vornherein bereit sein muss, dieses Risiko auf sich zu nehmen und dafür auch von vornherein entsprechend entlohnt werden will.

Den in den letzten Jahren stark gestiegenen Anforderungen an den Offiziersberuf stehen seitens des Dienstgebers keine adäquaten finanziellen Abgeltungen gegenüber. Wie bereits oben aufgezeigt, schwindet das Interesse am Offiziersberuf nicht zuletzt wegen der zu geringen Entlohnung. Um zu gewährleisten, dass in Zukunft der Offiziersberuf eine attraktive Alternative auf dem Arbeitsmarkt darstellt, ist das Besoldungsschema der Verwendungsgruppe MBO2 zumindest an jenes der Polizeioffiziere (Verwendungsgruppe E1) anzupassen. Im Zuge dieses Anpassungsprozesses wären auch die Laufbahnen und Besoldungsschemata der anderen Verwendungsgruppen (MBO1 und Unteroffiziere) zu überdenken und eventuell in einem neu zu schaffenden Militärdienstrecht zu fassen.

Die Fort- und Weiterbildung des Berufsoffiziers

Die Masse der Berufsoffiziere wird während der ersten Hälfte ihrer Lebenslaufbahn, also etwa 20 Jahre oder - anders ausgedrückt - bis etwa zum 45. Lebensjahr im Truppendienst verwendet. In der zweiten Hälfte seines Berufslebens versieht der Offizier dann seinen Dienst in höheren Kommanden, der Zentralstelle¹²⁾ oder im Bereich der Militärverwaltung. Die Spezialisierung des Berufsoffiziers setzt in der Regel drei bis fünf Jahre nach der Ausmusterung aus der Militärakademie ein, wobei das Ziel darin liegt, Führungsfunktionen für die oberen und obersten militärischen Führungsebenen und Spezialfunktionen des höheren Dienstes auszuwählen bzw. eine Spezialisierung im Bereich des Truppendienstes herbeizuführen.

Für die jungen Offiziere wäre daher nach der Ausmusterung aus der Militärakademie eine verpflichtende Truppenverwendung in der Dauer von zwei Jahren inklusive eines sechsmonatigen Auslandseinsatzes vorzusehen, bevor die Spezialisierung einsetzen kann. Die Einstiegsausbildung für alle höheren Verwendungen über die eines Zugkommandanten oder Ausbildungsoffiziers / Kompanie hinaus bildet der bisherige Führungslehrgang 1, nunmehr als Führungslehrgang „Einheit“ (FüLG E) bezeichnet,¹³⁾ womit bereits eine erste Auffächerung in Kommandanten- und Stabsfunktionen erfolgt.

Getragen von der Intention, das Laufbahnbild des Offiziers den in der akademischen Bildungslandschaft üblichen Ausbildungsgängen und anerkannten Studienabschlüssen anzupassen, würde mit der beginnenden Fort- und Weiterbildung des Berufsoffiziers hier ein erster Schritt gesetzt und der FüLG E als erster Abschnitt des Magisterstudiums an der Theresianischen Militärakademie geführt. Mit diesem Abschluss würde der Offizier weitere 30 ECTS-Punkte erwerben.

Nach einer etwa acht- bis zehnjährigen Gesamtdienstzeit im Bundesdienst würde der Berufsoffizier einer Auswahltestung für den höheren Dienst unterzogen, die dem derzeitigen Aus-

wahlverfahren für den Generalstabsdienst gleichkäme. Daran sollte sich grundsätzlich auch nichts ändern, und die Generalstabsoffiziere sollten weiterhin wie bisher ausgebildet werden. Die Einpassung in das neue akademische Bildungsmodell wird weiter unten beschrieben.

Gleichzeitig würde mit dieser Auswahl jedoch in Hinkunft festgelegt, welche weiteren Positionen des höheren Dienstes bzw. welche Führungsfunktionen des höheren Truppendienstes mit welchen Berufsoffizieren besetzt werden sollen. Die bisherige Lösung, dass Truppenoffiziere mehr oder weniger nach Belieben nebenberuflich ein Studium absolvieren und sich dann um einen Offiziersarbeitsplatz im höheren Dienst bewerben können, erscheint unbefriedigend und wenig zielgerichtet. Zudem erscheint es sinnvoll, auch zukünftige Kommandanten der kleinen Verbände mittels dieses Verfahrens auszuwählen: Diese sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, zielgerichtet, nach ihrer Verwendung als Kompaniekommandant, die Funktionen des S3 oder S4 im Bataillonsstab zu bekleiden, bevor sie zum Bataillonskommandanten bestellt werden. Diese Form der Weiterbildung soll ebenfalls weiter unten skizziert werden. Zunächst allerdings geht es um die Truppenoffiziere, die, wie bereits erwähnt, die größte Personengruppe unter den Berufsoffizieren bilden.

Die Laufbahn des Truppenoffiziers

Nach Absolvierung des FüLG E dient der Berufsoffizier in der Regel als Einheitskommandant oder in einer gleichwertigen Verwendung, um nach drei bis fünf Jahren zum Leiter eines Führungsgrundgebietes in den Bataillons- oder Regimentsstab aufzurücken. Zur Erlangung dieser Funktion ist ein weiterer Ausbildungsgang, nämlich der Stabslehrgang 1 (StbLG 1) in der Dauer von acht Wochen vorgesehen. Die Nutzungsphase in einer derartigen Funktion beträgt etwa sechs bis acht Jahre.

Bild nur im
Heft verfügbar

Nach der Ausmusterung wäre eine zumindest zweijährige Truppenverwendung inklusive eines sechsmonatigen Auslandseinsatzes (hier Vorbereitung in Götzendorf) vorzusehen, danach wäre der junge Offizier einer Spezialausbildung zuzuführen.

Rückt der bereits erfahrene Truppenoffizier in die Ebene des großen Verbandes als Stabsmitglied auf, so hat er eine weitere Ausbildung, und zwar den Stabslehrgang 2 (StbLG 2), in der Dauer von 12 Wochen zu absolvieren. Die Nutzungsdauer auf der Ebene des großen Verbandes oder einer gleichwertigen Organisationseinrichtung beträgt auch hier sechs bis acht Jahre. Mit dieser Führungs- und Stabsausbildung ist der Berufsoffizier

für die erste Hälfte seiner Berufslaufbahn ausreichend gerüstet, um die an ihn herangetragenen Aufgaben auf der Arbeitsebene des Truppendienstes auf höheren Ebenen zu bewältigen. Zudem ist mit dieser Laufbahnausbildung auch die Verwendung im Bereich des militärischen Dienstbetriebes außerhalb der Einsatzorganisation (Militärverwaltung, Akademien, Schulen usw.) in der zweiten Hälfte des Berufslebens hervorragend aufbereitet. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben müssten dann weitere Ausbildungen an zivilen oder militärischen Bildungsstätten im In- und Ausland wie z.B. an NATO-Bildungseinrichtungen angeboten werden, die sich allerdings nicht mehr in ein einheitliches Laufbahnschema einfügen lassen und daher hier auch nicht dargestellt werden (Weiterbildung).



Nach absolviertem FÜLG E wäre eine Auswahltestung für den höheren Dienst durchzuführen. Die besten der Testung sind danach der Generalstabsausbildung zuzuführen, ein weiterer Teil würde sich im Rahmen des Magisterstudiums für eine spätere Verwendung als Bataillonskommandant qualifizieren.

Der Großteil der an der Militärakademie herangebildeten Offiziere wird diese Laufbahn vom Kommandanten auf unterer Ebene hin zum Fachoffizier bzw. Spezialisten im Stab eines höheren Kommandos oder in der Militärverwaltung beschreiten. Die allgemeine militärische Ausbildung zielt dabei auf eine permanente Wissensaufrischung bzw. -anpassung im Sinne des „lebenslangen Lernens“ ab, die durch Sonder- und Spezialausbildungen ergänzt wird. Allerdings gilt es auch hier, eine verstärkte Flexibilität des Offiziers hinsichtlich seines Arbeitsplatzes einzufordern, um die entsprechenden Arbeitsplätze mit den dafür am besten qualifizierten Personen besetzen zu können. Es muss daher v.a. hinsichtlich der Erfordernisse im Zuge der Verkleinerung und Anpassung der Streitkräfte an die neuen Gegebenheiten angestrebt werden, dass der Offizier während seines Berufslebens im gesamten Bundesgebiet versetzbar bleibt.

Für eine Offiziersfamilie ist dieses Ansinnen jedoch nur in Ausnahmefällen wirtschaftlich bewältigbar, da das Einkommen des Offiziers eine derartige Flexibilität nicht zulässt - es ist eben angepasst auf den zivilen Beamten im gehobenen Verwaltungsdienst oder den Lehrer, der trotz der üblichen Gehaltsvorrückungen Zeit seines Berufslebens in derselben Region bzw. im selben Bezirk verbleibt. Auch aus diesem Grund ist hier an der

Gehaltsschraube zu drehen sowie die Bereitschaft zur Mobilität von vorne herein attraktiv zu gestalten, wie beispielsweise durch Schaffung von entsprechenden, aber günstigen Wohnmöglichkeiten in den jeweiligen Garnisonen, Umzugshilfen usw.

Der „Fachoffizier“

Einen Sonderfall in der Gruppe der Truppenoffiziere bildet der neu einzurichtende Fachoffizier, bei dem es sich um einen ehemaligen, lang gedienten und erfahrenen Unteroffizier handelt, dem die Möglichkeit angeboten werden soll, in seiner Fachfunktion in die Offiziersränge aufzusteigen. Laufbahnen dieser Art sind in vielen westeuropäischen Armeen üblich und daher im internationalen Vergleich durchaus anerkannt. Diese Maßnahme erscheint

v.a. deswegen gerechtfertigt, weil es einerseits für Fachfunktionen wie Wirtschaftsoffizier oder Nachschuboffizier usw. vorteilhaft erscheint, Soldaten mit langjähriger, auf unterer Ebene gesammelter Berufspraxis und einschlägiger Einsatzerfahrung den Aufstieg in Funktionen des gehobenen Dienstes zu ermöglichen und andererseits damit jenen talentierten und interessierten Unteroffizieren innerhalb der Berufslaufbahn auch im mittleren Berufslebensabschnitt noch Perspektiven angeboten werden können. Ein weiterer Vorteil aus dieser Variante ergibt sich für die Offiziersgrundausbildung an der Militärakademie, wo die Heranbildung solcher Fachfunktionen im ersten Ansatz (Bakkalaureatsstudium) nicht berücksichtigt werden muss.

Nach etwa 20 Dienstjahren (also etwa mit 40 Lebensjahren) in der Funktion als Unteroffizier sollte für Fachkräfte die Möglichkeit bestehen, sich in ihrem speziellen Fachgebiet um einen Offiziersarbeitsplatz zu bewerben. Nach einer Auswahl geeigneter Kandidaten sollten diese zu einer zweijährigen Ausbildung an der Militärakademie zusammengefasst werden. Diese Schulung im Rahmen eines „zielgruppenspezifischen

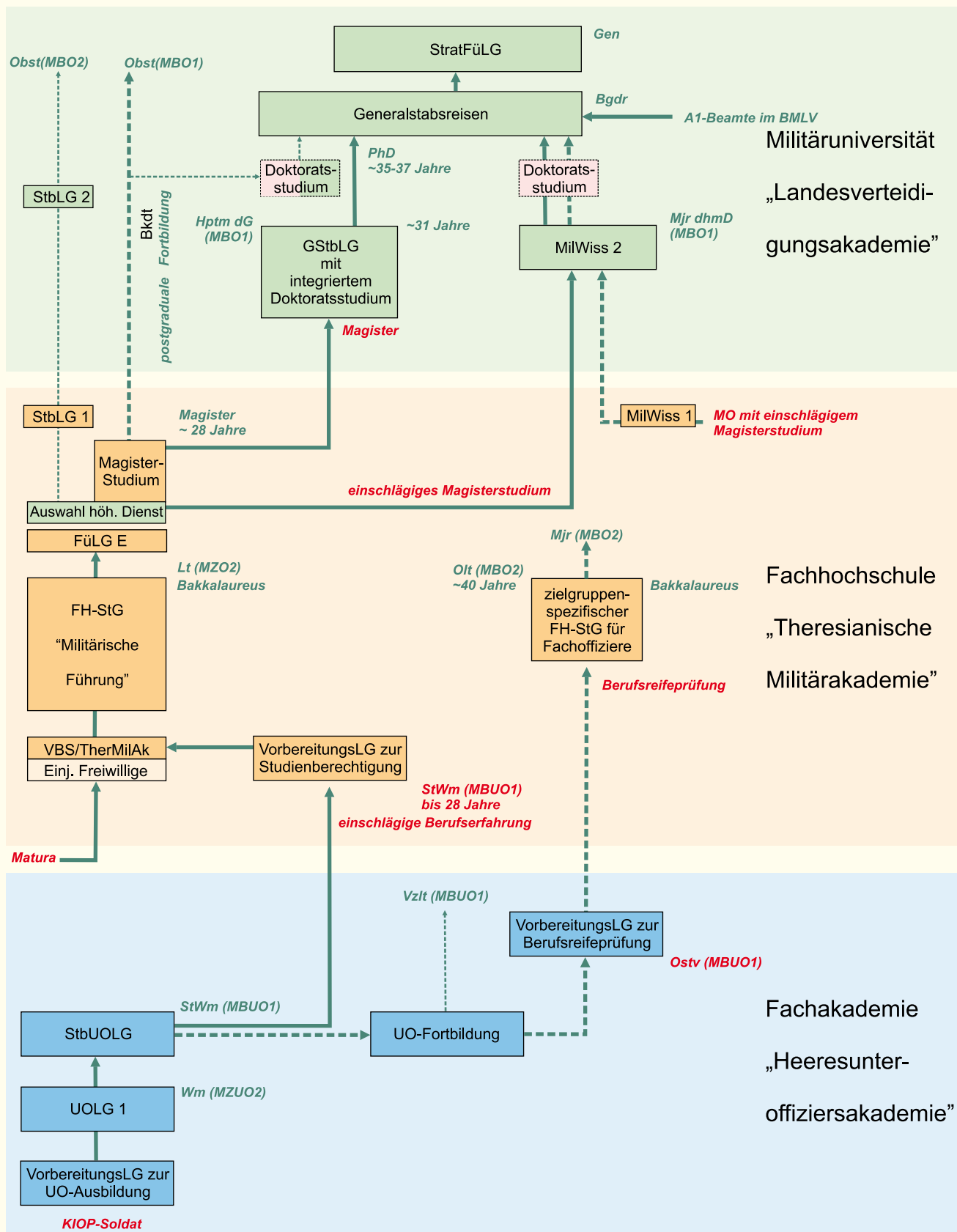
Fachhochschul-Studienganges“ hätte sich an den allgemeinen Anforderungen des Truppenoffiziers zu orientieren. Nach diesem Lehrgang würden die Offiziersschüler mit dem Dienstgrad „Oberleutnant“ versehen und auf entsprechende Fachoffiziersarbeitsplätze in der Ebene kleiner Verband versetzt.

Die Nutzungsphase in einer derartigen Verwendung würde fünf bis acht Jahre betragen, danach würden auch die Fachoffiziere für Verwendungen, beispielsweise als Referenten, in höheren Stäben oder der Militärverwaltung vorgesehen. Auf diesen speziellen Fachoffiziersarbeitsplätzen führten sie die Dienstgrade „Hauptmann“ und „Major“; ein Aufstieg in Kommandanten- oder Leitungsfunktionen im Truppendienst oder weiterführende Laufbahnkurse wäre für diese Personengruppe nicht vorgesehen.

Die Kommandanten auf Ebene kleiner Verband („Kommandantenlaufbahn“)

Die für Kommandantenfunktionen ausgewählten Truppenoffiziere würden nun zusammen mit den für den Generalstabsdienst vorgesehenen Offizieren zu dem auf das Bakkalaureat aufbauenden Magisterstudium an der Theresianischen Militärakademie zugelassen. Unter Anrechnung der im FÜLG E

BUNDESHEER/HBF

Abb. 2

Ausbildungen in blau finden an der HUAk, jene in orange an der TherMilAk und jene in grün an der LVAk statt. Die Pfeile in grün symbolisieren die Durchlässigkeit dieses Bildungssystems, wobei durch Linienart und -stärke das Ausmaß der Durchlässigkeit dargestellt wird. In roter Schrift sind jeweils die Einstiegsvoraussetzungen zu den entsprechenden Bildungsgängen angegeben.

Doktorats-
studium

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

erworbenen ECTS-Punkte würden diese Offiziere das dreisemestrige Magisterstudium (90 ECTS-Punkte) mit dem akademischen Grad „Magister der militärischen Führung“ (Mag. mil.) abschließen.

Dieser Studienabschluss würde die bisherige Ausbildung zum Kommandanten eines kleinen Verbandes im Rahmen des FÜLG 2 bzw. den ersten Teil der bisherigen Generalstabsausbildung ersetzen. Während die für den Generalstabslehrgang ausgewählten Teilnehmer nun ihr Doktoratsstudium aufnehmen, würden die künftigen Truppenkommandanten als Leiter der Führungsgrundgebiete 3 und 4 zu den kleinen Verbänden versetzt. Dieses Verfahren würde sicherstellen, dass die für die kleinen Verbände vorgesehenen Kommandanten zielgerichtet über die Schlüsselfunktionen der Stabsebene auf ihre zukünftige Aufgabe vorbereitet werden. Die Bestattungsdauer für diese Verwendung sollte fünf Jahre betragen. Begleitend würden an der Landesverteidigungsakademie postgraduale Fortbildungsseminare aus Sicherheitspolitik, Wehrpolitik, Taktik etc. angeboten, aus denen eine festzulegende Anzahl im Sinne von Wahlpflichtfächern zu absolvieren wäre.



Im Unterschied zu den sonstigen Offizieren des höheren Dienstes müssen sich die Generalstabsoffiziere u.a. einer vertieften Ausbildung in den militärwissenschaftlichen Fächern Militärstrategie, Operativer Führung und Taktik unterziehen.

Nach Abschluss der Verwendung als Bataillonskommandant hätte der Truppenoffizier die Möglichkeit, sich auf einen Arbeitsplatz des höheren Dienstes zu bewerben und damit den Dienstgrad „Oberst“ zu erreichen. Im Alter von etwa 45 Lebensjahren wären daher diese Offiziere besonderen Verwendungen der Verwendungsgruppe MBO1 (z.B. Referatsleiter, Hauptlethoffizier an Akademien und Schulen, in höheren Stäben/Ausbildungsstätten, der Zentralstelle oder der Militärverwaltung) zuzuführen. Wie den Generalstabsoffizieren stünden die Verwendungsmöglichkeiten als Kommandanten von großen Verbänden auch diesen Truppenoffizieren offen, wobei hier grundsätzlich zu fordern wäre, dass Kommandanten kleiner und großer Verbände auf maximal fünf Jahre begrenzt mit derselben Person besetzt werden sollten und diese im Anschluss einer höheren Verwendung zuzuführen wäre. Damit würden nicht erwünschte „Langzeitkommandanten“ vermieden und eine Überalterung in der Einsatzorganisation

hintangehalten. Da die besonderen Verwendungen auf Ebene großer Verband und darüber hinaus spezielle Führungsqualitäten erfordern, wären dafür weiterführende, noch zu definierende Seminare im Sinne von Wahlpflichtfächern an der Landesverteidigungsakademie zu absolvieren.

Diese postgraduale Ausbildung sollte mit der Erreichung des Dienstgrades „Brigadier“ und einer Folgeverwendung im höheren Dienst (MBO1), etwa auf der Ebene stv. Abteilungsleiter, verbunden sein, um die Lernmotivation auch im fortgeschrittenen Alter im Sinne des „lebenslangen Lernens“ zu erhalten.

Die Offiziere des höheren Dienstes

Generalstabsoffiziere

Vorauszuschicken ist hier das Ausbildungsziel für Generalstabsoffiziere: Diese Gruppe von Offizieren bildet im Militär die Führungsschicht, etwa zu vergleichen mit der Ebene der Top-Manager in den Wirtschaftsunternehmen. Jene Führungskräfte werden daher besonders ausgewählt und für ihre militärischen Führungs- und Fachfunktionen ausgebildet. Im Gegensatz zu allen anderen Offizieren des höheren Dienstes sollen sie eine vertiefte

Ausbildung in den militärwissenschaftlichen Kernfächern (Militärstrategie, Operative Führung, Taktik)¹⁴ und im Management auf oberster Ebene erhalten. Demzufolge wird die Masse ihrer Ausbildungsgänge auch innerhalb des Systems Militär zu absolvieren sein.

Nach dem Auswahlverfahren sollten die Generalstabsoffiziersanwärter ihre Ausbildung wie die höheren Truppenoffiziere, also ebenfalls mit dem auf das Bakkalaureat aufbauenden Magisterstudium an der Theresianischen Militärakademie beginnen. Im Anschluss daran würde für sie ein weiterer Studienabschnitt folgen, der mit einem Ph.D. abgeschlossen werden sollte. Dazu gehört zunächst eine im Rahmen des Generalstabslehrganges zu absolvierende zweijährige Ausbildung. Nach dieser Ausbildung wird der Offizier in den Generalstabsdienst (MBO 1) übernommen. Mit der relativ frühzeitigen Auswahl und der darauf folgenden Übernahme in den Generalstabsdienst erscheint eine lange Nutzungsdauer in der Verwendung gewährleistet.

Das gemeinsame Magisterstudium mit den zukünftigen Truppenkommandanten böte den Vorteil einer einheitlichen Ausbildung und die Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis. Darüber hinaus würde das gegenseitige Verständnis für die gemeinsame Aufgabenerfüllung gefördert. Die Ausrichtung des Generalstabslehrganges (GStbLG) als zweijährigen Ausbildungsabschnitt entspräche hinsichtlich seiner Dauer der internationalen Vorgehensweise (vgl. z.B. Generalstabsausbildung der Deutschen Bundeswehr). Ein weiterer Vorteil des Einstieges in den GStbLG als Magister läge neben der Verkürzung auch in der Tatsache, dass bereits im Lehrgang die Grundlagen für das Doktoratsstudium gelegt werden könnten.

Innerhalb der darauffolgenden Jahre hätten die Generalstabsoffiziere einen mindestens sechsmonatigen Auslandsaufenthalt in einer entsprechenden Position sowie ein einjähriges Truppenpraktikum als Bataillonskommandant zu absolvieren.

Die Offiziersausbildung im ÖBH (Vorschlag)



Während dieses Zeitraumes wäre auch die Dissertation aus Militärwissenschaften zu erstellen; als Abschluss hätten sich diese Offiziere einem Rigorosum zu unterziehen und erhielten dann den akademischen Grad *Philosophiae Doctor*/Ph.D. Der Erwerb des akademischen Grades Ph.D. würde einen Bildungsaufwand von 240 ECTS-Punkten erfordern - dies entspräche etwa einem vierjährigen, berufsbegleitenden Studium.

Erst der Abschluss dieser Ausbildung würde in weiterer Folge zur Übernahme einer Leitungs- bzw. Führungsfunktion in höherer Verwendung berechtigen. Zusätzlich wäre von Anwärtern auf hochwertige Leitungsfunktionen eine einschlägige Publikationsliste vorzulegen, wie dies international bei Bewerbungen üblicherweise gehandhabt wird.

Offiziere des Intendantendienstes und des höheren militärfachlichen Dienstes

Die so genannten „Intendanten“ sind Spezialisten für rechtliche und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten und finden daher in erster Linie in der Militärverwaltung Verwendung. Die „Offiziere des höheren militärfachlichen Dienstes“ decken die geisteswissenschaftlichen Fächer ab und sind vornehmlich in der Ausbildung an Akademien und Schulen des Bundesheeres tätig. Zu ihrer Gruppe werden beispielsweise die Militärpädagogen für Didaktik und Ausbildungslehre, Philosophen im Militär-ethik-Bereich, Psychologen im Heerespsychologischen Dienst, Sprachlehrer und Sprachmittler am Institut für militärisches Fremdsprachenwesen gezählt.



Bestimmte Personengruppen - wie z.B. Ärzte - werden auch künftig auf dem zivilen Arbeitsmarkt rekrutiert werden müssen. Es ist jedoch darauf zu achten, dass diese durch die Milizoffiziersausbildung und den postgradualen Lehrgang MilWiss P, sich Basiswissen auf der Ebene kleiner Verband aneignen können.

Zur Gewährleistung einer langen Nutzungsdauer in der Funktion wären diese Offiziere hinsichtlich einer möglichen Eignung ebenfalls im Rahmen des Auswahlverfahrens für Generalstabsoffiziere zu ermitteln. Den Großteil ihrer Ausbildung würden diese Offiziere an zivilen Bildungseinrichtungen zu absolvieren haben und wären demzufolge für diese Ausbildung, gleich wie die Generalstabsoffiziere, vom allgemeinen Truppendienst für die festgelegte Dauer des Studiums freizustellen. Inwieweit eine Anrechnung von Ausbildungsgängen

aus dem Studium an der Militärakademie möglich und sinnvoll erscheint, wäre für die jeweilige Fachsparte abzuklären. Die militärischen Ausbildungsgänge, die für eine Ernennung in den Intendantendienst bzw. in den höheren militärfachlichen Dienst notwendig sind, müssten wie bisher auch bereits im Rahmen eines militärwissenschaftlichen Ausbildungsganges (Militärwissenschaftlicher Lehrgang für den höheren Dienst/MilWiss H) an der Landesverteidigungsakademie absolviert werden. Damit wären diese Offiziere befähigt, als Stabsmitglieder auf operativer und militärstrategischer Ebene mitzuwirken.

Der große Vorteil bei der zweistufigen akademischen Ausbildung dieser Personengruppe läge dabei im Umstand begründet, dass sie die Offiziersgrundausbildung mit anschließendem Truppenpraktikum sowie Erfahrungen im Auslandseinsatz als Offizier sammeln konnten, bevor sie sich ihrem Spezialgebiet im militärischen Kontext näherten. Dem von Truppenoffizieren oftmals geäußerten Unbehagen, dass der Lehrer zwar ein Experte auf seinem Gebiet sei, aber „vom Militär“ keine Ahnung hätte, würde dadurch entgegengewirkt.

Sobald sie jedenfalls das Diplomstudium in der jeweiligen Fachrichtung abgeschlossen haben, wären sie wie die Generalstabsoffiziere auf einen entsprechenden Arbeitsplatz des höheren Dienstes zu übernehmen. Mit Abschluss eines nebenberuflichen Doktoratsstudiums an einer zivilen Universität und mit Vorlage einer einschlägigen Publikationsliste sollten auch ihnen Leitungsfunktionen im Fachbereich ermöglicht werden (z.B. Leiter Heerespsychologischer Dienst, Leiter Sprachinstitut, Leiter Kaufmännische Abteilung usw.)

Ärzte, Apotheker, Techniker und Seelsorger in militärischer Verwendung

Bei dieser Personengruppe handelt es sich um zielgerichtet für den Fachbereich ausgebildete Spezialisten, die in der Regel keine umfangreichen Leitungs- und Führungsbzw. Ausbildungsaufgaben wahrzunehmen haben. Daher wird man diese Personengruppe wie bisher vornehmlich auf dem zivilen Arbeitsmarkt rekrutieren, nachdem sie ihr Studium abgeschlossen und möglicherweise Berufserfahrung gesammelt hat. Allerdings ist darauf zu achten, dass auch diese Soldaten die Milizoffiziersausbildung nachweisen können, um dem Bild des Offiziers in der Bevölkerung im Auftreten sowie bei allgemeinen sicherheitspolitischen und militärischen Fragen entsprechen zu können. Da diese Personengruppe lediglich über das Basiswissen im militärischen Bereich verfügt, in weiterer Folge jedoch auf operativer und militärstrategischer Ebene als Stabsmitglied

tätig sein soll, hätten diese Offiziere zunächst auch die Ebene kleiner Verband in ihren Grundzügen kennenzulernen. Zu diesem Zweck wäre als Einstiegskriterium ein postgradualer Lehrgang in der Dauer von acht Wochen zur Propädeutik der Militärwissenschaften (MilWiss P) an der Theresianischen Militärakademie zu absolvieren, der dem StbLG 1 entspricht und Einblick in die Ebene kleiner Verband vermittelt.

Wie die Personengruppe der Intendantoffiziere und des höheren militärfachlichen Dienstes hätten auch diese Offiziere

vor der Übernahme in den militärtechnischen, militärmedizinischen und militärseelsorglichen Dienst eine entsprechende Ausbildung für die Arbeit als Stabsmitglied auf operativer oder militärstrategischer Ebene an der Landesverteidigungsakademie (MilWiss H) zu absolvieren. Auch ihnen sollten nach Abschluss des Doktoratsstudiums, der Ableistung eines sechsmonatigen Auslandseinsatzes und der Vorlage einschlägiger Publikationen fachspezifische Leitungsfunktionen nicht vorenthalten bleiben.

Generalstabsreisen und Strategischer Führungslehrgang

V.a. in der k. u. k. Monarchie, aber auch bis in die Zeit der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts herauf war es üblich, auf Ebene des Generalstabes militärische Reisen zur Gewinnung von Geländekenntnis durchzuführen. Damit wurden mehrere Ziele verfolgt: Zunächst sollten die Offiziere in die Verteidigungsplanungen der bereisten Gebiete eingewiesen werden bzw. entsprechende Planungen auf höchster militärischer Ebene erstellen, um für den Ernstfall gerüstet zu sein. Die Erreichung dieses Zieles erschien im Rahmen der Heimatverteidigung zwingend notwendig, steht jedoch unter den heutigen sicherheitspolitischen Gegebenheiten nicht mehr im Vordergrund, sodass seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und damit der bipolaren Blockkonfrontation auf dieses Mittel der militärischen Reise kaum mehr zurückgegriffen wird.

Ein weiteres Ziel war jedoch, die Führungselite der Streitkräfte zur Bewältigung einer gemeinsamen Aufgabe zusammenzuführen. Dies erfolgt heute zum Teil im internationalen Rahmen bei den großen länderübergreifenden Übungen. Dennoch erscheint es auch auf der nationalen Ebene erforderlich, dieses alte Instrument der Generalstabsreise wieder zu aktivieren, und zwar mit dem Hintergrund, die Abteilungs- und Gruppenleiter der Zentralstelle und Leitungsfunktionen der operativen Ebene zusammenzuführen, einerseits zum gegenseitigen Kennenlernen und andererseits zur gemeinsamen Entwicklung von Problemlösungsstrategien. Gerade die unterschiedlichen Ausbildungsgänge für die Offiziere des höheren Dienstes sowie die Besetzung mancher oberer und oberster Leitungsfunktionen mit zivilen Verwaltungsbeamten machen ein Üben des Zusammenwirkens auf der Grundlage von Planspielen notwendig und bilden ein enormes Potenzial für das ÖBH!

Ein drittes Ziel der damaligen Generalstabsreisen war auch die Kontaktaufnahme der obersten militärischen Führung mit den Truppen im jeweiligen Raum, sodass es der Führung möglich wurde, ein Bild über den Zustand und die Befindlichkeiten der Truppe sowie ihre Einbettung in die Zivilgesellschaft zu gewinnen. Andererseits wurde im Umkehrerfekt der Truppe die Möglichkeit geboten, ihre oberste Führung aus der Nähe kennenzulernen, ein Umstand, der sich auf die positive Motivation der Soldaten nicht unwesentlich auswirken kann und daher zu fördern ist.

Diese beiden letztgenannten Aspekte der Generalstabsreisen bilden eine wertvolle Ergänzung der Ausbildung auf den obers-

ten Führungsebenen des Bundesheeres und wären daher wieder verstärkt als Weiterbildungsmöglichkeit zu nutzen.

Für das angestrebte Zusammenwirken auf der strategischen, nationalstaatlichen Ebene wurde der Strategische Führungslehrgang (StratFüLG) an der Landesverteidigungsakademie eingerichtet, dessen Ziel es ist, eine „Strategic Community“ in Österreich aufzubauen, um den künftigen Herausforderungen gemeinsam und koordiniert begegnen zu können. Dieser Lehrgang bildet mit seinem exklusiven, inhaltlich und thematisch vernetzten Informationsangebot für die militärischen Teilnehmer (militärische Führungsspitze) den letzten und zugleich höchsten Weiterbildungsgang.

Zusammenfassung

Die europäische akademische Bildungslandschaft wird durch das Zusammenwachsen des Kontinentes und der immer stärker in Auflösung befindlichen nationalen Eigenlösungen zunehmend vereinheitlicht. Das dreistufige Bologna-Modell soll in allen EU-Staaten die bisherigen Bildungshierarchien im akademischen Bereich ersetzen. Aus diesem Grund ist auch das Bundesheer mit seinen unterschiedlichen Ausbildungsgängen für Offiziere gefordert, diese Angleichung nachzuvollziehen. Ein möglicher Weg zur Einbettung der Ausbildung in dieses Modell und der einheitlichen akademischen Ausrichtung der diversen Lehrgänge sollte hier aufgezeigt werden. Dabei wurde besonderer Wert auf die verstärkte Berücksichtigung der Führungsausbildung für alle Offiziere und die zwingend notwendige Einsatzerfahrung gelegt.



Bild nur im
Heft verfügbar

BUNDESHEER/HBF

Für die militärischen Teilnehmer bildet der Strategische Führungslehrgang den letzten und zugleich höchsten Weiterbildungsgang. Dieser Lehrgang, der an der Landesverteidigungsakademie eingerichtet ist, soll auf der strategischen nationalstaatlichen Ebene ein Zusammenwirken gewährleisten.

Alle Leitungsfunktionen sollten nur mit Offizieren besetzt werden, die über entsprechende Einsatzerfahrung verfügen; Bewerber für Leitungsfunktionen im Bereich des höheren Dienstes hätten vor ihrer Besetzung eine akademische Ausbildung auf dem Niveau eines Doktoratsstudiums nachzuweisen sowie eine Publikationsliste vorzulegen. Truppenoffizieren wäre ab dem Bataillonskommandanten oder einer vergleichbaren Verwendung aufwärts der Einstieg in die akademische Besoldung zu ermöglichen und damit ein Anreiz zur Weiterbildung anzubie-

ten. Die Auswahl, Ausbildung und Arbeitsplatzbesetzung der Offiziere des Intendantendienstes und des höheren militärfachlichen Dienstes hätte ähnlich wie jene der Generalstabsoffiziere vorausschauend und zielgerichtet zu erfolgen. Medizinern, Technikern und Offizieren der Militärseelsorge wäre als Einstiegsvoraussetzung zumindest die Milizoffiziersausbildung abzuverlangen.

Mit den hier skizzierten Ausbildungsabläufen und der dafür notwendigen, neu einzunehmenden Struktur würde eine optimale Durchlässigkeit im Bildungssystem erreicht, die einerseits allen Personengruppen (Unteroffiziere, Berufs- und Milizoffiziere) während ihres gesamten Berufslebens Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet und andererseits dem System Militär die Möglichkeit gibt, bedarfsorientiert und zielgerichtet auswählen zu können.

Auch die Strukturierung der Ausbildungsstätten als Akademien würde einem dreigliedrigen System folgen: Die Offiziersgrundausbildung und die Offiziersfortbildung bis zur Ebene Bataillonskommandant sowie die anwendungsbezogene Forschung sollte an der Fachhochschule „Theresianische Militärakademie“ erfolgen. Die Ausbildung für die Offiziere des höheren Dienstes sowie die militärwissenschaftliche Grundlagenforschung und die Fort- und Weiterbildung auf operativ-strategischer Ebene sollte Aufgabe der Militäruniversität „Landesverteidigungsakademie“ sein. An der Fachakademie „Heeresunteroffiziersakademie“ würde für die künftigen Fachoffiziere durch die Ablegung der Berufsreifeprüfung der Grundstein gelegt.

Essenziell für die Schaffung dieses neuen Systems und v.a. für die Gewinnung von geeigneten Interessenten für den Offiziersberuf wäre allerdings die Herstellung entsprechender Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Besoldung an herausragender Stelle stehen muss.

Mit einer solchen Anpassung an die zivile Bildungsarchitektur und die neuen europäischen Bildungsstrukturen würde die österreichische Offiziersausbildung gut vorbereitet zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen sein und der österreichische Offizier selbst wäre im gesellschaftlichen Umfeld entsprechend positioniert.

Es wäre zudem wünschenswert, auf nationaler Ebene über eine Vereinheitlichung der Anforderungsprofile für den öffentlichen Dienst nachzudenken. Das BMLV könnte dabei richtungweisend sein! ■

ANMERKUNGEN:

1) § 2 des Österreichischen Wehrgesetzes 2001:

„(1) Dem Bundesheer obliegen

- a) die militärische Landesverteidigung,
- b) auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt,
- c) die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges und
- d) die Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz).

Die Aufgaben nach den lit. b und c (Assistenzeneinsätze) sind, sofern hierfür nicht ein selbstständiges militärisches Einschreiten zulässig ist, nur insoweit wahrzunehmen, als die gesetzmäßige zivile Gewalt die Mitwirkung des Bundesheeres in Anspruch nimmt. Die Aufgabe nach lit. d ist nur insoweit wahrzunehmen, als die jeweils zuständigen Organe die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres in das Ausland beschließen.“

2) Der Offizier des Truppendienstes (Verwendungsgruppe MBO2) bildet die Masse

der Offiziere des ÖBH; seine Berufsausbildung erhält er an der Theresianischen Militärakademie. Offiziere des höheren Dienstes (Verwendungsgruppe MBO1) beginnen ihre Berufslaufbahn grundsätzlich als Truppenoffiziere und werden im Zuge der Spezialisierung akademisch fortgebildet.

3) Im Gegensatz zu den allgemein Wehrpflichtigen rücken Personen, die sich für eine Berufs- oder Milizoffizierslaufbahn interessieren, zu einer speziellen, ein Jahr dauernden Ausbildung ein, die im ÖBH traditionell als Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung bezeichnet wird.

4) KIOP steht für „Kräfte für internationale Operationen“ und umfasst hinsichtlich seiner Personalstruktur ausschließlich Freiwillige aller Dienstgrade, die in speziellen Einheiten und Verbänden für Einsätze im Rahmen des Petersberg-Spektrums zusammengefasst werden.

5) PSO steht für Peace Support Operations.

6) ECTS steht für European Credit Transfer System. Dieses System dient zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes und ist ein wesentlicher Bestandteil in der europäischen Bildungskoooperation. Durch dieses System werden Studien europaweit vergleichbar. Die Transparenz des Lehrangebotes an Hochschulinrichtungen gewährleistet die akademische Anerkennung von Studienleistungen in der gesamten EU. Dies bietet dem österreichischen Offizier die Möglichkeit, Studien an anderen europäischen (Militär-)Universitäten zu absolvieren und diese für die militärische Laufbahn anrechnen zu lassen.

7) Die Theresianische Militärakademie zu Wiener Neustadt verleiht diesen akademischen Grad als Abschluss des Fachhochschul-Studienganges „Militärische Führung“.

8) Unter Spezialisierung wird hier die Aufsplitterung des Aufgabenspektrums in Kommandantenfunktionen, Stabsmitglieder, Spezialisten und Führungskräfte im höheren Dienst und ähnliche Funktionen verstanden. Die Ausrichtung und Ausbildung des Offiziersanwärters in einer bestimmten Waffengattung ist von dieser Unterscheidung nicht betroffen und hat weiterhin während der Offiziersgrundausbildung an der Militärakademie zu erfolgen.

9) Vgl. die Definitivstellungserfordernisse gemäß Anlage 1 zum Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (i.d.G.F.) Z. 12.19.

10) Vgl. das Regierungsübereinkommen für die XXIII. Gesetzgebungsperiode III/11.

11) Vgl. Verlautbarungsblatt I des BMLV Nr. 63 „Personalmanagement Ausland“, Erlass vom 29. Juni 2005, GZ S90253/5-PersA/2005.

12) Bundesministerium für Landesverteidigung.

13) Dieser Ausbildungsgang in der Dauer von insgesamt 14 Wochen gliedert sich in einen allgemeinen und einen waffengattungsspezifischen Teil und befähigt zur Führung der Ebene Kompanie oder der Wahrnehmung einer Fachfunktion (Sachbearbeiter in einem Führungsgrundgebiet) im Stab eines kleinen Verbandes, wobei diesen Fachfunktionen meist noch zusätzliche Spezialschulungen voraus- oder einhergehen (z.B. Kraftfahr-offizier).

14) Siehe dazu: Konzept. Forschung im ÖBH, Wien Oktober 2006, S.46.

Mag. Dr. Jörg Aschenbrenner

Geb. 1956; OberstdhmtD; Studium der Kartographie an der Universität Wien, Doktoratsstudium der Naturwissenschaften an der Universität Salzburg; 6 Jahre Universitätsassistent an der Technischen Universität Wien; 1992-2001 Hauptlehtroffizier an der Theresianischen Militärakademie, dort federführend an der Entwicklung des FH-Studienganges „Militärische Führung“ beteiligt; 1999 EnvRO im HQ/SFOR; 1999-2001 Leiter der Direktion des FH-Studienganges; seit 2003 Chefredakteur in der Redaktion Truppendienst.

MMag. Dr. Andreas Stupka

Geb. 1963; Oberst des Generalstabsdienstes; 1982 Eintritt in die Streitkräfte; 1984-1987 Offiziersausbildung; 1987-1994 Truppendienst Fliegerabwehr und Infanterie; 1994-1997 Generalstabsausbildung; ab 1997 Hauptlehtroffizier und Lehrgangskommandant an der Landesverteidigungsakademie; Studium Politikwissenschaft/Philosophie Universität Wien, 2002 Promotion Dr. phil.; abgeschlossene Journalistenausbildung; seit März 2001 Chefredakteur/ÖMZ; 2003-2004 Bataillonskommandant; 2005-2006 Chief of Staff/UNDOF.



The Austrian Armed Forces as School of the Nation? Klaus Zapotoczky

According to Jacques Delor's UNESCO report education rests on four pillars, namely learning how to acquire knowledge, learning to act responsibly, learning to live together (peacefully), and learning for life. What is so special about this report titled "Education for the 21st Century" is its demand for a fundamental balance of the four pillars of education.

The Austrian Armed Forces have many young people from all social classes in their ranks, and thus would have the opportunity to impart a strong and comprehensive education framework to them; naturally, the educational possibilities should adjusted to the addressees. Education must be understood both as an economic investment and as an important objective of a democratic society.

There are three principal aspects in adult education: the aspect of compensatory education, i.e. compensation for neglects and gaps in education, the aspect of complementary education, dealing with higher qualifications in certain parts, and the aspect of transitory education which is supposed to impart new knowledge having developed since the latest finished education stage.

The Austrian Armed Forces have the opportunity to do educational work both in the course of the compulsory military service and afterwards – among other things, as militia activities. Attendant educational steps for all military personnel should become standard so that lifelong learning will not remain a slogan. Offers for continuing education should be made for personnel leaving military service as well. The Austrian Armed Forces as "School of the Nation" bet on education, training and further education, thus investing in life and survival of not only military personnel, but also of entire society.

Intelligence Services in the Transformation Process Alfred Schätz

The end of the Cold War, the appearance of new asymmetrical forms of threats, and especially the terrorist attacks of 11th September 2001 have thoroughly changed the security-political landscape in many fields. Terrorism as a way of warfare on the one hand, and the "fight against terrorism" on the other hand, have caused reconciliation, even a merging of interior and exterior security, of conventional and sub-conventional threat.

Military intelligence services become increasingly significant – without neglecting their tasks so far – when it comes to reconnais-

sance of non-military factors of security policy. The most extensive interdependencies of these sub-conventional forms of threat (*Cyber War*, transnational terrorism, organized crime, irregular migration, proliferation of weapons of mass destruction) make them necessary to be watched comprehensively. This goes hand in hand with the necessity of cooperation in a national and an international context, based on a democratic constitutional state.

As the number of deployments of armed forces within international frameworks for so-called Peace Support Operations is increasing, intelligence services are faced with the challenge of offering a situation report about the operating theatre which is to be as detailed as possible, thus guaranteeing the best possible security for the forces deployed often having to act as police forces, something they are not used to.

Like the armed forces, intelligence services are subject to permanent transformation processes, which is the reason why – apart from adaptation to structures – they have to work towards improvements in training. This concerns both information procurement and analysis. Procurement and analysis definitely should move closer together. Like up to now, however, a clear separation of intelligence services and criminal prosecution is advisable for the sake of the constitutional state.

The military principle „unity of leadership“ has an effect on the protagonists' responsibility, which is indivisible. Decision-making will always be incumbent on the political level. Thus the work of intelligence services concerning political consultations is limited. Still – as an object of networking - contents and procedures of political consultations will always be worthy of improvement. With its *Situation Centre* the EU has shown such a possibility. Making improvements on the national level by using already existing organisations (e.g. NSR) seems to be a good idea. *Intelligence* was, is, and will be a decisive pillar for decision-making, thus being subject to permanent transformation processes.

Upholding Traditions in the Conflict Field of Contemporary History Hubertus Trauttenberg/ Gerhard Vogl

The German Bundeswehr and the Austrian Armed Forces have treated their historically strained heritage in different ways, but not only military personnel can be made responsible for this; one must also outline and understand the different political backgrounds of the two nations. Concerning the attitude towards the historical era 1938-1945 the Austrian Armed Forces acted in the same way as official Austria. The Moscow

Declaration of 1943, which certified that Austria had been the first victim of Hitler's aggression, was adopted as a doctrine of state, whereas the passage concerning partial responsibility for crimes of the Third Reich was ignored.

The Bundeswehr considered the men of the 20th July 1944 the founders of a tradition which directly led to the "uniformed citizen", whereas in the newly established Austrian Armed Forces one could find names in the majority of top positions which also had appeared within the illegal National Socialist Soldiers' Ring (NSR). On the surface one wanted to avoid both the so-called "Oath Topic" and the traditional connection with the Wehrmacht, but in reality one was rooted in a tradition which was not afraid of former Nazis.

Upholding traditions officially left aside the topic Second World War, although soon enough the tradition chambers of units were filled with memorial exhibits from that time, and the lack of appropriate decrees made this process easier. The Minister of Defence Georg Prader was the first to go beyond Monarchy and the Armed Forces of the First Republic, thus pointing a new way to military resistance.

Still, parts of the officers' corps take a detached view of military resistance. This also became apparent by written statements obtained by the authors in the course of this article. During personal discussions, however, the authors have come across much understanding concerning this unsatisfactory situation. It is to be expected that the new Minister of Defence, Mag. Norbert Darabos, will continue on this way by extending the scope of tradition, and by including the history of the Second Armed Forces – which have existed for half a century, longer than the First Republic – into upholding traditions.

Make Good Officers For Me! **Considerations on the adaptation of the Austrian officers' training to the European guidelines within the Bologna Model framework** Jörg Aschenbrenner/ Andreas Stupka

The European academic knowledge landscape is going through a time of upheaval and is to be replaced by the three-stage Bologna Model in all EU-nations. For this reason the Austrian Armed Forces with their different training opportunities for officers are faced with the challenge of re-enacting this adaptation. This article shows one possible way of embedding training into this model and bringing the diverse courses into line, increasingly stressing leadership training for all officers.

The authors develop detailed suggestions such as filling executive functions only with officers having operational experience; appli-

cants for executive functions in higher military service should show an academic education of doctorate level and a list of publications as well. Furthermore, it should be possible for field officers, from battalion commander or a similar application onwards, to be paid as academics, thus being offered an incentive for extended vocational training. The selection, education, and job filling of officers of higher military services should take place in a similar way as that of general staff officers – with foresight and purposeful. Doctors, technicians, and military chaplains should at least have a militia officers' education.

These training courses would guarantee optimal translucency in the training system, on the one hand offering all groups of personnel (NCOs, officers, and militia officers) promotion prospects in the course of their entire professional lives, on the other hand offering the armed forces as a system the opportunity to select demand-oriented and purposeful. The structuring of the training centres as academies would also follow this three-stage system: Officers' basic training, officers' further vocational training up to the level of battalion commander, and application-oriented research, should take place at the advanced technical college "Theresian Military Academy". Training of officers of higher service, military-scientific basic research, further and extended training on the operational and strategic level should be tasks of the military university "National Defence Academy". Passing the school-leaving exam at the technical college "Armed Forces NCO Academy" would be the foundation stone for future technical officers.

The establishment of an adequate general set-up, and – above all – adequate salaries – will be essential for adopting this new system and for getting suitable interested persons for the officer's career. Additionally, pondering a standardization of job profiles in the public services would be desirable. Here, the Ministry of Defence ought to be trend-setting.

L'Armée fédérale autrichienne : l'école de la nation ? Klaus Zapotoczky

D'après le rapport de Jacques Delors à l'UNESCO, il existe quatre piliers de l'instruction, à savoir : apprendre à acquérir les connaissances, apprendre à agir de manière responsable, apprendre à vivre ensemble (pacifiquement) et l'apprentissage de la vie. Ce qu'il y a de particulier, dans ce rapport, intitulé « L'instruction pour le 21^{ème} siècle », c'est l'exigence de la pondération par principe des quatre piliers de l'instruction. L'Armée fédérale compte de nombreux jeunes gens de toutes les couches sociales dans ses rangs et aurait l'opportunité de procurer à ceux-ci une vaste structure d'instruction, les possibilités d'instruction devant impérativement être orientées vers les destinataires. L'instruction doit s'entendre à la fois comme un investissement

économique et comme l'objectif essentiel d'une société démocratique.

L'instruction des adultes connaît trois aspects principaux : celui de l'instruction compensatoire, c.à.d. la compensation des omissions et des lacunes de la formation, celui de l'instruction complémentaire, pour laquelle il s'agit d'une forte qualification dans des secteurs partiels, ainsi que celui de l'instruction transitoire, qui doit, respectivement, procurer ce qui s'est ajouté de nouveau depuis la phase de formation dernièrement conclue.

L'Armée fédérale est tout à fait en mesure de fournir un travail d'instruction pendant le service militaire obligatoire ou même après – entre autre dans le travail de la Réserve – ; il conviendrait d'ériger en norme, pour tous les membres de l'Armée, des mesures d'instruction qui accompagneraient le service actif, de sorte qu'un apprentissage à vie ne demeurerait pas un simple slogan. Il convient de proposer aussi de manière ciblée des offres de formation complémentaire pour les membres sortants. L'Armée fédérale mise, en tant « qu'école de la nation », sur l'instruction, la formation et la formation complémentaire et investit, ce faisant, dans la vie et la survie non seulement des membres de l'Armée mais aussi de l'ensemble de la société.

Services de renseignements pris dans un processus de transformation ?

Alfred Schätz

La fin de la guerre froide, l'apparition de nouvelles formes de menaces asymétriques, en particulier : les attentats terroristes du 11 septembre 2001, ont modifié durablement les perspectives de la politique de sécurité dans de nombreux domaines. Le terrorisme en tant que forme de conduite de la guerre d'une part et la « guerre contre le terrorisme » d'autre part ont veillé à un rapprochement, voire à une fusion des sécurités intérieure et extérieure, ainsi que des menaces conventionnelle et subconventionnelle.

Il incombe aux services de renseignements militaires – sans négliger pour autant les tâches qu'ils ont à exécuter jusqu'à présent – un rôle renforcé dans l'élucidation de facteurs non militaires de la politique de sécurité. Les interdépendances maximales de ces formes subconventionnelles de menace (*cyberguerre*, terrorisme transnational, criminalité organisée, migration irrégulière, prolifération d'armes de destruction massive) exigent leur observation approfondie. En parallèle, la coopération s'avère de plus en plus nécessaire, dans un contexte à la fois national et international, sur la base d'un Etat de Droit démocratique. Comme l'engagement de forces armées dans un cadre international s'avère de plus en plus fréquent pour des opérations qu'il est convenu d'appeler de *maintien de la paix*, les services de renseignements sont invités à présenter un bilan

le plus exact possible de la situation sur le secteur d'engagement, pour garantir, ainsi, la sécurité la plus élevée possible des forces engagées, qui doivent agir assez souvent en tenant un rôle inhabituel de police.

Les services de renseignements sont soumis, comme les forces armées, à un processus permanent de transformation, raison pour laquelle, outre l'adaptation à l'organisation, il y a lieu de travailler à une amélioration de la formation. Ceci est valable tant pour l'acquisition de l'information que pour le domaine de l'analyse. Dans tous les cas, il convient qu'acquisition et utilisation se rapprochent. Une séparation nette, comme ce fut le cas jusqu'à présent, entre les services de renseignements et les poursuites pénales, est, au sens de l'Etat de Droit, appropriée.

Le principe militaire de l'unité du commandement a des effets sur la responsabilité des acteurs ; celle-ci est indivisible. En définitive, la prise de décision incombe toujours à la sphère politique. Ainsi, des limites sont posées, aussi, en ce qui concerne le travail des services de renseignements sur le plan de l'activité de conseil dans le domaine politique. Malgré tout, les contenus et les procédés qui sous-tendent l'activité de conseil dans le domaine politique sont, au sens de l'interconnexion, toujours dignes d'améliorations. Avec le *Centre de Situation*, l'U. E. a montré une possibilité parmi d'autres. Il paraît judicieux d'apporter aussi des améliorations compatibles à l'échelon national, en ayant recours à des organisations déjà existantes (par ex. : le conseil de Sécurité nationale). L'*intelligence* était, est et demeure un élément décisif de la prise de décision et est soumis, ce faisant, à un processus permanent de transformation.

L'entretien des traditions au beau milieu de l'histoire contemporaine

Hubertus Trauttenberg/
Gerhard Vogl

L'Armée fédérale allemande et l'Armée fédérale autrichienne ont procédé différemment dans la manière de traiter l'héritage, historiquement chargé, ce dont les militaires n'ont pas à être rendus les seuls responsables ; il y a lieu de dépendre et de percevoir aussi le contexte politique, différent, dans les deux pays. En ce qui concerne l'opinion sur la période de l'Histoire allant de 1938 à 1945, l'Armée fédérale autrichienne ne s'est pas comportée autrement que l'Autriche officielle : La Déclaration de Moscou de 1943, qui certifiait à l'Autriche, qu'elle avait été la première victime de l'agression d'Hitler, fut élevée en doctrine d'Etat, tandis que le passage par la complicité dans les crimes du Troisième Reich était omis.

Pendant que l'Armée fédérale allemande voyait, dans les hommes du 20 juillet 1944, les fondateurs d'une ligne de traditions, qui about-

tissait directement au « Citoyen en uniforme », on retrouvait, au sein de l'armée fédérale nouvellement mise sur pied, dans la multiplicité des fonctions de commandement, des noms qu'on entendait dans le NSR [nationalsozialistischer Soldatenring = Cercle de Soldats national-socialiste], interdit en 1933, illégal par la suite. On voulait en apparence éviter en Autriche ce qu'il est convenu d'appeler la « question du serment » et le rapport traditionnel avec la Wehrmacht mais en réalité on était attaché à une tradition, qui ignorait les craintes de contacts avec les anciens nazis.

Le thème de la deuxième guerre mondiale fut officiellement exclu dans l'entretien des traditions autrichiennes, alors que le musée des traditions de chaque unité de l'Armée fédérale allait bientôt se remplir aussi de souvenirs de cette époque ; le manque d'arrêtés correspondants facilita ces processus. Ce fut d'abord le Ministre de la Défense : Georg Prader, qui mit un accent qui dépassait le cadre de la Monarchie et de l'Armée fédérale de la Première République et qui allait dans le sens d'une résistance militaire.

La distance vis-à-vis de la résistance militaire se fait toujours nettement sentir dans certaines parties du corps des officiers. C'est ce que montrèrent aussi les prises de position écrites, recueillies par les auteurs au cours de l'élaboration de la présente contribution. Cependant, durant un entretien personnel, les auteurs rencontrèrent aussi une grande compréhension quant au caractère peu satisfaisant de la situation. Il y a lieu de s'attendre à ce que le nouveau Ministre de la Défense : Norbert Darabos, poursuive la voie, consistant à élargir le cadre des traditions et à ancrer l'histoire de la Deuxième Armée fédérale, qui se compose de plus d'un demi-siècle – et ce faisant, plus que la Première République – dans l'entretien des traditions.

Qu'il me fasse de bons officiers ! Réflexions sur l'adaptation de la formation des officiers autrichiens aux objectifs européens dans le cadre du modèle de Bologne

Jörg Aschenbrenner/
Andreas Stupka

Le paysage de l'instruction académique en Europe connaît, actuellement, une révolution et doit être remplacé, dans tous les Etats de l'U. E., par le modèle de Bologne à trois niveaux. Pour cette raison, l'Armée fédérale est aussi invitée, avec ses différents cursus de formation pour officiers, à suivre cette adaptation. On montre ici une manière possible d'intégrer la formation dans ce modèle et d'orienter, sur le plan académique, les divers cours de manière homogène, un accent particulier étant mis sur la considération renforcée de la formation au commandement pour tous les officiers.

Les auteurs élaborent des propositions détaillées, d'après lesquelles toutes les fonctions de direction ne peuvent être occupées que par des officiers qui disposent de l'expérience correspondante en matière d'engagement ; les candidats aux fonctions de direction dans le domaine du service supérieur devraient justifier, avant d'occuper le poste, d'une formation académique du niveau d'une étude de doctorat, de même que présenter une liste de publications. Les officiers non spécialisés, à partir du grade de chef de bataillon ou d'une qualification comparable, devraient se voir autoriser à progresser dans la rémunération académique et proposer, ce faisant, une incitation à la formation complémentaire. La sélection, la formation et l'occupation d'un poste par les officiers du service d'intendance et des officiers BTEMS devraient, tout comme celle des officiers BEMS, s'opérer de manière prévoyante et bien ciblée. Il devrait être demandé aux médecins,

techniciens et officiers de l'aumônerie militaire, comme condition d'admission, au moins la formation d'officier de réserve.

Le déroulement de ces formations garantirait un découplage optimal dans le système d'instruction, qui ouvrirait, d'une part, à tous les groupes de personnes (sous-officiers, officiers de carrière et officiers de réserve), pendant l'ensemble de leur vie professionnelle, des possibilités d'avancement et donnerait, d'autre part, au système propre à l'Armée, la possibilité de pouvoir opérer une sélection bien ciblée, qui tiendrait compte des besoins. De même, la constitution des centres de formation en académies suivrait ce système tripartite : la formation de base des officiers et le perfectionnement des officiers jusqu'au niveau de chef de bataillon, ainsi que la recherche, en rapport avec l'application, devraient s'opérer à l'Ecole supérieure professionnelle de « l'Académie Militaire "Marie-Thérèse" ». La formation des officiers du service supérieur, ainsi que la recherche fondamentale en science militaire, le perfectionnement et la formation complémentaire sur le plan opérationnel et stratégique, devrait relever de l'université militaire de l'Académie de Défense Nationale. Le passage du baccalauréat professionnel représenterait la pose de la première pierre, à l'institut professionnel de l'Académie nationale des sous-officiers d'active, en ce qui concerne la formation des futurs officiers spécialisés.

L'essentiel, pour la création de ce nouveau système et, avant tout, pour l'obtention de personnes intéressées adéquates pour la carrière d'officier, serait, toutefois, l'élaboration de conditions cadre correspondantes, au sein desquelles il faut que la rémunération occupe une place prépondérante. De plus, il serait souhaitable de réfléchir à l'échelon national à une uniformisation des profils d'exigence pour le service public. A ce sujet, il convient que le Ministère de la Défense serve de guide.

IMPRESSUM

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) erscheint zweimonatlich.

Die ÖMZ ist eine wehrwissenschaftliche Zeitschrift mit Berichten und Analysen zu einschlägigen Themenkreisen aus dem gesamten Bereich der Sicherheitspolitik, Polemologie und Militärwissenschaft.

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge enthalten die Ansichten der Autoren und nicht notwendigerweise die offizieller Stellen oder der Redaktion.

Medieninhaber/Herausgeber:

Bundesministerium für Landesverteidigung,
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Druck:

Holzhausen Druck & Medien GmbH
Holzhausenplatz 1, 1140 Wien, Auhof

Redaktion:

Oberstdt MMag. Dr. Andreas Stupka
(Chefredakteur)

Oberrrat Mag. Christian Hosiner
(stv. Chefredakteur)

Technische Redaktion:

Hauptmann Mag.(FH) Dieter Hüttner

Bild: Rainer Weckerle

Grafik: Peter Lutz, Bakk.

Redaktionsreferentin: Martina Böhm

SB Layout & Medien: Brigitte Wallinger

SB Administration: Vizeleutnant Helmut Adam

Ständige Mitarbeiter:

General i.R. Horst Pleiner, Brigadier MMag. Wolfgang Peischel, Brigadier Mag. Rudolf Striedinger, Mag. Dr. Friedrich Korkisch, Mag. Predrag Jurekovic, Mag. Arthur Friedrich Maiwald, Mag. Dr. Wolfgang Taus, Prof. Mag. Dieter Huditsch, Herbert Kranzl, Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Ao. Univ.-Prof. DDr. Christian Stadler, OberstleutnantdG Mag. Bruno Günter Hofbauer, OberstleutnantdG Mag.



Philipp Eder, Univ. Doz. DDr. Heinz Vetschera, Burkhard Bischof, Dr. Wilfried Aichinger, Dr. Martin Pabst, Dr. Gunther Hauser, OberstleutnantdHmFD Mag. Bernhard Lauring, OberstdHmFD Mag. Dietmar Pfarr, OberstdHmFD Mag. Karl Wohlgemuth, Dr. Wolfgang Etschmann.

Alle: Redaktion ÖMZ, AG Stiftgasse, Stiftgasse 2A, 1070 Wien

Tel.: 0043/(0)1/5200-40901

Fax: 0043/(0)1/5200-17108

E-Mail: red.oemz@bmlv.gv.at

Bezugspreise (inkl. 10% Umsatzsteuer):

Jahresabonnement € 24,30

Einzelheft € 4,70

Preise exkl. Versandkosten

Abonnement-Bestellungen bei der Redaktion ÖMZ. Das Abonnement verlängert sich selbstständig, falls es nicht bis spätestens 30. November gekündigt worden ist.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.